

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

© ÖGB-Verlag/Michael Mazohl



Das gute Leben ab Seite 8

Interview:
Knallharte Machtfragen

Ulrich Brand über den überholten Glauben an die heilenden Kräfte des Wachstums **8**

Schwerpunkt:
Alternativen für alle

Über richtige öffentliche Investitionen und eine gerechte Besteuerung von Vermögen **20**

Schwerpunkt:
Niemand ist eine Insel

Warum es gut ist, Lasten zu teilen, aber auch etwas vom Kuchen abzugeben **22**



8



22



30



34

Schwerpunkt:

- Die Grenzen ignoriert** 12
Ein auf Wachstum und Ausbeutung ausgerichtetes Wirtschaftsmodell hat keine Zukunft.
- Missbrauch des schlechten Lebens** 14
Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit, Sparpolitik: All das wissen Rechtspopulisten auszunutzen.
- Wohlstand statt Wachstum** 16
Weltweit rücken Initiativen Wohlstand und Lebensqualität statt nur Wachstum in den Fokus.
- Die Glücksmessung** 18
International werden große Anstrengungen unternommen, das eigentlich nicht Messbare messbar zu machen.
- Gute Budgetpolitik für alle** 20
Seit der viel zitierten „Krise“ im Jahr 2008 steckt der Karren fest. Nötig sind öffentliche Investitionen und Vermögenssteuern.
- Niemand ist eine Insel** 22
Risiken und Lasten zu teilen, aber auch vom Kuchen etwas abzugeben: Diese Prinzipien liegen dem Sozialstaat zugrunde.
- Menschenrecht gute Arbeit** 26
Gute Arbeit muss keine Utopie sein, wenn die arbeitsbezogenen Rechte der UN-Menschenrechtscharta umgesetzt würden.
- Harte Zahlen, bitte!** 28
Firmen müssen dazu verpflichtet werden, in ihren Geschäftsberichten über soziale und Umweltaktivitäten zu berichten.
- Besser gut leben als besser** 30
Die Frage nach dem guten Leben beschäftigt den Menschen seit den Anfängen der Philosophie. Ein Überblick.
- Das Glück ist (k)ein Vogerl** 32
Geld allein macht nicht glücklich, zu wenig davon zu haben belastet aber jedenfalls. Eine Rundschau durch die Glücksforschung.
- Werbung mit schlechtem Leben** 34
In einer deutschen Seifenoper werden Zeit- und Schwarzarbeit angepriesen, denn eine Lobbyorganisation hat dafür bezahlt.

Gute Allianzen	36	Standards:	
Seit einigen Jahren bilden sich Allianzen, die die ökologische und soziale Frage nicht mehr trennen wollen.		Standpunkt: Die Utopie denken!	4
Wohlstand geht nur grün	38	Veranstaltung: Mehr Geld ab 1. Jänner	5
Wachstum geht weiterhin mit Umweltzerstörung einher. Deshalb braucht es ein breiteres Verständnis.		Aus AK und Gewerkschaften	6/7
„Das Arbeitsleben hat sich ebenso sehr verändert!“	40	Historie: Schlechtes Leben fürchten	11
Auf der Suche nach dem „guten Leben“ in erzählten Lebensgeschichten.		Zahlen, Daten, Fakten	24
Interview:		Neues aus der SOZAK: Versuchslabor SOZAK	42
Knallharte Machtfragen	8	Frisch gebloggt	44
Politikwissenschaftler Ulrich Brand über den überholten Glauben an die heilenden Kräfte des Wachstums.		Nicht zuletzt – von Dwora Stein	45
		Man kann nicht alles wissen	46
		Erklärungen aller grün markierten Worte.	

www.arbeit-wirtschaft.at

Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.



Dieser Code kann mit einem internetfähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetagg.com/downloadreader

blog.arbeit-wirtschaft.at

twitter.com/AundW

www.facebook.com/arbeit.wirtschaft

www.arbeit-wirtschaft.at/kiosk

Für eine gerechtere Welt

Redaktion intern


„Das gute Leben für alle ist eine Frage der Gerechtigkeit“, meint Ulrich Brand im Interview. Es hänge eng mit Verteilungsfragen zusammen, weshalb man bei der Neugestaltung nicht bei den Armen anfangen dürfe. Das gute Leben für alle: eine schöne Frage, um ins neue Jahr zu starten. Wir fragen, was damit eigentlich gemeint sein kann (S. 12), zeigen auf, wie diese Sehnsucht ausgenutzt wird (S. 14), und haben uns auf die Suche nach dem „guten Leben“ in erzählten Lebensgeschichten von ArbeitnehmerInnen gemacht.

Wir hinterfragen, ob Wirtschaftswachstum wirklich das zentrale Vehikel dafür ist

(S. 16), stellen Allianzen für das gute Leben vor (S. 36), erläutern, warum öffentliche Investitionen dafür wichtig sind (S. 20), was der Sozialstaat dazu beiträgt (S. 22) und warum Klimaschutz unerlässlich ist (S. 38). Wir umreißen, was gute Arbeit bedeutet (S. 26), und wie verhindert werden kann, dass diese zum PR-Gag verkommt (S. 28). Wir werfen einen Blick in die Philosophie des guten Lebens (S. 30), in die Glücksforschung (S. 32) und die Glücksmessung (S. 18). In unserer Kolumne „Nicht zuletzt“ erklärt Dwora Stein, warum für ein gutes Leben für alle zu kämpfen eine lohnende Aufgabe ist.

Was es mit der Hoizhittn GmbH, der Wutpecka AG und dem Geschäftsführer Peter Hamlich auf sich hat, lesen Sie in „Neues aus der SOZAK“ (S. 42). Unter „Frisch gebloggt“ lesen Sie Interessantes aus unserem ExpertInnenblog blog.arbeit-wirtschaft.at. Online finden Sie uns wie gewohnt unter www.arbeit-wirtschaft.at sowie auf www.facebook.com/arbeit.wirtschaft und twitter.com/AundW. Wir freuen uns stets über Kritik und Anregungen (aw@oegb.at) und wünschen viel Vergnügen bei der Lektüre.

Für das Redaktionskomitee
Sonja Fercher



Sonja Fercher
Chefin vom Dienst

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Standpunkt

Die Utopie denken!

Es mag frivol erscheinen, angesichts von hoher Arbeitslosigkeit vor allem bei Jugendlichen, steigender Prekarisierung, Sparzwang und damit verbundenen Einschnitten ins Sozialsystem oder gar angesichts von Kriegen und dadurch ausgelösten Flüchtlingsbewegungen über das „gute Leben“ zu philosophieren. Man mag sich auch fragen, wie gerade die Gewerkschaft auf eine solche Idee kommen kann, wo viele Menschen hierzulande darum kämpfen, ein halbwegs würdevolles Leben zu führen, weshalb das Stichwort „gutes Leben“ für sie wie eine Utopie erscheinen mag, deren Erfüllung anderen vorbehalten ist.

An der Wurzel packen

Die Gewerkschaftsbewegung hat sich in der Geschichte aber nicht nur dafür verantwortlich gefühlt, sich für die Verbesserung der konkreten Situation der Menschen einzusetzen. Immer schon war es auch das Ziel, die Probleme an der Wurzel zu packen und nicht nur Symptome, sondern auch deren Ursachen zu bekämpfen. Dazu gehört auch, sich Gedanken über Alternativen zu machen.

Die Symptome sind vielfältig: Es ist sowohl das für viele schlechte Leben in der Arbeit, das für viele schlechte Leben zu Hause (hohe Lebenshaltungskosten bei geringen Löhnen und Einkommen) oder das für viele schlechte Leben in der

Gesellschaft (Schulsystem, ungerechte Aufteilung von Haus- und Erwerbsarbeit, Diskriminierungen am Arbeitsplatz ...).

Vorstellungen vom guten Leben wiederum gibt es viele, eine davon ist etwa, sich etwas leisten zu können. Wer all das haben will, muss sich anstrengen, lautet das Mantra. Umgekehrt lautet eine verbreitete Meinung: Wer sich etwas nicht leisten kann, leistet auch nicht genug. Aber nicht alle, die heute viel leisten, werden dafür auch entsprechend bezahlt. Umgekehrt haben nicht alle, die viel haben, dafür auch viel geleistet. Schon gar nicht leisten alle, die viel haben, den gleichen Beitrag zur Finanzierung des österreichischen Staatshaushalts und damit zu einer gerechten Verteilung des gesellschaftlich erwirtschafteten Wohlstands – Stichwort Vermögenssteuern, die weiterhin auf sich warten lassen.

Aber ist das vielbeschworene Wirtschaftswachstum wirklich der einzige Maßstab für ein gutes Leben für alle oder gar Voraussetzung dafür? Schon seit vielen Jahren beschäftigen sich ForscherInnen, PolitikerInnen und AktivistInnen mit den „Grenzen des Wachstums“, denn es ist schon lange absehbar, dass die Bodenschätze zur Neige gehen werden. Und doch basiert die Weltwirtschaft weiterhin weitgehend auf der Ausbeutung dieser Ressourcen.

Ein gutes Leben kann viele andere Dimensionen haben, die über materiellen

Wohlstand hinausgehen. Eine Dimension ist etwa die Zeit, über die Menschen frei verfügen können. Es kann bedeuten, entspannt Zeit mit der Familie oder FreundInnen zu verbringen, mit einem guten Buch oder schöner Musik, in Ausstellungen, im Kino, Theater oder in der Natur. Es kann gutes Essen oder erholsame Urlaube an schönen Orten bedeuten. Oder es kann bedeuten, dass man mitbestimmen kann, wann, wo und wie lange man arbeitet.

Verteilungsproblem

Heute können nur manche Menschen frei darüber entscheiden, welche dieser Möglichkeiten sie in Anspruch nehmen wollen – oder vielleicht auch nicht. Hinter dieser Ungleichheit steckt vor allem ein Verteilungsproblem. Dagegen wiederum wenden manche ein: Man könne nicht allen die gleichen Konsummöglichkeiten geben, Stichwort zur Neige gehende Rohstoffe. Doch wer sagt denn eigentlich, dass Menschen der Sinn nur nach Konsum steht, wenn sie mehr Zeit und Geld haben? Eins ist klar: Die Gesellschaft wird über all das reden müssen, wenn sie nicht auf dem Rücken anderer – ob in Gegenwart oder Zukunft – weiterwirtschaften möchte. Ich hoffe, dass wir mit dem Heft dafür einen kleinen Anstoß geben können, und wünsche gute Lektüre sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Mehr Geld ab 1. Jänner

Informationsveranstaltung: Die Lohnsteuerreform ist ein Beweis dafür, wie wichtig mitgliederstarke Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenvertretungen sind.

In wenigen Wochen ist es so weit: Die Steuerreform wird am 1. Jänner 2016 in Kraft treten, Millionen ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen werden dann Monat für Monat mehr Geld auf das Konto bekommen. Geld, das viele Menschen dringend brauchen. Von den Miet- und Heizkosten über Medikamente bis hin zum täglichen Einkauf – alles wird teurer. Insgesamt sollen die ÖsterreicherInnen um bis zu fünf Milliarden Euro entlastet werden – 90 Prozent davon fallen auf kleine und mittlere Einkommen.

„Wichtig war uns vor allem, dass in Zukunft durch diese Tarifänderung den Menschen von den guten Lohn- und Gehaltserhöhungen mehr Geld übrig bleibt“, sagte ÖGB-Präsident Erich Foglar anlässlich einer Informationsveranstaltung in der ÖGB-Zentrale in Wien. „Gemeinsam haben wir die größte Steuerreform seit 40 Jahren erreicht. Ohne die großartige Unterstützung der BelegschaftsvertreterInnen und 882.184 gesammelten Unterschriften wäre das in dieser Größenordnung nicht möglich gewesen“, betonte Willi

Mernyi, Kampagnen-Koordinator des ÖGB.

Mehr als 300 TeilnehmerInnen wurden über die spürbare Entlastung im Jahr 2016 informiert.

Die erfolgreiche „Lohnsteuer runter!“-Kampagne des ÖGB und der Arbeiterkammer ist ein weiterer Beweis dafür, dass man gemeinsam mehr erreichen kann und wie wichtig es ist, (mitglieder-)starke Gewerkschaften und ArbeitnehmerInnenvertretungen zu haben

Mehr Infos unter:

www.oegb.at/mitgliedwerden



„Den Menschen muss in Zukunft mehr Geld von den guten Lohn- und Gehaltserhöhungen bleiben“, betonte Erich Foglar, ÖGB-Präsident, bei der Infoveranstaltung.



Willi Mernyi, Kampagnen-Koordinator des ÖGB, bedankte sich für die tatkräftige Unterstützung während der „Lohnsteuer runter!“-Kampagne des ÖGB.



Großer Andrang herrschte in der ÖGB-Zentrale in Wien: Mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren bei der Informationsveranstaltung anwesend.



„Gemeinsam stärker“: Die Steuerreform tritt am 1. Jänner 2016 in Kraft. Insgesamt sollen die ÖsterreicherInnen um bis zu fünf Milliarden Euro entlastet werden.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 534 44-39263 Dw.,
Fax: (01) 534 44-100222 Dw., Sonja Fercher (CvD),
Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw.

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Bettina Eichhorn, Philipp Starlinger,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien, Tel.: (01) 662 32 96-0
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Bernhard Achitz, Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Georg Feigl, Sonja Fercher, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig, Angelika Gruber, Richard Halwax, Melissa Huber, Georg Kovarik, Florian Kräftner, Iris Krassnitzer, Sylvia Kuba, Barbara Lavaud, Sabine Letz, Pia Lichtblau, Markus Marterbauer, Martin Müller, Klaus Mulley, Ruth Naderer, Brigitte Pellar, Charlotte Reiff, Philipp Schnell, Georg Sever, Josef Thoman, Erik Türk, Christina Wieser, Gabriele Zgubic, Karin Zimmermann, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler (Sekretariat),
Walter Schauer (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Sonja Fercher (CvD), Sonja Adler, Christian Bunke, Astrid Fadler, Georg Feigl, Philipp Gerhartinger, Reinhard Haider, Susanne Haslinger, Heinz Leitsmüller, Michael Mazohl, Gabriele Müller, Klaus-Dieter Mulley, Amela Muratovic, Maja Nizamov, Brigitte Pellar, Sybille Pirklbauer, Elke Radhuber, Reinhold Russinger, Christina Schlager, Ulrich Schönbauer, Dwora Stein, Florian Wukovitsch

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw., E-Mail: zeitschriften@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-;
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-0,
E-Mail: aboservice@oegbverlag.at

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:

www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingegangene Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

GPA-djp/AK:

Mehr Fairness bei All-in-Verträgen

Langjährige Forderung endlich erfüllt: Arbeitsrechtspaket bringt Maßnahmen gegen unfaire Vertragsklauseln.

Die Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) drängt schon viele Jahre auf gesetzliche Initiativen gegen den Missbrauch von All-in-Verträgen – mit Erfolg! Ab dem 1. Jänner 2016 muss das Grundgehalt für die Normalarbeitszeit klar ausgewiesen sein. Die verpflichtende Transparenz macht es möglich, auszurechnen, wie Mehrarbeitsstunden durch eine Überzahlung gedeckt sind.

„Es geht nicht darum, diese Vertragsform generell in Frage zu stellen“, hält GPA-djp-Chef Wolfgang Katzian fest. „Die Verträge sollen auf jene Tätigkeiten beschränkt bleiben, die echte Führungs- und Managementaufgaben beinhalten, und sie sollen auch kein Instrument sein, um Lohn- und Gehaltsansprüche von Beschäftigten zu senken.“ Weitere Verbesserungen:

Teilzeitbeschäftigte müssen in Zukunft darüber informiert werden, wenn in einem Unternehmen eine Stelle mit höherem Arbeitszeitausmaß ausgeschrieben wird. Konkurrenzkláuseln sind nur noch bei Einkommen ab 3.240 Euro zulässig. Außerdem sind ArbeitgeberInnen künftig verpflichtet, den ArbeitnehmerInnen eine schriftliche Lohnabrechnung sowie eine Kopie zur Anmeldung zur Sozialversicherung auszuhändigen. „Derzeit erleben die Rechtsberaterinnen und Rechtsberater in Gewerkschaften und Arbeiterkammern allzu oft, dass Beschäftigte gar keine Lohnabrechnungen erhalten oder nur einen Waschkettel, auf dem ein einziger Betrag genannt ist“, kritisiert AK-Präsident Rudi Kaske.

Infos unter:

tinyurl.com/ox57vao

AK:

Starke Bildungsvererbung in Österreich

OECD-Bildungsvergleich: AK-Präsident Rudi Kaske fordert gesamt-nationale Bildungsstrategie und soziale Schulförderung.

Nach wie vor schließen hauptsächlich Kinder von AkademikerInnen ein Hochschulstudium ab. Bei den Chancen auf Aufstieg durch Bildung, der sogenannten Aufwärtsmobilität, reiht die OECD Österreich in ihrem kürzlich veröffentlichten Bildungsvergleich ganz weit hinten. „Wir müssen bei der Bildung alle mitnehmen“, fordert AK-Präsident Rudi Kaske.

Zum anscheinend explosionsartigen Anstieg des Anteils der AkademikerInnen an der Bevölkerung in Österreich, der sich auf den ersten Blick ergibt, sagt Kaske: „Wir dürfen uns nicht täuschen lassen.“ Ohne berufsbildende Schulen liegt der Anteil der AbsolventInnen von Hochschul-Studien nach wie vor um mehr als ein Drittel unter dem Schnitt der OECD-Länder.

Kaske fordert zusätzlich zum jüngsten Bildungskompromiss der Bundesregierung eine gesamt-nationale Bildungsstrategie: „Alle brauchen ihre Chance auf bestmögliche Bildung. Vor allem muss Schluss sein damit, dass Bildung vererbt wird.“ In der gesamt-nationalen Bildungsstrategie müssen weitere Schritte enthalten sein, damit kein Talent auf dem Weg zur bestmöglichen Bildung und Ausbildung verloren geht. Es sei ein Erfolg, dass jetzt das zweite Gratis-Kindergartenjahr kommen soll.

Als nächster Schritt ist dem AK-Präsidenten eine soziale Schulfinanzierung wichtig: Die Schulen sollen umso mehr Mittel bekommen, je mehr SchülerInnen sie haben, denen die Eltern selbst nicht beim Lernen helfen können.

Infos unter: tinyurl.com/powju9e

AK/ÖGB:

Zu wenig Zeit für Lehrlinge

Der erste Lehrlingsmonitor stellt Lehrausbildenden ein schlechtes Zeugnis aus. Die Gewerkschaftsjugend fordert Qualitätsstandards für die Lehre.

Während die duale Ausbildung zunehmend zum Exportschlagler avanciert, streben hierzulande immer weniger Jugendliche eine Lehre an. Um diesem Widerspruch auf den Grund zu gehen, haben Arbeiterkammer und der ÖGB eine umfassende Befragung beauftragt: den ersten österreichweiten Lehrlingsmonitor. Die Ergebnisse sollten den Unternehmen zu denken geben: „Zwei von fünf Lehrlingen sehen ihren Ausbilder, ihre Ausbilderin nur manchmal oder sie kennen ihn/sie gar nicht. Ein ähnlich hoher Anteil bekommt nur kaum oder gar keine Rückmeldung zum Ausbildungsfortschritt. Jeder dritte Lehrling gibt sogar an, immer oder häufig für ausbildungsfremde Tätigkeiten eingesetzt zu werden“, zitiert Autor Peter Schlögl zentrale Erkenntnisse der Studie.

Weitere Punkte im Sündenregister: „Nicht einmal zwei Drittel der Lehrbetriebe (61 Prozent) interessieren sich dafür, was die Jugendlichen in der Berufs-

schule lernen – und jeder zweite Lehrling sagt, dass es bei neuen Arbeitsaufgaben nicht genug Zeit zum Ausprobieren gibt.“ Ausgerechnet jene Branchen, die am lautesten nach Lehrlingen schreien, sind im Übrigen auch jene, in denen die Jugendlichen nicht bleiben wollen. „Die Jugendlichen wollen keine unfreiwilligen Überstunden machen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten“, hält Vanessa Radu, Bundesjugendsekretärin der vda, fest. „Die Aufgabe der Betriebe ist es, die Lehrlinge auszubilden und sie auf ihrem Weg zur Lehrabschlussprüfung zu begleiten.“ „Was im schulischen Bereich unvorstellbar wäre, ist in der Lehrlingsausbildung der Normalfall: Es wird nicht kontrolliert, wie gut oder schlecht die Jugendlichen ausgebildet werden“, kritisiert ÖGJ-Vorsitzender Sascha Ernszt. „Das zu ändern muss eine Lehre aus dem ersten Lehrlingsmonitor Österreichs sein.“ Auch AK-Präsident Rudi Kaske

hält fest: „Derzeit ist die Lehrabschlussprüfung der einzige Gradmesser für die Qualität der praktischen Ausbildung in den Betrieben. Es gibt in den meisten Betrieben keine weitere Überprüfung, und das soll sich ändern.“ ÖGB-Präsident Erich Foglar wiederum betont: „Da Arbeits- und Ausbildungsbedingungen maßgeblich für die Zukunft der ArbeitnehmerInnen sind, gehört für uns eine umfangreiche Ausbildung für die LehrlingsausbilderInnen in den Betrieben sowie ständige Weiterbildung der AusbilderInnen dazu. Die Lehrlinge können nur so gut sein, wie jene, die sie ausbilden.“ Von nun an wollen Gewerkschaften und AK alle zwei Jahre aus Sicht der Lehrlinge Vergleiche und Rückschlüsse ziehen, ob die Lehrausbildung einen Schritt nach vorn oder zurück macht.

Infos unter:

www.lehrlingsmonitor.at

GPA-djp:

1.700 Euro: „Das ist wohl das Mindeste!“

270.000 Menschen in Österreich haben Vollzeiteinkommen an der Armutsgrenze. Frauen sind davon deutlich stärker betroffen als Männer.

In Österreich verdienen immer noch knapp zwölf Prozent der Vollzeitbeschäftigten unter 1.500 Euro brutto, das sind rund 270.000 Menschen. Netto entspricht das 1.161 Euro und damit ziemlich genau dem Grenzwert, mit dem Armutsgefährdung definiert wird. „Wir sind überzeugt, dass es höchste Zeit ist, die Mindestlöhne und Gehälter stärker anzuheben“, erklärt Wolfgang Katzian, Vorsitzender der GPA-djp.

1.700 Euro brutto bei Vollzeitbeschäftigung, das sind ab 1. Jänner 2016 mit der von den Gewerkschaften erfolgreich durchgesetzten Steuerreform rund 1.250 Euro netto. „Das ist keine Utopie, sondern eine unabdingbare Vorausset-

zung, um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können“, so Katzian.

Das Meinungsforschungsinstitut IFES hat eine Sonderauswertung des Arbeitsklima Index durchgeführt. Die Daten bestätigen, dass eine Erhöhung für die Lohn- und -gehaltsgruppen unter 1.700 Euro massive Auswirkungen auf ihre Lebensgestaltung hat. Die Anhebung ist außerdem ein wirksamer Schritt für mehr Einkommensgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und zum Schließen der Einkommensschere. Frauen sind in viel höherem Ausmaß von niedrigen Vollzeiteinkommen betroffen als Männer. Auch Teilzeitbeschäftigte, von denen besonders viele weiblich sind,

würden von einer Erhöhung profitieren. „Die Selbstbestimmung von Frauen, nicht nur im Erwerbsleben, sondern darüber hinaus in der Pension, setzt ein Einkommen voraus, von dem man leben kann“, betont Bundesfrauenvorsitzende der GPA-djp Ilse Fetik.

In einer Aktionswoche Anfang Dezember haben KollegInnen der GPA-djp in Betrieben und im öffentlichen Raum Unterstützungsunterschriften für diese Forderung gesammelt. Die GPA-djp wird dieses Ziel zudem bei allen anstehenden Kollektivvertragsrunden konsequent verfolgen.

Infos unter:

www.gpa-djp.at/aktionswoche

Knallharte Machtfragen

Politikwissenschaftler Ulrich Brand über den überholten Glauben an die heilenden Kräfte von Wachstum und Konsum und den Reiz der Arbeitszeitverkürzung.

ZUR PERSON

Ulrich Brand



Ulrich Brand ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. Er studierte Betriebswirtschaft, Politikwissenschaft und Volkswirtschaftslehre in Ravensburg, Frankfurt am Main, Berlin und Buenos Aires. Seine Forschungsschwerpunkte sind Globalisierung, Politische Ökonomie, Umwelt- und Ressourcenpolitik, Gesellschaftliche Naturverhältnisse und Soziale Bewegungen.

Arbeit&Wirtschaft: Kann man die Frage nach dem guten Leben angesichts hoher Arbeitslosigkeit, Armut, stagnierenden Löhnen oder Flüchtlingsbewegungen überhaupt stellen?

Ulrich Brand: Es gibt ja eine dominierende Vorstellung in der Gesellschaft, was das gute Leben ist: Man soll viel verdienen, viel konsumieren, nicht zu viele Fragen stellen, diszipliniert sein. Wenn man sich die Gewerkschaftszeitungen ansieht, etwa die neue Ausgabe (der „Kompetenz“, Anm.): Da geht es um die Kollektivvertragsverhandlungen, zu sehen ist ein junges Pärchen, und über ihnen schwebt eine Wolke mit Auto, Kühlschrank, Reise, Eurozeichen und so weiter.

Doch das hat eine Kehrseite: So wie das gute Leben heute verstanden wird, führt es dazu, dass Menschen arbeitslos werden, dass Ressourcenzuflüsse hier zu Ressourcenkriegen woanders führen, so dass Menschen fliehen. Die heutige Vorstellung vom guten Leben ist individualisiert, erzeugt viel Druck und das führt zu Problemen.

Wir müssen die Frage des guten Lebens anders stellen und beantworten: Ein gutes Leben ist ressourcenleicht, solidarisch, ökologisch nachhaltig, nicht auf Kosten anderer.

Ist es denn so unverständlich, dass man nicht verzichten möchte?

Es gibt zwei Dimensionen bei dieser Diskussion, die erste wäre: Wir wissen vor allem aus der Gesundheitsforschung, dass ab einem bestimmten Einkommen subjektives Glücksempfinden größer ist, wenn die Verteilung gleicher ist. Wilkinson und Pickett haben gezeigt, dass das individuelle Wohlbefinden durchaus etwas mit der Gesellschaft zu tun hat, nämlich mit einem Gefühl, dass es mehr oder weniger gerecht zugeht, dass es auch anderen nicht so schlecht geht. Zweitens: Aus meiner Sicht ist Debatte um gutes Leben keine Debatte um Glück. Glück ist etwas Individuelles, man kann viel Geld haben und unglücklich sein. Die Frage nach dem guten Leben heute ist vielmehr die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Menschen solidarisch, auskömmlich und nachhaltig leben können. Das ist aus meiner Sicht der Kern der Debatte.

Jetzt kommen wir an eine Scheidestelle, denn es gibt eine ökologische Restriktion. Wir können nicht mehr sagen: Die Bedingung für ein gutes Leben ist ein Industriekapitalismus, der nicht so genau schaut, wo die Zutaten des Kuchens herkommen, Hauptsache der Kuchen wächst und wir können die Stücke verteilen. Wir müssen genauer fragen: Was hat es mit den Zutaten des Kuchens auf sich?

Aber kann man Menschen in den Nicht-Industrieländern wirklich übel nehmen, dass sie die gleichen Konsummöglichkeiten haben wollen?

Ich würde nicht sagen: Die Chinesen sollen unsere Konsummöglichkeiten haben, etwa in der Mobilität. Es braucht in China dringend ein anderes gesellschaftliches Bewusstsein. Es geht nicht, dass du ein Auto hast, sobald du ein bisschen im Wohlstand lebst, wenn du dann Mittelklasse bist – und zwar nicht als moralische Ansprache, sondern als gesellschaftspolitisches Problem. Jetzt kommen in China die Smogs wieder, das ist ein Desaster. Und die Leute wissen doch, dass es ein Desaster ist.

Die staatlichen Politiken ändern sich jetzt ein bisschen. Nur hat das Zentralkomitee in China 1980 entschieden: Wir erhöhen die Mobilität weitgehend über Automobilität. Nur warum hat der Staat nicht gesagt: Wir machen das über öffentlichen Verkehr? Heute machen sie es, aber das ist total additiv zum großen Drive Automobilität. Ich würde sagen: Die Menschen in China sollen eine befreiende Mobilität haben, die auf einem guten, öffentlichen Verkehr basiert. Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich will nicht den moralischen Zeigefinger erheben, sondern auf die gesellschaftspolitischen Probleme hinweisen.

Lieber gutes Fleisch und davon weniger als billiges: Das klingt doch nach Verzicht, oder?

Dieser Rahmen – und der ist sehr stark in der Gewerkschaft vertreten – ist aus meiner Sicht falsch. Vielmehr müsste man sagen:



„Die Leute haben doch bewiesen, dass sie bereit sind, ihre Klamotten herzugeben“, weist Politikwissenschaftler Ulrich Brand auf Potenziale einer neuen Wirtschaft hin.

Wir brauchen ein anderes Verständnis von Wohlstand. Ich würde den Leuten nicht ihr Schnitzel verbieten. Vielmehr muss gutes Fleisch gesellschaftlich so verstanden werden, dass es ökologisch produziert wird, zwar etwas teurer ist, aber dass ich Freude habe, wenn ich zweimal die Woche Fleisch esse. Das sind kulturelle Veränderungen – und ich glaube, dass da die Gewerkschaften eine zentrale Rolle spielen. Die Verzichtforderung zählt zudem zu den konservativen Vorschlägen. Die halte ich für ziemlich problematisch, weil wenn sie Verzicht oder Gürtel enger schnallen sagen, dann meinen sie: die Ärmere. Oder den Süden. Da würde ich sagen: Nein, es geht um einen solidarischen Umbauprozess.

Wie viel haben diese Fragen mit Verteilung zu tun?

Wir müssen die Frage des Übergangs oder der sozial-ökologischen Transformation, wie ich es bezeichne, unbedingt mit Verteilungsfragen kurzschließen. Aber nicht nur. Da würde ich die Leute in die Pflicht nehmen. Es muss eben nicht das Menschenrecht auf das tägliche Schnitzel sein. Wir wissen aus allen Gesundheitsstudien, dass wir zu viel Fleisch essen. Es ist also gesünder, es ist solidarischer, und es gibt hier super regionales Essen, das nachhaltig angebaut wird.

Der Umbauprozess hängt aber natürlich mit der Verteilungsfrage zusammen. Man sollte eben nicht bei den einkommensschwachen Hacklern oder sogar bei den Arbeitslosen anfangen. Bisher läuft die Alternativdiskussion – der Hype um Thomas Piketty oder Joseph Stiglitz, die beide in traditionellen Wachstumskatego-

rien denken – unter dem Verteilungsgesichtspunkt. Ich würde den nie aufgeben wollen – auch die Verteilung von Macht, nicht nur von Einkommen und Vermögen. Aber ein Systemimperativ heute lautet: Es gibt drei wirtschaftspolitische Forderungen, nämlich Wachstum, Wachstum, Wachstum. Die Systemlogik ist: Geh nicht an die Macht der Vermögenden, geh nicht an die Macht des Kapitals. Das muss infrage gestellt werden.

Und die Bevölkerung muss an diesem Prozess beteiligt werden. „Nur das Kapital macht“: Das wäre mir zu wenig. Genauso zu sagen: „Nur die Leute, der Konsument macht das, wir kriegen das über den Lifestyle hin.“ Das glaube ich nicht, das sind knallharte Machtfragen.

Über Werbung werden Bedürfnisse bei den Menschen geweckt, die eigentlich der Profitlogik von Unternehmen dienen. Kann man sich dem überhaupt entziehen?

Ich denke schon. Es gibt natürlich Produktivitätssteigerungen – hoffentlich gibt es die, ein sozial verantwortlicher Unternehmer hat allein schon einen Expansionszwang, wenn er keine Leute entlassen will. Aber wir könnten ja auch die alte Idee von Keynes aufnehmen, der 1930 in seinem „Text an die Enkel“ geschrieben hat: Wenn wir Produktivitätswachstum haben, könnte das ja auch über Arbeitszeitverkürzung laufen. Was wäre das für ein kultureller Wandel!

Und jetzt nehmen wir noch die Flüchtlingsfrage dazu und verbinden sie mit einem Wunsch, der sich in allen Umfragen zeigt: Die Menschen wollen 30

Stunden arbeiten. Die Debatte um andere Wohlstandsmodelle und Machtfragen mit der 30-Stunden-Frage zusammenzubringen: Das wäre die Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeiterkammern. Die Leute haben doch bewiesen, dass sie bereit sind, ihre Klamotten herzugeben, und ich würde das nicht als Wohlstandsmüll denunzieren. Da haben Menschen geteilt, weil andere Menschen in Not waren. Wenn wir das umstellen und sagen: Ja, ich bin glücklicher mit 30 Stunden, ich habe eine gute öffentliche Infrastruktur, ich werde nicht über den Tisch gezogen und ich kann mich für etwas anderes einbringen – ich kann zum Beispiel fünf Stunden die Woche Unterricht für Flüchtlinge geben. Das ist doch irre! Da würde die Gesellschaft anfangen umzudenken.

„Raus aus der Beschleunigung“ versus „Rein in den Konsum“. Wie lässt sich dieser Widerspruch entkoppeln?

Ein kleiner gedanklicher Umweg: Ich sage, es muss aus meiner Sicht ein bedingungsvolles Grundeinkommen geben, und zwar nicht als Zwang, sondern dass man mit seiner Zeit auch Sinnvolles machen kann. Der kulturelle Wandel wäre: Ich habe mehr Zeit für anderes, für mich, für die Familie, für mein Grätzl, für die Politik, wie auch immer. Dann würde es eben nicht bedeuten „Mehr Zeit ist mehr Konsum“. Das wird uns aber nahegelegt: Du bist völlig entfremdet in der Arbeit, du hältst die Klappe von Montag bis Freitag und am Samstag gehst du zu Saturn oder kaufst dir ein T-Shirt für 1,99 aus Bangladesch und

fragst nicht genau, unter welchen Bedingungen es hergestellt wurde.

Diese Veränderung hin zu einer solidarischen Lebensweise ist eine, die natürlich Vorbilder braucht, die Orientierung braucht. Da würde ich die Gewerkschaften und Arbeiterkammern in die Pflicht nehmen. Sie sollten nicht sagen „Mehr im Geldbörsel!“ oder „Billig konsumieren!“, sondern vielmehr: „Solidarisch und gut konsumieren!“.

Die Gewerkschaften in Österreich gerade in den 1920ern haben ja gesagt: Wir sind gesellschaftspolitische Akteure und wir gestalten mit. Dann sind sie in die Defensive gedrängt worden als Partikularinteressenvertreter, während das Kapital das Allgemeininteresse vertritt. Genau das ist ja der Erfolg des Neoliberalismus. Und jetzt zu sagen: Die Gewerkschaften vertreten weiter die Interessen ihrer Mitglieder, aber sie vertreten auch das Interesse an einer guten Umwelt, an Zukunftsfähigkeit ... Dazu gehört aber auch, dass man sagt: Ihr, liebe Mitglieder, seid nicht entlassen, das machen nicht nur wir Vertreter, sondern engagiert euch! Die Menschen selber sollen sich als politisches Subjekt fühlen. Klar, wir benötigen Formen der Repräsentation, aber es gibt so viele Interessenbildungsprozesse, die völlig abgeschnitten von den Mitgliedern ablaufen, weil die Gewerkschaften oder die Funktionäre – und ich meine das nicht böse – ja eh wissen, was die Mitglieder wollen. Es geht also um eine Re-Politisierung – und damit meine ich keine Überpolitisierung, sondern eine kluge Re-Politisierung. Das war ja so spannend am Flüchtlingsthema im Sommer.

Da wäre Arbeitszeit ein spannendes Thema, auch Vermögenssteuern. Oder das Klimathema: Wir wissen, wir leben materiell über unsere Verhältnisse, wir zerstören da etwas. Da gibt es einen großen Unmut. Diesen könnte man in eine andere Lebensweise umbauen, etwa indem man sagt: Wien wird im Jahr 2030 autofrei sein. Überlegen Sie mal: Die Stadt wäre fast ohne Autos, außer Notwägen und so weiter. Das ist noch eine Größe, das ist doch Lebensqualität! Das ist aber auch eine Frage des Angebots, dass Menschen außerhalb des Gürtels und im Umland mitmachen können, und da wird es halt nicht so einfach.

Inwieweit hängen gutes Leben und Chancengleichheit zusammen?

Diese Transformationsdebatte kommt ganz stark aus der Ökologie und es gibt diesen Spruch: Gutes Leben für alle, nicht Dolce Vita für wenige! Das halte ich für ganz zentral. Weltweit ist es Dolce Vita für wenige, aber auch innergesellschaftlich.

Das gute Leben für alle ist eine Frage der Gerechtigkeit und der starke Gewerkschaftsbegriff ist die „Just Transition“. Der war ja teilweise in den Klimaverhandlungen präsent, ist aber wieder rausgefallen. Darauf würde ich aber bestehen: Das gute Leben muss ein gerechtes und solidarisches Leben sein. Und die Umweltdebatte zieht es sozusagen auf den ökologischen Imperativ: Wir müssen jetzt die CO₂-Emissionen bis 2050 um 80 Prozent reduzieren. Ich glaube auch, dass wir das müssen, aber wenn wir das nicht gerecht hinkriegen, machen die Leute nicht mit.

Die Aufgabe in den nächsten Jahren wird sein, das nicht den Rechten zu überlassen. Die bedienen das mit Wohlstandschauvinismus, mit Rassismus, mit Abwertung, Hierarchisierung.

Vielmehr braucht es ein Wohlstandsmodell – dass wir uns bereit machen, um diese solidarische Lebenspraxis zu erreichen. Von daher kommen wir um die Gerechtigkeitsfrage nicht herum und auch nicht um die Machtfrage. Man muss sich mit den Vermögenden anlegen, man muss sich mit denen anlegen, die die Investitionsentscheidungen treffen, und das sind in der Regel private Unternehmen, und die muss man gegebenenfalls blockieren.

Der Ausbau öffentlicher Infrastruktur wird derzeit gerne mit dem Sparzwang vom Tisch gewischt. Ist da eine Wende überhaupt möglich?

Man kommt nur heraus, wenn wir die Austerität überwinden. Die große Blockade – neben dem Mentalen und Machtfragen, die wir gerade diskutiert haben – ist zurzeit die Austeritätspolitik. Die erzeugt wahn-sinnig viel Angst, und zwar auch bei jenen, die heute noch gut leben – machen wir uns nichts vor!

Die Überwindung der Austeritätspolitik kann aber nicht nur traditions-keynesianisch sein, also nicht: Wir machen Wachstum, Wachstum, Wachstum, und

verteilen besser. Das ist nicht unbedingt gerechtigkeitsfördernd. Die traditionelle keynesianische Lehre legt sich auch nicht unbedingt mit herrschenden Interessen an. Wir sind in einer Situation, in der wir einen kampfmütigen Keynesianismus brauchen und auch die Ökologiefrage stellen müssen.

Gibt es da noch Raum für das „normale“ Leben, in dem es eben auch Krisen gibt?

Es wird weiterhin Jobs geben, die nicht angenehm sind. Da sollte man nicht naiv sein. Nur: Wie ist die Arbeit verteilt? Wie wird das bezahlt? Welche Arbeit wird abgewertet? Warum gibt es Eliten, die die tollen Jobs machen, und viele andere haben nicht so tolle Jobs? Der Philosoph (Theodor W., Anm.) Adorno hat einmal gesagt, in einer emanzipierten Gesellschaft würde er auch am Tag drei Stunden Fahrstuhlführer sein, wenn er damit zu einer besseren Gesellschaft beiträgt. Das aber eher als Bonmot.

Ich bestehe eben deshalb auf den Bedingungen: Man muss die Bedingungen schaffen, dass man mit Mühsal oder einer Krisensituation gut umgehen kann und nicht alleingelassen wird. Hartz IV heißt ja, ich habe eine Krisensituation und diese wird verlängert. Ich werde auch noch gesellschaftlich stigmatisiert. Eine gute Gesellschaft würde sagen: Natürlich wird mal jemand arbeitslos, hat ein Burn-out oder es stirbt ein Mitmensch – und diese Krise wird gut aufgefangen.

Die Frage, die mich vor allem umtreibt: Wie können wir in einem demokratischen Prozess ein besseres Leben für alle schaffen? Gerade im Gewerkschafts- und Beschäftigtenspektrum lautet die Frage: Wie kommen wir aus dieser fossilen Demokratie raus? Diese Frage haben wir noch nicht richtig verstanden. Also wie schaffen wir eine ressourcenleichte, solidarische, emanzipatorische Demokratie?

Wir danken Ihnen für das Gespräch.

Das Interview führte Sonja Fercher für Arbeit&Wirtschaft.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Redaktion
aw@oegb.at

Schlechtes Leben fürchten

Die Gewerkschaft war und ist Bewegung gegen schlechtes Leben. Deshalb ihr Kampf gegen Arbeitslosigkeit, deshalb ihr Einsatz für Flüchtlinge.

Sie mussten wissen, dass die Chance gleich null war. Trotzdem verjagten die hungernden kleinen Leute von Paris im Jahr 1871 ihre korrupte Verwaltung und wählten eine sozialistische Stadtregierung, die auch den Achtstundentag einführte. Die Truppen des besiegten Frankreichs und des siegreichen Deutschen Reichs bereiteten dann gemeinsam der „Commune“ ein blutiges Ende. Der Dichter Bert Brecht setzte den Besiegten mit seinem Gedicht „Resolution der **Kommunarden**“ ein Denkmal. Er nannte ihre Ziele – darunter gerechte Gesetze, kein Hunger mehr, Wohnung, Heizung und guter Lohn – und schloss die Strophen mit dem Refrain:

In Erwägung, dass ihr uns dann eben mit Gewehren und Kanonen droht, haben wir beschlossen, nunmehr schlechtes Leben mehr zu fürchten als den Tod.

Ähnlich empfinden wohl die meisten Flüchtlinge, die sich, um Krieg, Hunger und Chancenlosigkeit in den finanziell völlig unterversorgten Auffanglagern in der Nachbarschaft der Kriegsgebiete zu entkommen, auf den gefährlichen Weg nach Europa machen. Unter diesen Bedingungen sei, so der ÖGB-Bundesvorstand in seinem einstimmigen Positionsbeschluss zur Flüchtlingsfrage vom 29. Oktober 2015, **die Unterscheidung zwischen Kriegs- und sogenannten „Wirtschaftsflüchtlings“ ... schwer zu treffen. Sie alle treten den Weg nach Europa an, auf der Suche nach einem menschenwürdigen Leben. ... Europa muss deshalb ... vertriebenen Menschen ausreichend Schutz gewähren!**



ÖGB-Plakat Ende 1956: Nach der Niederlage des antikommunistischen Aufstands in Ungarn kamen 180.000 Flüchtlinge. 1968 folgten nach der Vernichtung des „Prager Frühlings“ 162.000 Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei, Anfang der 1990er-Jahre 90.000 bosnische Kriegsflüchtlinge.

GewerkschafterInnen aus betrieblichen und überbetrieblichen Organisationen standen schon immer in den vorderen Reihen, wenn es darum ging, Menschen auf der Flucht zu helfen – die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung ist ja ihrerseits auch eine Geschichte von Verfolgungs- und Fluchterfahrungen, angefangen von der Pionierzeit im 19. Jahrhundert bis zur faschistischen Ära von 1934 bis 1945. Bei allen Flüchtlingswellen, die Österreich erreichten, hatte der ÖGB dabei das soziale Ganze im Auge. Flüchtlingen eine Chance statt Almosen zu geben, das heißt aus Gewerk-

schaftssicht, sie nicht zum Spielball am Arbeitsmarkt werden zu lassen, sie nicht gegen die schon im Land befindlichen Arbeitslosen auszuspielen. Das betonte auch der ÖGB-Bundesvorstand 2015: **Keinesfalls darf die Notsituation Arbeit suchender Menschen für Lohn- und Sozialdumping missbraucht werden.**

Ausgewählt und kommentiert
von Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Die Grenzen ignoriert

Schon vor 40 Jahren hinterfragte man das auf Wachstum und Ausbeutung der Natur ausgerichtete Wirtschaftsmodell. Die Frage bleibt brennend aktuell.

Sonja Fercher

Chefin vom Dienst der Arbeit&Wirtschaft

Stärker als je zuvor tendiert die Menschheit gegenwärtig zu beschleunigtem Wachstum der Bevölkerung, rascherer Nutzung von Boden, Steigerung von Produktion, Verbrauch und Erzeugung von Schadstoffen. Man nimmt dabei kurzerhand an, dass der natürliche Lebensraum dies zulasse oder dass Wissenschaft und Technik alle etwaigen Hindernisse überwinden könnten.“

Es ist ein Satz, der so klingt, als wäre er erst vor Kurzem geschrieben worden. Dieser Eindruck täuscht aber, denn das Zitat stammt aus dem Jahr 1972. Damals nämlich begann man sich in einer breiten Öffentlichkeit mit den „Grenzen des Wachstums“ zu beschäftigen, wie auch der Titel des Buches lautet, dem dieser Satz entnommen ist. Darin wird eine Studie im Auftrag des Club of Rome über die Zukunft der Weltwirtschaft zusammengefasst.

Vorausschauend

So umstritten der Club of Rome selbst wegen seiner Unternehmernähe ist und so skeptisch man mancher Analyse gegenüberstehen mag, so vorausschauend wirken die Schlussfolgerungen der „Grenzen des Wachstums“: „Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen

auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.“

Seither beschäftigen sich viele verschiedene AkteurInnen mit der Zukunftsfähigkeit des vorherrschenden Wachstumsmodells, aktuell vor allem unter dem Stichwort Nachhaltigkeit. Allein, die Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Umweltpolitik sollten bescheiden bleiben. Daran änderte auch das Platzen der Finanzblase im Jahr 2008 wenig: Im Mainstream hält sich das Ankurbeln des Wachstums bis heute als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel.

Ungenutzte Chance

Dabei ist diese Krise nur ein weiterer Schuss vor den Bug des aktuellen Wirtschaftssystems und hätte somit einer von vielen Anlässen sein können, dieses grundlegend zu überdenken. „Diese Krise, so die damals einhellige Meinung, böte ein einmaliges Window of Opportunity, um den Ende der 1970er-Jahre eingeschlagenen wirtschaftsliberalen Entwicklungspfad hinter sich zu lassen“, schreibt etwa Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall, in „Kurswechsel für ein gutes Leben“. Diese Hoffnungen allerdings wurden bislang enttäuscht, so Huber. Die nach der Krise ergriffenen Maßnahmen seien „vor allem symbolischer und strukturkonservativer Natur“: keine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, keine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik in Richtung Nachhaltigkeit.

Die deutsche Gewerkschaft IG Metall ist nur eine von vielen AkteurInnen, die sich mit Alternativen zum derzeitigen

BUCHTIPP

Berthold Huber:
Kurswechsel für ein gutes Leben
 Wege zu einer solidarischen Gesellschaft
 Campus-Verlag, 276 Seiten,
 2013, € 25,70
 ISBN: 978-3-593-39930-0



Bestellung:
www.besserewelt.at

Wirtschaftssystem beschäftigen. Man muss das Problem bei der Wurzel packen, lautet die Analyse, und diese Wurzel ist das auf Wachstum und Ausbeutung der Natur basierende Wirtschaftsmodell.

Im Jahr 2012 veranstaltete sie einen großen internationalen Kongress mit dem Titel „Kurswechsel für ein gutes Leben“, bereits ein Jahr zuvor hatte sie sich bei ihrem Gewerkschaftstag einen solchen Kurswechsel zum Ziel gesetzt. Wie könnte ein Alternativmodell aussehen? Berthold Huber erklärt die Vorstellungen der IG Metall: Dieser gehe es „um die Frage einer ‚humanen Ökonomie‘ und darum, wie es gelingen kann, qualitatives Wachstum, gute Arbeit, Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe für alle miteinander zu verbinden“.

Neuer Wohlstandsbegriff

In Deutschland beschäftigte sich außerdem eine Enquete-Kommission mit dem Thema. Die 17 Bundestagsabgeordneten und 17 externen Sachverständigen

Schon im Jahr 1972 wurde die Frage nach den Grenzen des Wachstums gestellt. Sie bleibt aktuell.

schlugen einen neuen Begriff von Wohlstand sowie eine neue Wohlstandsmessung vor.

Diese müssten „neben dem materiellen Wohlstand auch soziale und ökologische Dimensionen von Wohlstand abbilden“. Auch sie stellten das Wachstumsdogma infrage, denn dieses führe eben nicht automatisch „zu mehr materiellem Wohlstand für alle, mehr sozialer Gerechtigkeit und der Lösung der ökologischen Herausforderungen“.

Außerdem legte die Kommission eine Definition von Lebensqualität vor, die folgende Dimensionen beinhaltet: „der materielle Lebensstandard, der Zugang zu und die Qualität von Arbeit, die gesellschaftliche Verteilung von Wohlstand, die soziale Inklusion und Kohäsion, eine intakte Umwelt und die Verfügbarkeit begrenzter natürlicher Ressourcen, Bildungschancen und Bildungsniveaus, Gesundheit und Lebenserwartung, die Qualität öffentlicher Daseinsvorsorge sowie sozialer Sicherung und politischer Teilhabe als auch die subjektiv von den Menschen erfahrene Lebensqualität und Zufriedenheit“.

Mehr als materielle Bedürfnisse

In eine ähnliche Richtung gehen die Vorstellungen des britischen Ökonoms Tim Jackson, der als einer der renommiertesten Kritiker des absoluten Glaubens an Wachstum gilt. In seinem Werk „Wohlstand ohne Wachstum“ schreibt er: „Wohlstand in jeder sinnvollen Verwendung des Wortes handelt von der Qualität unseres Lebens und unserer Beziehungen, von der Belastbarkeit unserer Ge-

meinschaften und von unserem Gefühl einer gemeinsamen Bestimmung.“

Diese Vorstellung geht also weit über die Befriedigung materieller Bedürfnisse hinaus. Für Jackson ist Wohlstand „tief in der Lebensqualität, der Gesundheit und dem Glück unserer Familien verankert. Er zeigt sich in der Stärke unserer Beziehungen und in unserem Vertrauen in die Gemeinschaft. Wohlstand äußert sich durch Zufriedenheit bei der Arbeit und in dem Bewusstsein, dass wir Werte und Ziele teilen. Er beruht auf unserem Potenzial, voll und ganz am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“

All diese Vorstellungen haben jedoch eine wesentliche Einschränkung: Die Entwicklung muss „innerhalb der ökologischen Grenzen eines endlichen Planeten“ stattfinden.

Menschen für den Wandel

Diese verschiedenen Vorstellungen bewegen sich nicht im luftleeren Raum. Sie werden sogar von mehr Menschen geteilt, als man dies für möglich halten könnte. Laut einer Umfrage der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2012 sind den ÖsterreicherInnen folgende fünf Wünsche am wichtigsten: Gesundheit, persönliche Lebenssituation, das Leben weitgehend selbst bestimmen zu können, intakte Familie und Partnerschaft, Schutz der Umwelt.

Auch glauben immer weniger Menschen daran, dass Wirtschaftswachstum ihnen eine bessere Lebensqualität verschafft: 2010 teilten diese Meinung noch 40 Prozent, im Jahr 2012 sank der Wert

auf 35 Prozent. 79 Prozent der Befragten waren der Meinung: „Es ist möglich, den Zuwachs an materiellem Wohlstand der Bevölkerung mit der Umwelt und einem sorgsamem Umgang mit Ressourcen in Einklang zu bringen.“

Weiter auf Kosten der Zukunft?

Mehr als 40 Jahre sind seit dem ersten Bericht des Club of Rome vergangen, seinen ersten Berechnungen zufolge hätten wir fast die Hälfte auf dem Weg zur Grenze des Wachstums hinter uns gelegt. Seit damals wurden diese Grenzen wiederholt überprüft und adaptiert.

Die Frage ist allerdings weniger, wann die Endlichkeit des Planeten denn nun tatsächlich erreicht ist. Fakt ist, dass die heutige Wirtschafts- und Lebensweise auf Kosten der Menschen wie der Natur geht. Oder um es mit Tim Jackson zu sagen: „Der Wohlstand von heute ist nichts wert, wenn er die Bedingungen untergräbt, von denen der Wohlstand von morgen abhängt.“

Internet:

Bertelsmann-Stiftung:
tinyurl.com/jhou9bn

Das pdf des Berichts als Download:
tinyurl.com/nkoskyz

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
sonja.fercher@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Missbrauch des schlechten Lebens

*Einkommensverluste, Arbeitslosigkeit, Druck am Arbeitsplatz, Sparpolitik:
Menschen wenden sich nicht nur wegen diffuser Ängste den Rechten zu.*

Astrid Fadler
Freie Journalistin

Wer rechtspopulistische Parteien wählt oder mit Pegida spaziert, ist rechtsextrem, rassistisch, ewig-gestrig und/oder homophob, verführt durch Sprücheklopfer und plumpe Schwarz-Weiß-Malerei, irgendwie einfach gestrickt eben – so weit der allgemeine Tenor. Wenn man verhindern will, dass auf dem nächsten Denktettel „Bundeskanzler Strache“ steht, dann lohnt es sich, genauer hinzuschauen. Langsam scheint ein Umdenken einzusetzen, PublizistInnen fragen sich, welche Partei außer der FPÖ sich für unzufriedene ProtestwählerInnen überhaupt anbietet. Für Robert Misik ist der Aufstieg des Populismus „primär ein Symptom für die geistige Obdachlosigkeit vieler Bürger“, die sich von der Politik schon lange nicht mehr repräsentiert fühlen, wie er in seinem Beitrag „Rechtspopulismus in Europa – Gefahr für die Demokratie?“ schreibt.

Staatsfeind Nummer eins?

Das Göttinger Institut für Demokratieforschung befragte und beobachtete Pegida-„SpaziergängerInnen“, führte Gruppendiskussionen mit ihnen durch sowie eine Online-Umfrage. Die Ergebnisse wurden im Buch „Pegida - Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft“ zusammengefasst. Im Ergebnis zeigt sich ein differenziertes Bild: Viele DemonstrantInnen hatten sich trotz latenter Unzufriedenheit mit den aktuellen sozialen und politischen Entwicklungen lange Zeit kaum engagiert. „Erst ein außerhalb des Parteiensystem stehendes, nach

vielen Seiten hin offenes Protestbündnis, eine Konfliktzuspitzung im Nahen Osten und auf der Krim, aber vor allem die lokalen Auswirkungen der weltweiten Krisen und menschlichen Notlagen, die Bereitstellung von Flüchtlingsunterkünften durch die Städte und Kommunen mobilisierten einige Tausend Menschen“, heißt es im Buch. Die AutorInnen vermerken mit Erstaunen, dass die befragten Pegida-AnhängerInnen zum Teil über fundiertes politisches Hintergrundwissen verfügen und nicht selten ganz konkrete Verbesserungs- und Änderungsvorschläge parat hatten.

Der niederländische Publizist René Cuperus wiederum schreibt in seinem Buch „Rechtspopulismus in Europa“: „Sparmaßnahmen, nicht enden wollende Reformen am Sozialstaat des Nachkriegs-europa, die den sozialen Schutz und die kollektive Sicherheit aushöhlen, Ungleichbehandlung der Interessen von Konzernen einerseits und derjenigen des Durchschnittsbürgers andererseits, andauernde Intensivierung und Zentralisierung der europäischen Integration inmitten eines euroskeptischen Tsunami, die Ungerührtheit des Establishments angesichts der folgenreichen Massenmigration – all das schürt den sozialen Neid und Unzufriedenheit mit der etablierten Politik.“

Zahlreiche Studien und Publikationen beschäftigt(en) sich mit der Frage, warum die Neuen Rechten derart an Attraktivität gewonnen haben. Der Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Wandel und Umbrüchen in der Arbeitswelt lag nahe, wurde aber selten empirisch untersucht. Vor mehr als zehn Jahren startete die EU-Kommission das Forschungsprojekt SIREN (Socio-economic Change, Indivi-

BUCHTIPP

Ernst Hillebrand (Hrsg.):

**Rechtspopulismus
in Europa – Gefahr für
die Demokratie?**

Dietz-Verlag, 192 Seiten,
2015, € 16,90

ISBN: 978-3-8012-0467-9



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

dual Reactions and the Appeal of the Extreme Right), an dem acht europäische Länder beteiligt waren. In Österreich untersuchte FORBA die Zusammenhänge zwischen politischen Orientierungen und den subjektiven Wahrnehmungen und Verarbeitungsformen der Umbrüche in der Arbeitswelt. Die Ergebnisse aus 32 qualitativen Interviews mit Angestellten, ArbeiterInnen, PensionistInnen und Arbeitslosen wurden unter anderem 2007 im Buch „Die populistische Lücke“ veröffentlicht.

Aufgestautes Arbeitsleid

Unsicherheit und Unzufriedenheit mit der Politik, die keine Sicherheit bieten kann, waren schon damals die Kernthemen. Auch die weiteren Ergebnisse der FORBA-Studie sind hochaktuell: Umstrukturierungen, Rationalisierungen, steigende Arbeitsintensität sind allgegenwärtig im Berufsalltag („Man kommt heim wie ein ausgepresster Fetzen“). Aus Sparmaßnahmen resultierender Personalmangel führt zu häufigeren Verzögerungen und Kundenbeschwerden, Stress und Frust bei den Be-

Nicht alle AnhängerInnen von Rechtspopulisten sind auch AusländerfeindInnen. Sehr wohl aber nehmen sie diese Haltung wissentlich in Kauf.



schäftigten steigen. Veränderungsprozesse in Unternehmen sind kaum durchschaubar, Vorschläge von Beschäftigten werden ignoriert. Fast alle Befragten berichten, dass sich im Laufe der Jahre die Distanz zum Management vergrößert hat, was als Demokratiedefizit empfunden wird.

Erlebtes Arbeitsleid

Das erlebte Arbeitsleid – „also die körperlichen, psychischen und sozialen Folgen der Unterwerfung unter die Zumutungen des Erwerbslebens, denen keine adäquate oder eine unsicher werdende Belohnung in Form von Einkommen, Sicherheit, Anerkennung und damit gesellschaftlicher Integration gegenübersteht“ – spielt eine wichtige Rolle. Leistungs- und Verfügbarkeitsgrenzen werden oft zu spät oder gar nicht bewusst wahrgenommen und kommuniziert. „Erst diese Blockaden, erfahrene Arbeitsleid direkt zum Ausdruck zu bringen, ermöglichen es, das damit verbundene Unrechtsempfinden oder die aufgestaute Wut für Angriffe auf angebliche Sozialschmarotzer oder ‚Ausländer, die uns ausnützen‘, zu mobilisieren“, schreiben die Studien-AutorInnen. Außerdem: Nicht nur die beruflich erfolgreichen AufsteigerInnen haben „Arbeitsorientierung, Arbeit als Pflicht und Selbstzweck bzw. Leistungsprinzip so sehr verinnerlicht, dass andere Einstellungen und Lebensentwürfe kaum akzeptiert werden können“. So werden andere schnell zu „Sozialschmarotzern“. Gleichzeitig wird auch eigene Erfolg- oder Arbeitslosigkeit als dramatisch erlebt.

Die Neuen Rechten sind für mehrere Gruppen attraktiv: für leistungsorientierte Selbstständige und für aufstrebende

Angestellte, die um den Platz in der gesellschaftlichen Mitte kämpfen; für ArbeiterInnen und „kleine“ Angestellte, denen verschärfte Bedingungen und physische Belastungen am Arbeitsplatz sowie fehlende Anerkennung zu schaffen machen. Geringverdienende Frauen mit Kindern wiederum leiden besonders unter ihrer Doppelbelastung und sehen sich in Konkurrenz mit billigen ausländischen Arbeitskräften. So gut wie alle haben Angst, „ausgemustert“ oder ausgegrenzt zu werden, trotz hoher Leistungsbereitschaft.

Dass es sich bei den Sorgen der Menschen nicht nur um geschürte Ängste ohne Grundlage handelt, zeigt ein Blick in die Statistik. Ganze 14 Prozent Realeinkommensverlust für ArbeiterInnen verzeichnete die Statistik Austria zwischen 1998 und 2013. Derartige Einbußen sind täglich schmerzlich spürbar und führen, in Kombination mit ausufernden Arbeitszeiten und hohen Flexibilitätsanforderungen, zu sozialer Isolation bzw. Angst vor Isolation. „Betroffene nehmen als besonders schmerzlich wahr, dass sie gesellschaftlich nicht mehr mithalten können und sich ihre Sozialkontakte reduzieren. Es stellen sich Gefühle der Entfremdung von der Gesellschaft ein. Angesichts der Wahrnehmung von Immigrant/inn/en im öffentlichen Raum, zumal ihrer auffälligen Geselligkeit und ihrer oft großen Familien, kann sich diese Entfremdung leicht an den ‚Fremden‘ entzünden. [...] Migrant/inn/en und fremde Religionen werden dabei vielfach zum Symbol für die Fremdheit in der Gesellschaft – eine Fremdheit, die auch ohne Immigration gegeben wäre“, fassen die Studien-AutorInnen zusammen.

„Der Druck in der Arbeitswelt und die Angst vor Jobverlust sind seit unserer Untersuchung nicht kleiner geworden“, umreißt Jörg Flecker, einer der AutorInnen sowie Leiter des Instituts für Soziologie an der Uni Wien, die aktuelle Situation. „Der Wohlfahrts-Chauvinismus – wer hat Anspruch auf Sozialleistungen – wird sich noch weiter zuspitzen. Die Konkurrenz am Arbeitsmarkt oder auch um günstige Wohnungen wird weiter zunehmen.“

Sozioökonomische Spaltung

Die Lebenswelten von ArbeiterInnen und Vermögenden, von Gebildeten und weniger Gebildeten driften immer weiter auseinander. Diese sozioökonomische Spaltung stellt ein gravierendes Problem dar. Aufrufe zur Toleranz, „mit denen die politische Mitte und die intellektuelle Elite auf Manifestationen des Hasses auf Sündenböcke reagierten“, wären eher kontraproduktiv und würden nur zu weiterer Entfremdung beitragen. „Mich und meine Probleme sieht keiner“ ist dann nicht selten die Reaktion von „ModernisierungsverliererInnen“. Flüchtlinge bekämen breite Aufmerksamkeit und alles geschenkt, während die eigene prekäre Situation niemanden zu interessieren scheint. Da kommen die Rechtspopulisten gerade recht.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
office@astrid-fadler.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wohlstand statt Wachstum

Die Zweifel am Wachstum als zentrales Ziel der Wirtschaft werden zu Recht größer. Weltweit rücken Initiativen Wohlstand und Lebensqualität in den Fokus.

Georg Feigl

Referent für Öffentliche Haushalte und europäische Wirtschaftspolitik in der AK Wien

Materieller Wohlstand und eine hohe Lebensqualität: Dies für die Menschen zu verwirklichen sollte eigentliches Ziel des Wirtschaftens sein. In den öffentlichen Diskursen allerdings dominieren nicht die Ziele, sondern vielmehr ein potenzielles Mittel zum Zweck: ein möglichst hohes Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. dessen jährlicher Zuwachs, besser bekannt unter dem Schlagwort Wirtschaftswachstum. Weltweit gibt es deshalb nun Initiativen, die Wohlstand und Lebensqualität in den Fokus rücken – und dies auch messen wollen.

Am Anfang für diese Bemühungen stand die stark verbreitete Wahrnehmung, dass Wirtschaftswachstum die Lebenssituation vieler Menschen nicht mehr verbessert. Das ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn man die konzeptionellen Grundlagen des BIP betrachtet. Diese Zahl gibt nämlich lediglich Auskunft über den im Inland geschaffenen Mehrwert an Waren und Dienstleistungen. Ein realer BIP-Zuwachs muss aber nicht zwangsläufig zu einer materiellen Wohlstandssteigerung führen. Das ist beispielsweise dann nicht der Fall, wenn die Zahl der EinwohnerInnen schneller steigt oder der Anteil, über den die Menschen im Inland verfügen, schrumpft oder auch, wenn ein größerer Teil der entstandenen Einkommen zur Budgetkonsolidierung verwendet wird. Ein Indikator, der diese Einflussfaktoren berücksichtigt, ist das real verfügbare Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte. Zu-

sätzlich zum BIP werden darin etwa Einkommen eingerechnet, die im Ausland entstehen (vor allem Vermögenseinkommen wie Gewinnausschüttungen und Zinsen). Vergleicht man seine Entwicklung mit dem BIP, so ist klar zu erkennen, dass die Einkommen deutlich langsamer wachsen, insbesondere aufgrund der **restriktiveren Budgetpolitik** in den letzten 20 Jahren.

Verteilungsfragen ausgeblendet

Der Haushaltseinkommen-Indikator kann den wahrscheinlich wichtigsten Effekt der Diskrepanz zwischen subjektiver und objektiver Wohlstandsentwicklung trotzdem nicht erfassen: die zunehmende – und in den letzten Jahren immer besser dokumentierte – Verteilungsschieflage, egal ob sie nun Einkommen, Konsum oder Vermögen betrifft. Mit den Arbeiten von Thomas Piketty und anderen ist der theoretische und methodische Fortschritt in den letzten Jahren nicht zu übersehen, der zum Verständnis des Zusammenhangs zwischen Wirtschaftswachstum und der Konzentration des Wohlstandes in Form von Vermögen einiges beigetragen hat. Trotz sichtbarer Bemühungen von Statistik Austria, Verteilungsfragen zur Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt systematisch zu integrieren, bleibt dieser Bereich weiter ausbaufähig.

Die zweite große Dimension der weltweiten Initiativen zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung bilden großteils subjektive Indikatoren unter der Überschrift „Lebensqualität“. Selbst wenn der materielle Wohlstand wächst und alle gleichermaßen davon profitieren, kann es zu einer

BUCHTIPP

Ulrich Brand,
Katharina Pühl und
Stefan Thimmel (Hrsg.):
Wohlstand – wie anders?
Rosa-Luxemburg-Stiftung,
91 Seiten, broschiert,
2013



Download:
tinyurl.com/ohee7vq

Lücke zwischen erwartetem und tatsächlich wahrgenommenem Zuwachs kommen. Untersuchungen zeigen, dass die Lebenszufriedenheit bei einem bereits hohen Niveau materiellen Wohlstands durch weitere Zuwächse kaum mehr steigt. Freizeit, Gesundheit oder soziale Beziehungen rücken dann in den Mittelpunkt. Diese Faktoren bleiben allerdings an materiellen Wohlstand und seine Verteilung gekoppelt. Ungleiche Gesellschaften sind insgesamt tendenziell unglücklicher, ungesünder, sozial immobiler usw. Für Individuen gilt das erst recht: Niedrige Einkommen vermindern Lebenszufriedenheit, gesellschaftliche Teilhabe, Lebenserwartung, verschlechtern den Gesundheitszustand und gehen mit einer subjektiv höheren Umweltbelastung einher.

Wohlstandsorientierte Politik

Die Politik sollte sich nicht nur am „Mehr“ an produzierten Waren und Dienstleistungen ausrichten – mit allen damit einhergehenden negativen ökologischen Auswirkungen. Vielmehr sollte sie sich auf Wohlstand und sozialen Fortschritt kon-



Die Politik sollte sich nicht nur am „Mehr“ an produzierten Waren ausrichten.

zentrieren, anders gesagt: auf ein gutes Leben für alle. Mit der besseren Datenbasis wurde die Grundlage bereits weitgehend geschaffen – zumindest in Österreich. In der wirtschaftspolitischen Debatte spielen sie trotzdem keine Rolle.

Die Gründe dafür sind natürlich vielfältig, aber ganz allgemein dürften Macht- und Kräfteverhältnisse eine besondere Rolle spielen. Nur wer die Definitionsmacht über „die Probleme“ hat, die es zu lösen gilt, ist in der Lage, Änderungen durchzusetzen. Wenn die Produktionsausweitung als wichtigstes Problem gilt, so wird sich über kurz oder lang eine Politik durchsetzen, die dieses Ziel zu erreichen vorgibt. Ausgangsbasis für eine alternative Politik muss es daher sein, die Auseinandersetzung mit alternativen Indikatoren sowohl diskursiv als auch institutionell zu verankern.

Magisches Viereck

In dieser Hinsicht kann man von der Europäischen Kommission gut lernen: Zur Verankerung des Wirtschaftswachstums als Hauptziel gibt es einen Jahreswachstumsbericht, der die wirtschaftlichen Prioritäten vorgeben soll, an denen sich die Regierungen der Mitgliedstaaten orientieren sollen. Zur Durchsetzung ihrer einseitigen Budgetregeln hat sie in allen Mitgliedstaaten **Fiskalräte** eingeführt, die ständig auf eine kurz- wie mittelfristige restriktive Budgetpolitik im Sinne der EU drängen. Aktuell versucht sie mittels sogenannter nationaler Wettbewerbsräte sogar, den globalen Konkurrenzkampf um Marktanteile zu institutionalisieren. Das würde eine auf Wohlstand und Lebens-

qualität ausgerichtete gesamtheitliche Wirtschaftspolitik auf nationaler Ebene massiv erschweren. Will man einen möglichst hohen nachhaltigen, materiellen Wohlstand und eine hohe Lebensqualität für möglichst viele Menschen schaffen, braucht es ebenfalls Institutionen, die sich ständig mit den Verbesserungsmöglichkeiten auseinandersetzen und regelmäßig wiederkehrende Empfehlungen in die Politik bzw. in die breite Öffentlichkeit tragen.

Anstelle von wenigen ExpertInnen sollten diese neuen Institutionen unter breiter zivilgesellschaftlicher Beteiligung agieren. So wie die Wachstumsorientierung derzeit von regelmäßigen Wirtschaftsprognosen implizit verstärkt wird, so müsste es auch Wohlstandsprognosen und -berichte geben. Aufgabe der Politik müsste es sein, mittelfristige Ziele zu formulieren, die eine Wohlstandsorientierung konkretisieren. Als Rahmen kann ein reformiertes „magisches Viereck der Wirtschaftspolitik“ dienen, das vor knapp 50 Jahren etabliert wurde und längere Zeit einen fixen Orientierungspunkt für ein ausgewogenes wirtschaftspolitisches Zielsystem darstellte.

Gemessen an einem solchen Umbau der wirtschaftspolitischen Steuerung stehen wir in der Debatte über gesellschaftlichen Wohlstand – unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzen – erst am Anfang. Dieser ist noch dazu von einer Suche nach den richtigen Messindikatoren bzw. den Definitionen und Dimensionen geprägt. Eine enge Verknüpfung zwischen den fachlich-statistischen Arbeiten und der politischen Ebene ist gefragt. So kam der Auftrag zur **Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission** vom damaligen fran-

zösischen Staatspräsidenten Sarkozy. Ihre Ergebnisse waren die Grundlage für eine groß angelegte Enquete-Kommission des deutschen Bundestags. In Österreich hat die Statistik Austria mit ihrem Projekt „Wie geht’s Österreich“ bereits eine statistische Grundlage geschaffen, die in einem jährlichen Bericht mündet. Woran es nun noch fehlt, sind politische AkteurInnen, die politische Initiativen darauf bauen.

Kein Selbstzweck

Wirtschaftswachstum ist also bestenfalls Mittel zum Zweck und nicht Selbstzweck. Diese Feststellung schwächt bereits tendenziell die Wirtschaftsseite und eröffnet Spielräume für eine progressive sozial-ökologische Politik. Ein vorrangiges Ziel progressiver Wirtschaftspolitik ist es, das bestehende Ungleichgewicht bei der institutionellen Verankerung wirtschaftspolitischer Grundzüge zu überwinden. Die internationale Debatte zur Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt sowie die Arbeiten zu ihrer statistischen Umsetzung bieten dafür einen guten Anknüpfungspunkt.

Blogtipp:

Wohlstands- und Fortschrittsmessung für Österreich:
tinyurl.com/hv687ma

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
georg.feigl@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Die Glücksmessung

Das gute Leben und die Bemühungen, es zu messen: International werden große Anstrengungen unternommen, das eigentlich nicht Messbare messbar zu machen.

Reinhold Russinger

Abteilung Wirtschaftswissenschaften
und Statistik der AK Wien

Glück, gutes Leben, Wohlstand: All das sind Begriffe, die wir alle gut kennen. Und doch versteht jedes Individuum etwas anderes darunter, weshalb sie sich nicht so einfach messen lassen. Dennoch gibt es seit geraumer Zeit Bemühungen, sogenannte Wohlfahrtsindikatoren zu berechnen – genauer gesagt seit Erscheinen des sogenannten Stiglitz-Sen-Fitoussi-Reports (SSFR; 2009). Bei diesem Report handelt es sich um eine Empfehlung – gerichtet vorrangig an die nationalen Statistikproduzenten –, Schlüsselindikatoren zu entwickeln, die so etwas wie Wohlstand, Gerechtigkeit oder gutes Leben zum Inhalt haben. Österreich nimmt diesbezüglich eine Vorreiterrolle ein, denn schon im Jahr 2012 wurde mit dem Projekt „Wie geht’s Österreich?“ der SSFR in die Praxis umgesetzt.

How’s life?

Ziel ist es, den Blick über den Tellerrand der gängigen Maßzahl Bruttoinlandsprodukt hinaus zu lenken und die subjektiv fassbare Lebenswirklichkeit zu betrachten. Damit steht Österreich in einer Reihe anderer prominenter internationaler und supranationaler Statistikanbieter: „How’s Life?“ etwa stammt aus der Feder der OECD, Eurostat gibt die EU-weite Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen sowie die Europa-2020-Indikatoren heraus und die UNO den „Human Development Index“. Welche Daten

bei den jeweiligen Messungen zur Basis genommen werden, dafür gibt es keine verbindlichen Vorgaben.

Messungen

Vergleicht man die unterschiedlichen nationalen und internationalen Konzepte miteinander, so lassen sich starke Parallelen erkennen. Als zentrale Messgröße werden meist das Bruttoinlandsprodukt (BIP, engl.: GDP) und seine Teilaggregat bevorzugt.

Hintergrund dafür ist die leichte Verfügbarkeit dieser Basisdaten. Darüber hinaus gibt es Primärdaten, die aus Befragungen gewonnen werden. Prominente Beispiele dafür sind die europaweite Haushaltsbefragung zur finanziellen Situation und des Konsums (HFCS), die EU-Erhebung zu den Lebensbedingungen in Privathaushalten (EU-SILC) und die in vielen Ländern durchgeführten Konsumerhebungen (die Ergebnisse der nächsten österreichischen Konsumerhebung 2014/2015 werden 2016 erwartet).

Die Statistik Austria veröffentlicht jährlich ca. 30 Schlüsselindikatoren, unter anderem zu folgenden Themen:

» Materieller Wohlstand: Konsum der privaten Haushalte, Verteilungsaspekte, Einkommen der privaten Haushalte, oder unbezahlte Produktion

» Lebensqualität: Gesundheit, Freizeit, soziale Teilhabe, physische Unsicherheit, natürliche Wohnumgebung, subjektives Wohlbefinden oder Bildung

» Umwelt und Nachhaltigkeit: Ressourcen, Klimawandel, Energie oder Verkehr

Vielfach stößt man jedoch an die Grenzen der Messbarkeit, auch lässt die aktuelle Datenlage oftmals keine weiteren Analysen zu. Besonders gravierend tritt dieses Problem beim Themenkomplex Einkommens- und Vermögenverteilung zutage, denn hierzu gibt es derzeit vielfach nur unzureichende Basisdaten.

Neoliberaler Widerstand

Diese Mängel werden aber hoffentlich nach und nach gemäß den Empfehlungen des SSFR behoben. Anstrengungen dafür gibt es sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Und eines soll nicht unerwähnt bleiben: Die Erhebung/Offenlegung von Daten zur Einkommens- bzw. Vermögensverteilung stößt immer noch auf vehementen Widerstand bei wirtschaftsliberalen Kreisen.

Die unberechtigte Angst vor Besitzstandsverlust erschwert daher eine vollständige Abbildung der Einkommens- und Vermögenssituation. Allerdings brauchen AkteurInnen in Wirtschaft und Politik eine vollständige und gesicherte Datenbasis als Grundlage für ihre Entscheidungen. Letztlich geht es auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt: Eine umfassende Datenbasis schafft die Grundlage für Entscheidungen, die im Idealfall wohlstandserhöhend wirken.

Zur Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum setzt die EU-Kommission im Rah-

Rechtskodex von Bhutan, 1729: „Wenn die Regierung das Volk nicht glücklich machen kann, dann hat diese Regierung auch keine Existenzberechtigung.“



men der Strategie Europa 2020 in vielen Bereichen wohlfahrtsteigernde Maßnahmen. Dies betrifft vor allem zielgerichtete Investitionen in Bildung und Forschung. Dazu ausgearbeitete Leitindikatoren sollen zur Quantifizierung des Gegenwartszustandes beitragen und Handlungsanweisungen für EntscheidungsträgerInnen geben. Die Indikatoren beziehen sich etwa auf die Beschäftigung, Klimawechsel, Bildung, Armut, Forschung und Entwicklung usw. Im Allgemeinen kann man festhalten, dass das Engagement bei der Schaffung von Wohlfahrtsmaßen sehr stark zugenommen hat. Fast könnte man schon von einem institutionellen Wettkampf um die „besten“ Indikatoren sprechen.

Glück als Nationalprodukt

Für das Jahr 2010 wurde erstmals von **Bhutan** – einem asiatischen Kleinstaat – ein Index veröffentlicht, der im Westen als „Glücksindex“ (Gross National Happiness Index; Abk.: GHI) bekannt wurde. Nun, man kann sich wohl darauf einigen, dass Glück im weitesten Sinne zum „guten Leben“ gehört.

Das etwas skurril anmutende Unterfangen Bhutans basiert allerdings auf äußerst seriösen und methodisch anerkannten Grundlagen. Der bhutanische Index resultiert aus einer Befragung von 7.142 Menschen. Kurz umrissen beinhaltet der Fragenkatalog neun Bereiche: psychisches Wohlbefinden, Gesundheit, Zeitverwendung, Ausbildung, Belastbarkeit, gute Staatsführung, Gesellschaftsleben, Ökologie und Lebensstandard. Die Befragungsergebnisse

wurden dann gewichtet und zu einem Index verdichtet.

Schon im Jahr 1729 stand im Übrigen im Rechtskodex von Bhutan folgender Satz: „If the Government cannot create happiness for its people, there is no purpose for the Government to exist.“ Frei übersetzt: Wenn die Regierung das Volk nicht glücklich machen kann, dann hat diese Regierung auch keine Existenzberechtigung. Diese Erkenntnis und auch eine damit verbundene Konsequenz würde man sich in der Jetztzeit wünschen.

Lebensqualität, gutes Leben oder Glück können wohl nur subjektiv bewertet werden. Dennoch ist es sinnvoll, neue Messkonzepte in den Gesellschaftsdiskurs einzubringen. Aber auch schon Gemessenes muss Gegenstand einer öffentlichen Diskussion sein. Wie wichtig dies ist, zeigt ein Beispiel: Derzeit wird der Anstieg der privaten Konsumausgaben pro Kopf als wohlstandsvermehrend betrachtet. Nun, das mag für große Teile der Bevölkerung durchaus zutreffen, aber eben nicht für alle.

Aus diesem Grund müssen die Basisdaten z. B. nach Einkommensschichten gegliedert werden. Auch die Qualität des Konsums – die derzeit in keiner Statistik ihren Niederschlag findet – muss thematisiert werden. Schlagwörter dazu sind etwa **geplante Obsoleszenz**, Klimabelastung und viele mehr.

Ebenso weiß man aus Studien, dass Verteilungsgerechtigkeit zu stärkerer individueller Zufriedenheit führt: Wenn es allen gut geht, fühlt sich auch der Einzelne besser. Und ganz besonders

wichtig: Das aktuelle und kontroversiell diskutierte wirtschafts- und sozialpolitische Thema Arbeitszeitverkürzung und -verteilung muss noch viel stärker unter dem Gesichtspunkt „gutes Leben“ thematisiert werden. Denn auch da wird gesellschaftlicher Zusammenhalt manifest, und der tut allen gut.

Fortschritt

In diesem Sinne zum Abschluss ein Zitat von **Ludwig Erhard** aus dem Jahr 1957: „Wir werden sogar mit Sicherheit dahin gelangen, dass zu Recht die Frage gestellt wird, ob es noch immer nützlich und richtig ist, mehr Güter, mehr materiellen Wohlstand zu erzeugen, oder ob es nicht sinnvoll ist, unter Verzichtleistung auf diesen ‚Fortschritt‘ mehr Freizeit, mehr Besinnung, mehr Muße und mehr Erholung zu gewinnen.“

Internet:

Eurostat und das „Gute Leben“:
tinyurl.com/q7fk22t

HFCS:
www.hfcs.at/ueber.htm
www.grossnationalhappiness.com

EU-SILC:
tinyurl.com/oqrtomd

„How's Life?“ – OECD:
tinyurl.com/otwq6yf

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
reinhold.russinger@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gute Budgetpolitik für alle

Seit der viel zitierten „Krise“ im Jahr 2008 steckt der Karren fest. Nötig sind die richtigen öffentlichen Investitionen und eine gerechte Besteuerung von Vermögen.

Susanne Haslinger

Juristin in der Rechtsabteilung sowie in der sozialpolitischen Grundlagenarbeit der Produktionsgewerkschaft (PRO-GE) tätig

Lange konnte Österreich stolz darauf sein, die „Krise“ relativ gut gemeistert zu haben, doch dies scheint nun vorbei. Während andernorts die Zeiger langsam wieder auf Erholung stehen, bleibt die österreichische Konjunktur auf Krisenniveau und die Arbeitslosigkeit schwingt sich zu neuen Rekordhöhen auf. Österreich braucht einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Verteilungsfrage ins Zentrum rückt.

Gefährliche Entwicklung

Beobachten können wir jedoch die gegenteilige – gefährliche – Entwicklung: Austeritätspolitik auf dem Rücken der Erwerbstätigen und sozial Schwachen anstelle von Konjunkturbelebung und Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Pflege. Der Standort Österreich wird systematisch als „abgesandelt“ heruntergeredet, wodurch wiederum der politische Boden für von der Wirtschaft lang ersehnte „Reformen“ bereitet wird. Damit befindet sich Österreich in einer Abwärtsspirale, deren gegenteilige Effekte auf Konjunktur, Arbeitslosigkeit, soziale Absicherung und Staatsverschuldung in den sogenannten Krisenländern deutlich sichtbar wurden.

Hinter derartigen Antworten stehen klare Interessen – Interessen, die nicht das Wohl der Gesellschaft zum Ziel haben, sondern die Profitmaximierung einzelner. Tatkräftige Unterstützung bekommt diese

Politik von der EU-Kommission. In ihren „länderspezifischen Empfehlungen“ etwa kommentiert sie die Budgetpolitik der Mitgliedstaaten und sie verfolgt – zumindest nominell – das Ziel, das Wachstum in Europa zu fördern. Regelmäßig fordert die Kommission die Deregulierung von – aus gutem Grund – geschützten Bereichen wie etwa dem Mietrecht, sie tritt für Privatisierungen ein, die Absenkung der Mindestlöhne sowie die Zurückdrängung von Gewerkschaftsrechten zum Beispiel bei der Lohnfindung. Diese Entwicklung setzt auch Gewerkschaften zunehmend unter Druck. Als AkteurInnen im politischen Verteilungskampf werden sie als „wachstumsschädigend“ etikettiert, wodurch letztlich ihr Einfluss zurückgedrängt werden soll.

Tatsächliche Strukturreformen sehen anders aus. In Österreich macht die Allianz „Wege aus der Krise“ – ein Bündnis aus Gewerkschaften und NGOs – vor, wie es gehen kann: Sie zeigt auf, welche Bedeutung öffentliche Investitionen und eine gerechte Vermögensbesteuerung haben, um sich den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen zu stellen. Im jährlich von der Allianz veröffentlichten „Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudget“ wird der Reformbedarf anhand jederzeit umsetzbarer und finanzierbarer „Zukunftsinvestitionen“ beschrieben, die eine nachhaltige Wirkung auf die gesamte Gesellschaft haben. „Gute Budgetpolitik für alle“ erfordert sozial gerechte und ökologisch nachhaltige öffentliche Investitionen, die einerseits auf aktuelle Herausforderungen wie die demografische Entwicklung oder die drohende Klimakatastrophe eingehen und gleichzeitig unmittelbar

Arbeitsplätze schaffen. Die geforderten Investitionen in den Ausbau von Kinderbetreuung, Bildung, Pflege, nachhaltige Energie, sozialen und nachhaltigen Wohnbau, eine ökologische Umgestaltung der Wirtschaft oder den öffentlichen Nahverkehr sind dringend notwendig, um gesellschaftlichen Wohlstand für alle zu sichern.

Auf der tagespolitischen Agenda werden solche Investitionen auf ihren kurzfristigen Kostenfaktor reduziert und damit als nicht realisierbar eingestuft. Diese Sichtweise verkennt, dass Investitionen in soziale Dienstleistungen und Infrastruktur einen besonders nachhaltigen Effekt haben. Insbesondere der damit verbundene Ausbau von Beschäftigung und der Rückgang an Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung führen dazu, dass sie sich bereits nach wenigen Jahren rechnen. Zögerliche Schritte hat die Regierung nun im Zuge des Arbeitsmarkt Gipfels gesetzt, der endlich den Startschuss für die bereits im Regierungsprogramm anvisierte Wohnbau- und Infrastrukturoffensive gibt.

Gerechte Verteilung von Arbeit

Eine der Hauptprioritäten für ein gutes Leben für alle muss der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sein. Dieser wird aber nicht allein durch die genannten Investitionen und den Ausbau sozialer Dienstleistungen und Infrastruktur gelingen. Auch das bisherige „Allheilmittel“ BIP-Wachstum kann nicht mehr ausreichend zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beitragen. Nicht nur, dass entsprechende Wachstumsraten – auch in Zukunft – nicht mehr realistisch sind: stetig steigender Ressourcenver-

Investitionen in soziale Dienste und Infrastruktur haben einen besonders nachhaltigen Effekt.



brauch und ein Konsumverhalten, das mit Bedürfnisabdeckung nur noch wenig gemein hat, treiben unseren Planeten immer tiefer in die Klimakatastrophe. Auch bei technologischen Entwicklungen, die apokalyptisch bereits im Ruf stehen, 45 Prozent der Arbeitsplätze „einzusparen“, gilt es, neue Konzepte der Verteilung von Arbeit entgegenzusetzen.

Auch ein anderes Phänomen gibt Grund zur Beunruhigung: Zwar steigt trotz wachsender Arbeitslosigkeit und stagnierendem Arbeitsvolumen die Erwerbsquote, dieses Wachstum findet jedoch hauptsächlich in prekären und Teilzeitdienstverhältnissen statt. Somit gibt es faktisch eine Arbeitszeitverkürzung, die Betroffenen zahlen dafür aber einen hohen Preis: nicht existenzsichernde Einkommen und fehlende Zukunftssicherung. Für andere steigt gleichzeitig der Druck – durch Überstunden und Arbeitsverdichtung –, was dadurch bedingte Erkrankungen ansteigen lässt. Um diese scheinbaren Widersprüche zu lösen, muss Arbeit neu verteilt werden – dies muss jedoch kontrolliert durch ein schlaues Modell der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung geschehen.

Lebensqualität weniger Arbeit

Arbeitszeitverkürzung schafft Lebensqualität und Zeit für Familie, FreundInnen, Weiterbildung, zivilgesellschaftliches Engagement oder persönliche Hobbys. Sie eröffnete die Chance auf eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben, eine fairere Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit und sie fördert gesellschaftliche Teilhabe und Demokratie. Gleichzeitig si-

chert und schafft eine Umverteilung von Arbeit Arbeitsplätze, was wiederum die Teilhabe jener ermöglicht, die andernfalls aufgrund ihrer Arbeitslosigkeit Gefahr laufen, aus gewissen Bereichen der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Die Formen einer solchen Arbeitszeitverkürzung können vielfältig sein und von individuellen Maßnahmen auf betrieblicher Ebene bis hin zu einer allgemeinen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit reichen. Als ersten Schritt gilt es allerdings, die in Österreich jährlich geleisteten 270 Millionen Überstunden einzudämmen.

Die Verteilungsfrage

Die anhaltende Krise hat europaweit gezeigt, dass der Graben zwischen Arm und Reich wächst. Gerade jene, die ohnehin bereits im Überfluss leben, profitieren noch einmal mehr von der Austeritätspolitik. Sozialer Fortschritt ist nur dann möglich, wenn es gelingt, diese Kluft ein Stück weit zu schließen. Die geforderten „Zukunftsinvestitionen“ sind zum Nutzen der gesamten Gesellschaft, daher ist es nur gerecht, auch die Kosten in der Gesellschaft fair zu verteilen – ein Thema, das die österreichische Politik sorgsam vermeidet.

Arbeit und Konsum werden in Österreich überproportional hoch besteuert, während Vermögen – leistungslose Einkommen – nahezu ungeschoren davonkommen. Mit der Lohnsteuerreform wurde nun ein Meilenstein angegangen, doch bleibt die untrennbar damit verbundene Einführung von vermögensbezogenen Steuern ein Tabu. Die streckenweise äußerst vage gehaltene Gegenfinanzierung

ist zu Recht Gegenstand von Skepsis und Kritik. Denn mit der Lohnsteuersenkung wird zwar eine dringend notwendige Maßnahme gesetzt, diese ist aber nicht in ein größeres Konzept nachhaltiger Reformen eingebettet.

Gesellschafts- und wirtschaftspolitisch führt jedoch kein Weg an einer fairen Besteuerung großer Erbschaften, Schenkungen und Vermögen vorbei. Ebenso wird der Finanzsektor – als Auslöser der europaweiten Krise – seinen Beitrag leisten müssen, sei es auf EU-Ebene oder vorübergehend auf nationaler Ebene. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit und ihre Aufteilung auf mehr Köpfe ist eine Verteilungsfrage, deren Finanzierbarkeit letztlich auch im Rahmen der aktuellen Umverteilungsdebatte mitgedacht werden muss. Wer über Arbeitszeitverkürzung spricht, muss auch über Lohnausgleich sprechen und damit die Frage stellen, wer diese Kosten einer Arbeitszeitverkürzung (in welchem Verhältnis) tragen soll.

Internet:

Allianz „Wege aus der Krise“ und das „Zivilgesellschaftliche Zukunftsbudget“:
www.wege-aus-der-krise.at

E-Book des A&W-Blogs: „How to Make It Work“
tinyurl.com/qep8mz8

Crises, Austerity, Alternatives:
tinyurl.com/p7dtlec

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
susanne.haslinger@proge.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Niemand ist eine Insel

Risiken und Lasten zu teilen, aber auch vom Kuchen etwas abzugeben: Diese Prinzipien liegen dem heutigen Sozialstaat zugrunde. Sie haben sich bewährt.

Christa Schlager

Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik
der AK Wien

In der Grippezeit sind die Krankenzimmer voll. Das Vorweisen der E-Card bei der Arztassistentin ermöglicht einen Arztbesuch, ohne zu bezahlen. Für die Medikamente sind nicht die gesamten Kosten, sondern lediglich eine fixe Rezeptgebühr zu entrichten. Kaum jemand denkt daran, dass es auch anders sein könnte. Es ist nicht vorstellbar, dass es wie in den USA mächtige Lobbys gibt, die eine verpflichtende Krankenversicherung abschaffen möchten. Auch viele andere Leistungen des Staates sind für uns selbstverständlich. Der Wohlfahrtsstaat ist ein Eckpfeiler unseres täglichen Lebens.

Weltweites Vorbild

Wir ärgern uns über die Straßenbahn oder den Zug, der morgens zu spät kommt. Über die rumplige Straße. Darüber, dass die Schule schon so früh beginnt und dass man von der Polizei aufgehalten worden ist.

Aber ganz ehrlich! Stellen wir uns einmal ein „gutes Leben“ ohne staatliche Leistungen vor. Ja, vom Bruttogehalt würde definitiv mehr Netto bleiben. Denn wir zahlen dafür, dass wir uns gegen Arbeitslosigkeit, gegen Armut im Alter, gegen Krankheit absichern.

Wir teilen das Risiko mit den anderen. Dadurch erwerben wir aber auch Ansprüche. Wir bekommen eine Ersatzleistung, wenn der Job weg ist – ein

Umstand, der in Österreich im Jahr 2014 immerhin 922.387 Menschen betroffen hat. Neben dieser Versicherungsleistung ist die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistung ein wichtiges Instrument, um die Lebenssituation zu verbessern. Das beginnt mit der Bereitstellung von Wohnbauten mit leistbaren Mieten, von Straßen, Schulen und öffentlicher Sicherheit. Im öffentlichen Verkehr bis hin zum Krankenhaus arbeiten damit auch Menschen für die Allgemeinheit.

Risiko teilen

Klar gibt es eine kleine Gruppe von gut verdienenden Menschen, die sich all diese Leistungen auch privat organisieren kann. Es gibt Privatspitäler, Privatschulen, private Absicherung, private Security. Aber bei einem durchschnittlichen Monatseinkommen von brutto rund 1.900 Euro bzw. bei einem Bruttohaushaltseinkommen von etwa 3.600 Euro würde eine österreichische Durchschnittsfamilie mitunter Schwierigkeiten haben, wenn all diese Leistungen auf privater Basis von gewinnorientierten Unternehmen zugekauft werden müssten.

Uns geht's gut, weil wir den Sozialstaat geschaffen haben. Ist das Schönfärberei? Nein, sagen auch US-Ökonomen wie Jeffrey Sachs, die den europäischen Wohlfahrtsstaat (auch wenn es davon viele Varianten gibt) weiterhin als weltweites Vorbild bzw. Standortvorteil sehen. Der Wohlfahrtsstaat verteilt zwischen Reich und Arm und zwischen verschiedenen Lebenslagen um.

BUCHTIPP

Kate Pickett,
Richard Wilkinson:
Gleichheit ist Glück
Warum gerechte Gesellschaften
für alle besser sind
Verlage Haffmans & Tolkemitt,
368 Seiten, 2013, € 20,50
ISBN: 978-3-942989-38-1



Bestellung:
www.arbeit-recht-soziales.at

Manche haben lange Ausbildungszeiten, die von der Allgemeinheit finanziert werden, dafür haben sie dann höhere Einkommen mit einem progressiven Steuersatz und zahlen deshalb mehr Steuern.

Andere werden in einem öffentlich zugänglichen, dabei qualitativ hochwertigen Gesundheitssystem schneller geheilt und tragen dann arbeitend auch wieder zu dessen Finanzierung bei.

Obwohl unser Wohlfahrtsstaatssystem sehr weit entwickelt ist, heißt das nicht, dass sich nicht die Anforderungen ändern, es keine Lücken hat und nicht laufend mit den Bedürfnissen der Bevölkerung mit- und weiterentwickelt werden soll und muss.

Aufstieg möglich

Neben den absichernden Elementen des Staates ist auch zentral, dass die staatlichen Leistungen unterstützen, dass sich Menschen in die Gesellschaft integrieren können, ein gesellschaftlicher Aufstieg ermöglicht und soziale Ausgren-

Wenn wir uns der Vorzüge des Wohlfahrtsstaates bewusst sind und an den bestehenden Herausforderungen arbeiten, kann vieles im Sinne eines guten Lebens gelingen.



zung vermieden wird. Es geht also auch um Möglichkeiten, teilzuhaben und beizutragen.

Ungleiche Voraussetzungen schaffen auch ungleiche Ergebnisse, wie Forschungen des US-Professors John Roemer zeigen. Wenn jemand in einem 100-Meter-Lauf günstigere Startbedingungen hat, also bei Meter 50 losprintet, wird er klarerweise viel leichter gewinnen können.

Daher muss mittels Steuerpolitik vermieden werden, dass sich ungleiche Voraussetzungen verfestigen und quasi-feudale Strukturen immer fortschreiben. Berühmte Ungleichheitsforscher wie Thomas Piketty, **Tony Atkinson** oder Joseph Stiglitz treten deshalb für eine Besteuerung von hohem Vermögen in Form von Erbschafts- und Vermögenssteuern ein.

Zentraler Schlüssel Bildung

Öffentliche Dienstleistungen und Investitionen helfen viel stärker mit, diese Integrationsfunktion zu gewährleisten, als reine Geldleistungen.

Als zentraler Schlüssel wird hier Bildung gesehen. Es beginnt mit der frühkindlichen Erziehung, der Elementarbildung, wo eine soziale Durchmischung sich gesamtgesellschaftlich positiv auswirkt, und setzt sich bis zum offenen Zugang für den Besuch von Universitäten fort.

Viele unterschiedliche Erfahrungen und Kompetenzen können damit schon früh gesammelt werden. Das ist keine radikale oder ideologische Forderung, sondern wird auch von internationalen

Organisationen wie der OECD und auch den österreichischen Sozialpartnern gemeinsam unterstützt.

Überzogene Hoffnung

Eine Geldleistung allein, etwa ein Grundeinkommen, leistet diese Integrationsleistung nicht. Dies ist vielmehr eine überzogene Hoffnung, die mit dem Begriff verbunden wird. Denn eigentlich wird hier eine Geldleistung gefordert, ein Transfer, über dessen Zweck und Verwendung nichts gesagt werden kann.

Auch entpuppen sich oftmals gefeierte Beispiele bei näherem Hinsehen als mickrige Alternativen. Ein aktuelles Beispiel aus Finnland zeigt, dass es sich hier um nichts mehr als um eine Anpassung einer Lohnsubvention handelt – mit Arbeitspflicht.

Gerade die aktuelle Debatte über den Umgang mit flüchtenden Menschen zeigt auch, dass eine Grundversorgung ein wichtiger, aber noch lange kein hinreichender Baustein für eine erfolgreiche Integration in die Gesellschaft ist. Hier wird wieder zurückgegriffen auf Institutionen, die erstritten und erkämpft wurden und sich seither bewähren: Schule, Ausbildungssysteme, aktive Arbeitsmarktpolitik, soziale Absicherung. Es ist die Kombination zwischen Unterstützung und Beitrag, Umverteilung und Anerkennung, die wichtige Elemente des sozialen Ausgleichs sind.

Die gute Nachricht ist zudem, dass Menschen sich in Gesellschaften, die nach sozialer Gerechtigkeit streben,

besser fühlen als in ungleichen, wie die britischen Forscher Kate Pickett und Richard Wilkinson herausgefunden haben. Nein, es ist nicht alles paletti. Unsere Gesellschaft und damit auch das wohlfahrtsstaatliche System stehen vor vielen Herausforderungen.

Ein gutes Leben kann in der heutigen Zeit für viele Menschen individuell ganz Verschiedenes bedeuten. Auch der Ressourcenverbrauch, die Umwelt, setzt hier Grenzen. Auf der anderen Seite wurde durch die Globalisierung die Welt zum Dorf und viele Grenzziehungen finden neu statt.

Vorzüge

Wenn wir uns der Vorzüge des Wohlfahrtsstaates bewusst sind und an den bestehenden Herausforderungen arbeiten, kann vieles im Sinne eines guten Lebens gelingen. Ein System, das auf gemeinschaftlicher Tragung der Risiken und sozialem Ausgleich fußt, schafft vielfache Voraussetzungen dafür, dass vielen Menschen Möglichkeiten eröffnet werden und sie sich wohlfühlen – und nicht nur einige wenige.

Internet:

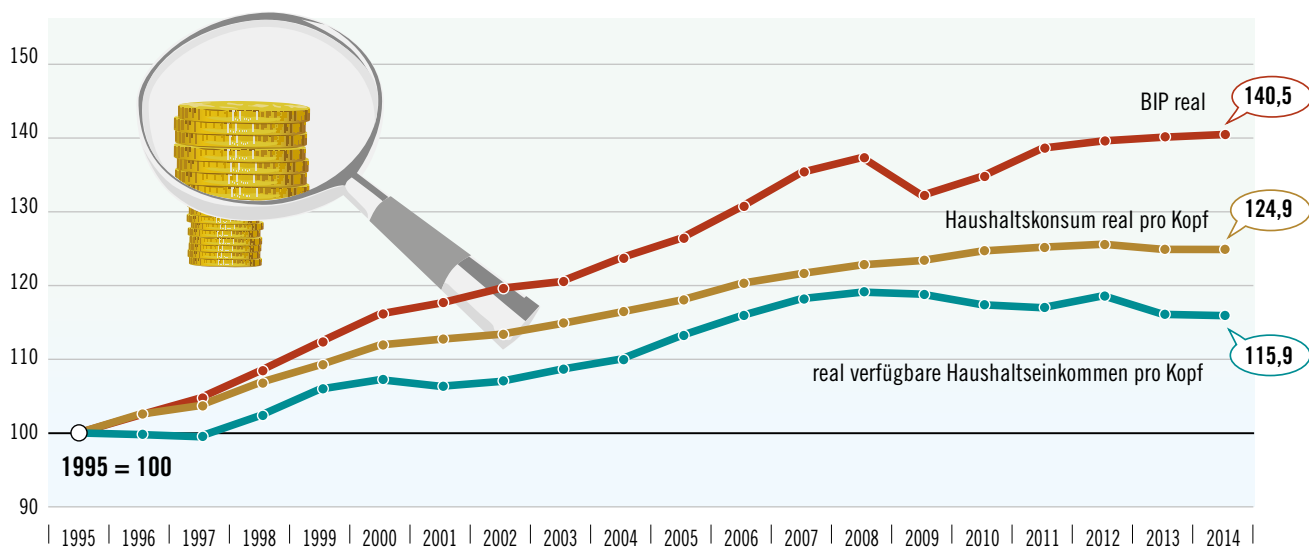
OECD – In It Together:
Why Less Inequality Benefits All:
tinyurl.com/ppovctc

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
christa.schlager@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

Um das gute Leben zu messen, ist das Wirtschaftswachstum wenig aussagekräftig. Tatsächlich verfügbare Einkommen und Konsum der Haushalte,

Auch wenn die Wirtschaft wächst – Haushaltseinkommen und -konsum bleiben zurück



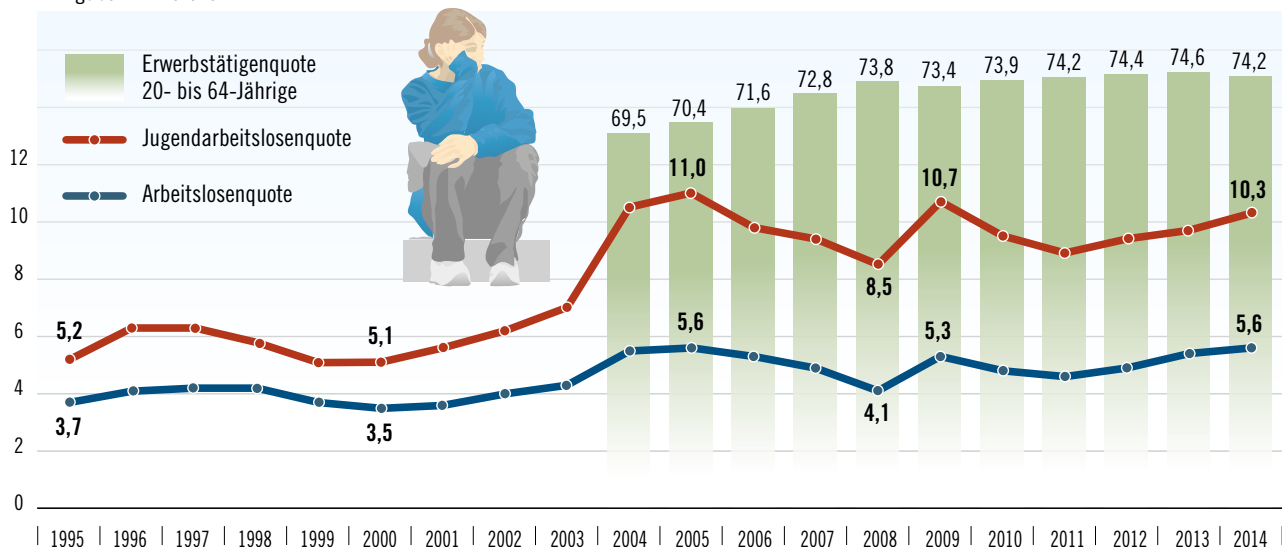
Quelle: Statistik Austria; AK/ÖGB-Darstellung.

Arbeit&Wirtschaft 10/2015

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Ein guter Job ist meist Voraussetzung für ein gutes Leben und steigende Arbeitslosigkeit auch deshalb ein Problem – gerade für Jugendliche

Angaben in Prozent



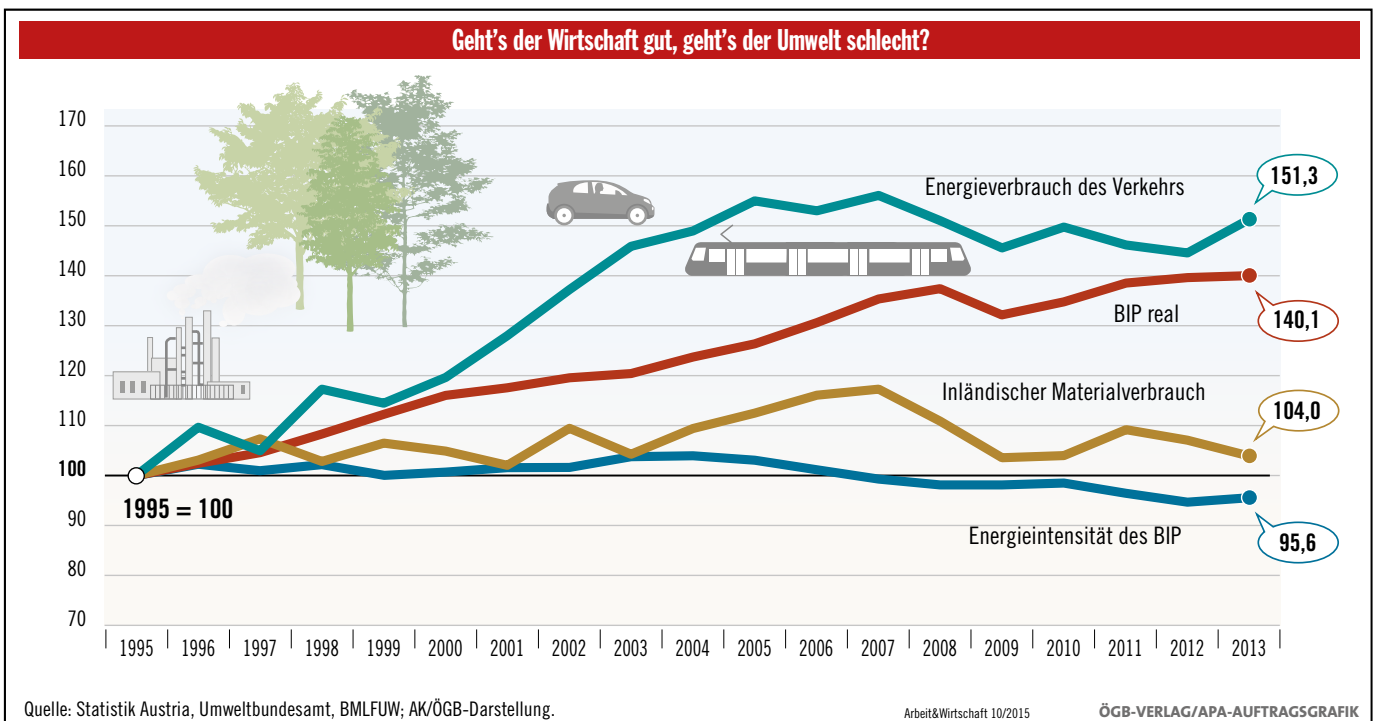
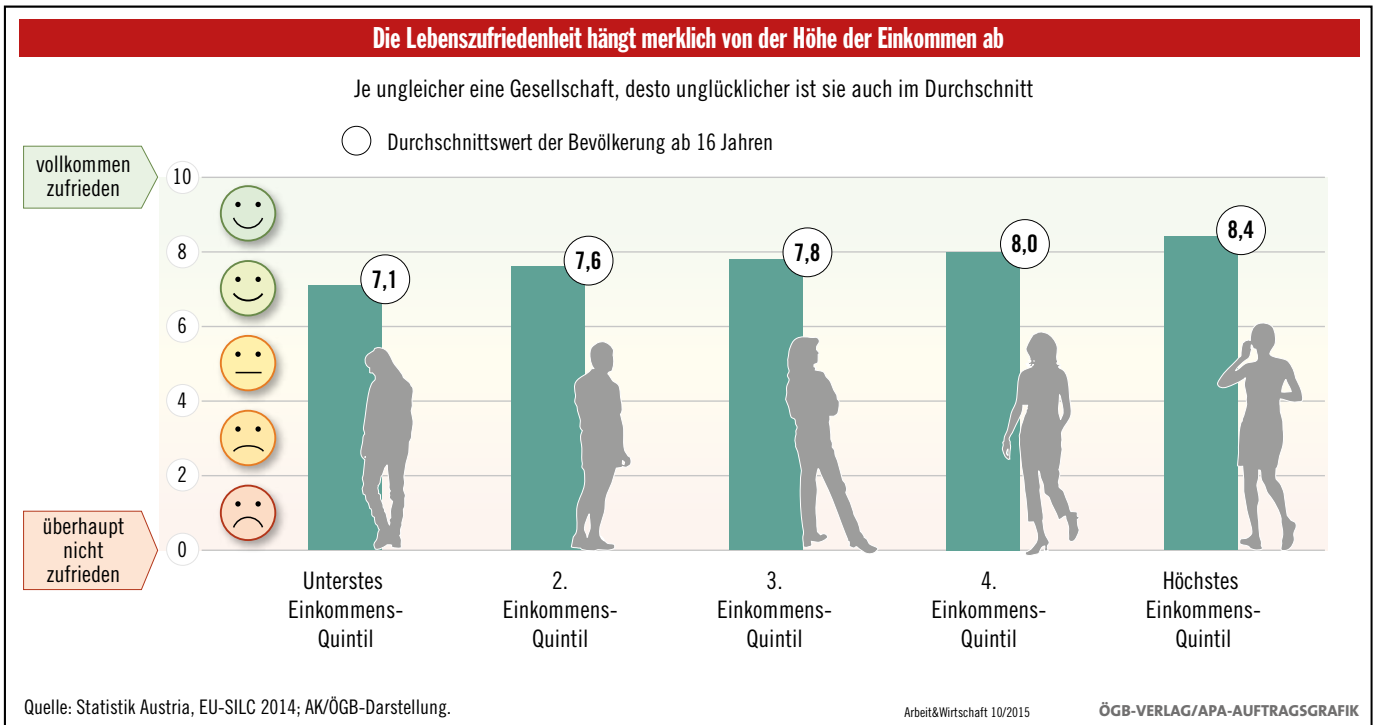
Quelle: Statistik Austria; AK/ÖGB-Darstellung.

Arbeit&Wirtschaft 10/2015

ÖGB-VERLAG/APA-AUFTRAGSGRAFIK

Ausgewählt und zusammengestellt von Sonja Fercher, Arbeit&Wirtschaft, und Georg Feigl, Arbeiterkammer.

(gute) Beschäftigung für alle und Verteilungsindikatoren geben hier eher Aufschluss. Zudem muss berücksichtigt werden, ob unsere natürliche Umwelt unseren Wohlstand langfristig verkraftet. Ein Job ist eine Bedingung für die materielle Absicherung, er hat für viele Menschen auch sinnstiftende Funktion. Zufrieden ist, wer mehr hat.



Menschenrecht gute Arbeit

Ist „GUTE Arbeit“ eine Utopie? Nein, wenn die arbeitsbezogenen Rechte der UN-Menschenrechtscharta aus dem Jahr 1948 umgesetzt und eingehalten werden würden.

Philipp Gerhartinger

*Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und
Gesellschaftspolitik der AK Oberösterreich*

Reinhard Haider

*Abteilung für Arbeitsbedingungen
der AK Oberösterreich*

Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Sogenannte traditionelle Arbeitsverhältnisse, in der Gestalt dauerhafter Vollzeitstellen mit beständiger sozial- und arbeitsrechtlicher Absicherung, geregelter Normalarbeitszeit sowie guter und regelmäßiger Entlohnung scheinen der Vergangenheit anzugehören. Zumindest aber weisen sie kaum Zuwachsraten auf.

Prekarisierung

Bergauf ging es im letzten Jahrzehnt fast ausschließlich bei der Teilzeitbeschäftigung, der Leiharbeit, der geringfügigen Beschäftigung, der neuen Selbstständigkeit – kurzum bei atypischen und prekären Beschäftigungsverhältnissen, deren Einkommen vielfach nicht zum Leben ausreichen, sodass eine immer größere Gruppe an ArbeitnehmerInnen in Unsicherheit lebt. Viele dieser Menschen haben in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation keine andere Wahl mehr, als sich den „neuen“ Bedingungen zu beugen. Ein Rekordwert an arbeitslosen Menschen jagt den anderen, da scheint etwa das schlecht bezahlte Praktikum noch die beste Alternative zu sein, um nicht ganz den Anschluss zu verlieren. Aber auch in den traditionellen Arbeitsverhältnissen ist es bei Weitem nicht zum Besten bestellt: Unbezahlte Überstunden, steigen-

der Arbeitsdruck und Arbeitsverdichtung stehen in den Betrieben auf der Tagesordnung.

Die Frage nach „GUTER Arbeit“ hat die ArbeitnehmerInnenbewegung immer schon begleitet, heute erscheint sie aktueller denn je. Dabei wurde bereits mit der Verankerung von arbeitsbezogenen Rechten in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (UN-Menschenrechtscharta) im Jahr 1948 ein wesentlicher Baustein gelegt. Darin heißt es, dass jeder „das Recht auf Arbeit, freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit“ hat. Zudem steht allen, die arbeiten, „das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung“ zu, die ihnen und ihrer Familie „eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert“. Auch haben sie „das Recht, zum Schutze ihrer Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten“.

Auch im wohlhabenden Europa sind wir von der Erfüllung dieses Anspruchs zum Teil immer noch weit entfernt. Und die aktuellen Entwicklungen weisen in eine falsche Richtung. Längst steht nicht mehr der Mensch im Mittelpunkt allen Wirtschaftens. Die Wirtschaft ist nicht primär zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse ausgerichtet. Vielmehr ist Profitmaximierung Selbstzweck und Leitmotiv allen Wirtschaftens. Der Mensch wird auf einen Produktionsfaktor reduziert, menschenwürdige Arbeitsbedingungen erscheinen nur mehr als Kostenfaktor, den immer häufiger die Beschäftigten mit ihrer Gesundheit bezahlen müssen.

Einziges Argument im einschlägigen Diskurs ist die vielumworbene internationale Wettbewerbsfähigkeit. Doch es ist ein Wettbewerb nach unten, für die meisten zumindest. Gänzlich übersehen wird, dass es vor allem auch die sozialen Errungenschaften sind, die Europa in den vergangenen 60 Jahren zu einem vergleichsweise friedlichen Zusammenleben geführt haben und zum stärksten Wirtschaftsraum haben werden lassen. Heute ist sozialer Fortschritt wieder nötiger denn je. Marktgerechtigkeit ist nicht gleich soziale Gerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit relativiert das Urteil des Marktes. Doch was ist unter „GUTER Arbeit“ eigentlich zu verstehen?

Verteilung der Arbeit

„GUTE Arbeit“ bedeutet eine faire, geschlechter- und generationengerechte Verteilung der Erwerbsarbeit auf Basis sicherer Arbeitsplätze. Es darf nicht sein, dass die einen viel zu viel und andere zu wenig oder keine Arbeit haben. Das Paradoxe an der Sache ist, dass neben dem stetig steigenden Druck und den im internationalen Vergleich langen Arbeitszeiten immer mehr Menschen in Österreich keinen Arbeitsplatz finden. Eine faire Verteilung der Erwerbsarbeit würde nicht nur Teilhabe für die einen und Entlastungen für die anderen bringen. Sie wäre auch volkswirtschaftlich sinnvoll: Arbeitslosigkeit ist eine Vergeudung der wertvollsten aller „Ressourcen“. Weniger Menschen ohne Arbeit bedeuten für den Staat weniger Ausgaben (etwa durch die Arbeitslosenversicherung) bei gleichzeitig höheren Einnahmen (etwa durch steigen-



Die Frage nach „GUTER Arbeit“ hat die ArbeitnehmerInnenbewegung immer schon begleitet, heute erscheint sie aktueller denn je.

de Lohnsteuereinnahmen). Es entsteht neue Kaufkraft, die einen – gerade aktuell so wichtigen – Konjunkturanstoß bringen würde. Aber auch die Nicht-Erwerbsarbeit muss mehr in den Fokus rücken und nach neuen Kriterien verteilt werden.

„GUTE Arbeit“ muss eine angemessene Entlohnung und damit einen gerechten Anteil am geschaffenen Wohlstand bereitstellen. Es kann nicht sein, dass die Gewinne der Unternehmen ständig steigen und die durchschnittlichen Löhne und Gehälter kaum wachsen bzw. Niedrigeinkommen real sogar sinken.

„GUTE Arbeit“ bedeutet ein menschengerechtes Maß in Bezug auf Arbeitszeit und Arbeitsausmaß und garantiert Arbeitsbedingungen, die physische wie psychische Gesundheit erhalten und die Vereinbarkeit von Beruf, Familien- und Privatleben gewährleisten. Gerade unter dem Deckmantel der Flexibilisierung werden viele ArbeitnehmerInnen an die Grenzen der Belastbarkeit gedrängt. Viele arbeiten nahezu rund um die Uhr, flexibel einsetzbar, jederzeit abrufbar. Ständig präsent ist die Angst all jener, die – noch – Arbeit haben, im Konkurrenzkampf um Arbeit (mit dem Rest der Welt, wie uns suggeriert wird) zu bestehen. Reine Profitabilität ist keine Garantie für den Bestand von Arbeitsplätzen mehr. Es gibt einen Konkurrenzkampf um die Gunst der Shareholder. Der Druck der Finanzmärkte, mit denen man in unmittelbare Konkurrenz gesetzt wird, gelangt in alle Ebenen der Betriebe und wird bis zum/zur einzelnen MitarbeiterIn weitergereicht.

Das Resultat: Menschen klappen zusammen, werden krank, körperlich und seelisch. Burn-out-Raten erreichen neue Höchststände, die AktionärInnen freuen sich über höhere Profite.

„GUTE Arbeit“ achtet die Würde der menschlichen Person, respektiert und ermöglicht das Einbringen persönlicher Fähigkeiten und sieht die Menschen als UrheberInnen, Mittelpunkt und Ziel allen Wirtschaftens. Menschen sind soziale Wesen, und daher sollte die Würde jeder Leistung im ökonomischen Sinn vorausgehen. Maßnahmen wie das Behinderteneinstellungsgesetz, Pflegefreistellungen, die Kultur eines wertschätzenden Umgangs miteinander sind Möglichkeiten, die Würde des Menschen ernst zu nehmen. Das sind soziale Errungenschaften, die nicht als Bremsfaktoren verstanden werden sollten.

„GUTE Arbeit“ ist sozial-ökologisch nachhaltig, stellt Produkte und Dienstleistungen her, die der positiven Gestaltung und Entwicklung der Welt nützen, und ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe. Wenn Arbeit als sinnstiftend erachtet wird, sind Menschen bereit, ihre Fähigkeiten einzubringen und Gutes zu leisten. Menschen wollen auch Arbeit, die dem Grundsatz der Nachhaltigkeit Genüge tut. Gemeinsam haben wir eine Verantwortung gegenüber den nachkommenden Generationen.

„GUTE Arbeit“ umfasst das Recht, Arbeitsinhalte, Entscheidungen und Abläufe mitzugestalten, Fehlentwicklungen im Job aufzuzeigen, sich zu organisieren und für Gerechtigkeit zu kämpfen. Jeder Schritt auf dem Weg zur „GUTEN Arbeit“ – sei es bei der

INITIATIVE

Unterzeichnen Sie die Deklaration für „GUTE Arbeit“!

Die vonseiten der AK mitinitiierte Deklaration für „GUTE Arbeit“ bietet die Möglichkeit, ein klares Bekenntnis auf www.gute-arbeit.at abzugeben.

Entlohnung, den Arbeitsbedingungen oder der Verteilung von Arbeit und Einkommen – ist leider ein hart erkämpfter Schritt. Daher ist eine starke Stimme der ArbeitnehmerInnen von besonderer Bedeutung. Das gilt auf gesamtwirtschaftlicher und überbetrieblicher Ebene, wo sich Gewerkschaften und Arbeiterkammern für die Anliegen und Interessen der ArbeitnehmerInnen einsetzen. Aber auch auf betrieblicher Ebene dürfen die Mitbestimmungsmöglichkeiten für die ArbeitnehmerInnen nicht aufgeweicht werden, sondern müssen weiter ausgebaut werden. Die Rechte der ArbeitnehmerInnen, die über Jahrzehnte aufgebaut wurden, dürfen nicht in Zeiten der Krise auf dem Altar der Wettbewerbsfähigkeit geopfert werden. Solidarität, ein Ausbau des Sozialstaats und der ArbeitnehmerInnenrechte sind das Gebot der Stunde.

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autoren
gerhartinger.p@akooe.at
haider.r@akooe.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Harte Zahlen, bitte!

Bisher ist es den Firmen überlassen, ob sie in ihren Geschäftsberichten über soziale und Umweltaktivitäten berichten. Das muss zur Pflicht werden.

Heinz Leitsmüller

Abteilung Betriebswirtschaft AK Wien

Ulrich Schönbauer

Abteilung Betriebswirtschaft AK Wien

Vor wenigen Wochen wurden LeserInnen eines österreichischen Wochenmagazins überrascht. Statt der üblichen Beilagen von Autofirmen oder anderen Konsumartikeln war dem Magazin ein „Nachhaltigkeitsmagazin“ der Post AG beigelegt. In der Präambel ist zu lesen, dass es Ziel des Magazins ist, „mit offenen Augen und Ohren durch die Welt zu gehen, mit den Kunden, den Mitarbeitern und anderen Stakeholdern zu reden und zu zeigen, welche Maßnahmen ergriffen werden, um auch in Zukunft wertvolle Beiträge für die Gesellschaft leisten zu können“.

Offengelegt

Den LeserInnen präsentierte sich ein buntes Magazin mit vielen plakativen Storys wie: „Die an ihre Grenzen gingen: MitarbeiterInnen stellen bei einem Staffellauf einen Weltrekord auf“. Unter dem Titel „So grün ist die gelbe Post“ beschäftigte sich ein Artikel mit Postprojekten für die Umwelt. Handfeste Zahlen, Vergleiche, Entwicklungen über relevante Indikatoren wie Aus- und Weiterbildung, Arbeitsunfälle, Diversität, Einkommensverteilung oder Umwelt hingegen suchten die LeserInnen vergeblich. So weit, so oberflächlich. Es wäre jedoch zu kurz gegriffen, würde man der Post AG unterstellen, mit Informationen zu ihren Aktivitäten in Sachen Nachhaltigkeit hin-

term Berg zu halten. Auf ihrer Homepage veröffentlicht sie – im Unterschied zu vielen anderen Unternehmen – einen echten Nachhaltigkeitsbericht mit zahlreichen Indikatoren, mehr oder minder exakt dargestellt.

Marketingthema

Nachhaltigkeit ist für die meisten Unternehmen mittlerweile ein unverzichtbares Marketingthema geworden. Das zeigt auch die Strategie der Post deutlich. Ernsthafte Berichterstattung setzt jedenfalls voraus, dass nicht bunte Bilder und gute Storys, sondern harte Zahlen, Daten und Fakten über soziale oder ökologische Belange dargestellt werden. Diesen Anspruch wiederum erfüllen nur wenige Unternehmen. Einer Studie von Ernst&Young zufolge veröffentlicht nur etwa jedes vierte der 100 umsatzstärksten Unternehmen in Österreich einen Nachhaltigkeitsbericht. Damit hinkt Österreich weit hinter anderen Ländern nach. In Frankreich, Dänemark und Großbritannien beispielsweise publizieren die größten Unternehmen mittlerweile fast lückenlos entsprechende Berichte.

Die EU hat nun eine Richtlinie erlassen, die bis Ende 2016 in den Mitgliedstaaten umgesetzt werden muss. Diese schreibt für große börsennotierte Unternehmen und Finanzinstitute eine Sozial- und Umweltberichterstattung („nichtfinanzielle Leistungsindikatoren“) vor. Dabei gibt es jedoch einen Wermutstropfen: Anders als bei der übrigen Finanzberichterstattung üblich, hat die EU keine exakten Vorgaben gemacht, wie eine derartige Umwelt-

berichterstattung inhaltlich gestaltet sein muss. Festgelegt wurden lediglich sehr allgemein gehaltene Themengebiete wie etwa Umwelt-, Sozial-, und ArbeitnehmerInnenbelange, Menschenrechte oder die Bekämpfung von Korruption. Was darunter jeweils zu verstehen ist, ist der Interpretation der Mitgliedstaaten überlassen. Nicht festgelegt wurde auch, ob die Berichterstattung von externen PrüferInnen geprüft werden muss, um die Zuverlässigkeit der Zahlen und Daten zu gewährleisten. Damit ist auch zu befürchten, dass diese Berichte nicht auf gleicher Augenhöhe mit den Finanzberichten im Aufsichtsrat und der Hauptversammlung behandelt werden und damit wirkungslos bleiben.

Freiwilligkeit

Seit dem **EU-Grünbuch 2001** war eine gesellschaftlich verantwortliche Unternehmensführung (Corporate Social Responsibility – CSR) untrennbar mit dem Prinzip der Freiwilligkeit verbunden. Die Unternehmen sollten aus freien Stücken mehr für die Gesellschaft leisten, als ihnen von Gesetzes wegen vorgeschrieben war. Der Markt, so die Annahme, würde diese gute Unternehmensführung auch entsprechend belohnen. Dem war allerdings nicht so. ArbeitnehmervertreterInnen waren seit jeher äußerst skeptisch und ordneten das eher als PR-Gag ein denn als fundamentale Neuausrichtung der Unternehmensführung. Immerhin konnten sie täglich eher eine Verschärfung denn eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erleben. Und auch die EU glaubt mittlerweile nicht mehr so recht



Österreich hat in der Nachhaltigkeitsberichterstattung einen gewaltigen Aufholprozess vor sich.

an die Selbstheilung durch den Markt: Wenn gerade einmal zehn Prozent der großen Unternehmen in der EU Informationen zu Umwelt und Sozialem offenlegen, dann ist die Zeit für verpflichtende Regeln gekommen. Die neue EU-Richtlinie schafft dafür die Voraussetzungen.

Der Teufel steckt im Detail: Erst der nationale Gesetzgeber legt fest, in welcher Form diese Verpflichtung umzusetzen ist. Genügt es, dass die Unternehmen prinzipiell zum Beispiel über die Arbeitsbedingungen berichten? Nach bisherigen Erfahrungen wird dann immer das herausgegriffen, was besonders imagefördernd ist: die Lehrlingsausbildung; Teilzeitarbeit zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie; Investitionen in Aus- und Weiterbildung und Ähnliches. Vorangestellt sind diesen Informationen meist jene Standardangaben, die ohnedies schon im Lagebericht offengelegt werden müssen. Diese Beliebigkeit muss allerdings nicht sein, wie das Beispiel Frankreich zeigt. Dort müssen Unternehmen mit mehr als 300 MitarbeiterInnen anhand von über 100 Leistungsindikatoren Auskunft über die ArbeitnehmerInnenbelange geben.

Fakten statt blumiger Berichte

Unbeeindruckt von der bisherigen Wirkungslosigkeit beharrt die Arbeitgeberseite nach wie vor auf dem Prinzip der Freiwilligkeit: Jede und jeder soll schreiben dürfen, was er oder sie will – ohne klare Vorgaben und ohne externe Überprüfung. Eine interessante Position beziehen die WirtschaftsprüferInnen, die

einen derartigen „prinzipienbasierten“ Ansatz als offensichtlich unzureichend klassifizieren. Nur wenn die Kriterien zur Sozial- und Umweltberichterstattung konkretisiert werden, ist eine einheitliche Interpretation und inhaltliche Prüffähigkeit gewährleistet. Auch NGOs, AK und Gewerkschaften plädieren für harte Daten und Fakten statt blumiger Berichte. Daher verwundert es auch nicht, dass in den vom Justizministerium in einer öffentlichen Konsultation eingeholten Stellungnahmen nur noch der harte Kern der Unternehmensvertreter dem Prinzip „Freiwilligkeit“ nachhängt. Demgegenüber wollen 16 von 22 Organisationen handfeste Berichte.

Auf welcher Basis sollen diese Berichte erstellt werden? Weltweit hat sich die Global Reporting Initiative (GRI) durchgesetzt, ein Rahmenwerk, nach dem bereits jetzt weltweit 8.500 Unternehmen berichten. Auch bei den ATX-Unternehmen ist GRI der mit Abstand am häufigsten angewendete Standard. Es ist daher naheliegend, bei einer Spezifizierung der Nachhaltigkeitskriterien von den bereits vorliegenden GRI-Indikatoren auszugehen. Will man ein halbwegs umfassendes Bild über die Situation der ArbeitnehmerInnen im Betrieb erhalten, so braucht es allerdings noch zusätzliche Maßzahlen. In einer von der AK Wien durchgeführte Online-Umfrage bei BetriebsrätInnen börsennotierter Unternehmen wurden folgende Indikatoren von den allermeisten BetriebsrätInnen als besonders wichtig eingestuft: durchschnittliche Mehr- und Überstunden, Zeitaufwand für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Verbreitung von

All-in-Verträgen im Unternehmen, die innerbetriebliche Vergütungsspanne zwischen Vorständen und Belegschaft sowie Informationen zu den verschiedenen Arbeitsvertragsformen. Weiters wünschen sich die befragten BetriebsrätInnen für die Nachhaltigkeitsberichterstattung neu: harte eindeutige Maßzahlen, eine Behandlung der Berichte im Aufsichtsrat und in der Hauptversammlung und eine externe Testierung durch die WirtschaftsprüferInnen.

Aufholprozess

Österreich hat in der Nachhaltigkeitsberichterstattung einen gewaltigen Aufholprozess vor sich. Jetzt ist der Gesetzgeber gefordert, dem Nachzüglerdasein durch klare Normen ein Ende zu setzen. Nur vergleichbare, geprüfte und relevante Zahlen, Daten und Fakten bilden eine wirkungsvolle Grundlage für Veränderungen der betrieblichen Realität. Die Arbeitswelt wird damit sichtbar gemacht, sodass über Bewegungen in der „Sozialbilanz“ diskutiert werden kann. Eine externe Überprüfung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von einer unabhängigen dritten Partei ist unerlässlich und sollte in Bezug auf Form und Inhalt auf Augenhöhe mit der Finanzberichterstattung erfolgen.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autoren
heinz.leitsmueller@akwien.at
ulrich.schoenbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Besser gut leben als besser

Die Frage nach dem guten Leben beschäftigt den Menschen seit den Anfängen der Philosophie. Ein Überblick.

Gabriele Müller

Freie Journalistin

Gibt man den Begriff „Besser leben“ in eine Suchmaschine ein, so finden sich unter den Ergebnissen vorrangig Wohlfühlpakete von Versicherungen, Anzeigen von Wellness-einrichtungen und Lifestyle-Magazinen. Die Thematik des „guten Lebens“ hingegen ist wesentlich komplizierter, ist sie doch „ein philosophisches Grundthema, mit dem nicht das individuelle Glück, sondern die Reflexion über die richtige Lebensweise“ gemeint ist, „die sich an einem höchsten Ziel orientiert“, wie etwa die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Schmid meint. In diesem Zusammenhang ist Aristoteles nicht weit.

Aristoteles

„Wir haben viele ethisch-moralische Argumente, Ideen der Gerechtigkeit, Tugend, des rechten Maßes, des guten Lebens, des Glücks, die alle Zentralbegriffe einer nicht christlichen Philosophie sind, nicht zuletzt der Begriff der ‚Ethik‘ selbst“, verweist der Philosoph **Konrad Paul Liessmann** auf eine Denktradition, die in der Antike, vorwiegend der aristotelischen Philosophie, wurzelt.

Ein gutes Leben, so bestimmte es der im 4. Jahrhundert vor Christus geborene Aristoteles, ist ein aktives, für das der Mensch selbst die Verantwortung trägt. Sein Handeln orientiert er an einer bestimmten Zielhierarchie: Niedere, aber dennoch legitime Ziele sind etwa das Streben nach Reichtum und Besitz, die nur als Mittel zu einem höheren Zweck

gelten. Ehre, Lust und Vernunft stehen darüber, wobei das höchste Ziel, die Glückseligkeit (Eudaimonia), ein von einem guten Geist beseeltes Leben ist. Das oberste Ziel erreicht jener (niemals jene), der die ihm eigenen Fähigkeiten voll entfaltet. Dazu gehört nicht nur die Übung des Geistes, sondern auch die Teilnahme am politischen Geschehen. Die politische Gemeinschaft wiederum zeichnet sich durch ihr gemeinsames Interesse an Recht und Gerechtigkeit aus, die wesentlich zu einem guten Leben gehören.

Privileg weniger

Diese Lehre war sozusagen ganzheitlich, blieb allerdings das Privileg weniger. Die angestrebte „vollkommene Gemeinschaft“ basierte auf strenger Hierarchisierung, die dem freien Mann und Bürger mehr Rechte einräumte als Frauen, Kindern, SklavInnen und allen Nicht-GriechInnen.

Ende des 20. Jahrhunderts verzeichneten die einschlägigen Überlegungen eine Art Renaissance. In enger Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Moralphilosophin Martha C. Nussbaum entwickelte der indische Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen Konzepte zum guten Leben jenseits von westlicher Fixierung auf materiellen Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Zwar mündete die philosophische Kooperation der beiden zunächst in dem (1993) gemeinsam herausgegebenen Buch „The Quality of Life“, doch trennten sich die intellektuellen Wege anschließend in zwei Ansätze, die gerne

BUCHTIPP

Martha C. Nussbaum:

„Gerechtigkeit oder
Das gute Leben“

Gender Studies

Edition Suhrkamp,

320 Seiten, 1999, € 16,50

ISBN: 978-3-518-11739-2



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

verwechselt werden. Schließlich haben beide die gleiche sperrige Bezeichnung, nämlich „capability approach“ (Befähigungsansatz oder auch Fähigkeiten-Ansatz). Der westlich gebildete Inder Sen geht von der Vorstellung eines autonomen Individuums aus, das seine Chancen wahrnimmt und so ein selbstgewähltes, freies Leben verwirklicht. Ein (finanzielles) Einkommen ist zwar kein hinreichendes, aber notwendiges Mittel, um die eigenen Wahlmöglichkeiten zu erweitern. Wirtschaftswachstum ist in seinem Fähigkeiten-Ansatz nur ein Mittel, um das höhere Ziel, die Erweiterung der Freiheit zu erreichen.

Eigenständige Theorie

Martha Nussbaum entwickelte eine eigenständige Theorie, die universelle Aussagen über ein gutes und gerechtes Leben ermöglichen soll. „Man fange mit dem Menschen an“, heißt es in ihrem Buch „Gerechtigkeit oder das gute Leben“, „mit den Fähigkeiten und Bedürfnissen, die allen jenseits der Schranken von Geschlecht und Klasse, Rasse und Nation

Ein gutes Leben laut Aristoteles ist ein aktives, für das der Mensch selbst die Verantwortung trägt.



gemeinsam sind.“ Sie erstellte eine Art Kriterienkatalog auf zwei Ebenen, der von der Grundstruktur des Menschen zu seinen Grundfähigkeiten führt. So legen es unsere kognitiven Fähigkeiten („erste Schwelle“) nahe, diese auch zu verwenden. Etwa dazu, Sinne und Fantasie zu gebrauchen, zu urteilen oder eine angemessene Erziehung zu erfahren („zweite Schwelle“).

Unsere Grundstruktur der praktischen Vernunft ermöglicht es uns, eine Vorstellung des Guten zu entwickeln und kritische Überlegungen zur eigenen Lebensplanung anzustellen. Diese beinhaltet laut Nussbaum die politische Teilhabe und die berufliche Tätigkeit außer Haus. Das stellt die Philosophin Martina Schmidhuber in ihrem Aufsatz „Ist Nussbaums Konzeption des guten Lebens interkulturell brauchbar?“ infrage: „Ist nicht davon auszugehen, dass gutes Leben für jeden Menschen anders aussieht?“ Eine Kritik, die für Nussbaum nicht neu ist. Sie konstatiert, dass viele Benachteiligte sich mit ihrer Situation abfinden würden. Deshalb gehe es auch darum, den Menschen zu vermitteln, was zu einem guten Leben gehört bzw. sei es Aufgabe des Staates, die erforderlichen Mittel dafür bereitzustellen.

Buen vivir

Auch in den indianischen Traditionen Lateinamerikas gibt es Konzepte des guten Lebens, die in der aktuellen Auseinandersetzung mit den Folgen von Neokolonialismus und Neoliberalismus neu aufgegriffen wurden. 2008 wurde der indigene Begriff „sumak kawsay“ (Leben in

Fülle) als Staatsziel in der ecuadorianischen Verfassung verankert. 2009 fand das „suma qamaña“ (gut leben) Eingang in die Magna Carta von Bolivien. Indigene Intellektuelle verweisen darauf, dass ihre Weltanschauung zunächst eine Lebenspraxis ist, ein Konzept, das ständig an neue Lebenszusammenhänge angepasst wird.

Das gute Leben, so Fernando Huacacani, Philosoph der bolivianischen **Aymara**, definiere sich durch das Wissen um ein Leben in Harmonie im Gleichklang mit der Natur, wo alles mit allem verbunden und alles Teil des Ganzen ist. Trotz einiger Kritik – schließlich sind die Bodenschätze der beiden südamerikanischen Staaten wichtige Devisenbringer – gilt die Hinwendung zu indigener Kosmvision vielen doch als radikale Alternative zum herrschenden Verständnis von Entwicklung und als Antwort auf die Krise des Westens mit seinem Glauben an Wachstum und Fortschritt.

Gutes Leben für alle

„Als politischen Slogan finden wir das ‚gute Leben‘ bei so unterschiedlichen Gruppen wie Attac, der Grünen Bildungswerkstatt, der IG Metall oder feministischen Gruppen“, schreibt der Ökonom Andreas Novy in seinem Aufsatz „Ein gutes Leben für alle – ein europäisches Entwicklungsmodell“. Des Weiteren: „Ist er bloß Mode oder eröffnet dieses Konzept Raum für eine Suchbewegung, die nicht nur Alternativen zum Neoliberalismus, sondern langfristig den Weg in eine andere Gesellschaft weist?“ Die Idee, so beantwortet er

die Frage selbst, „kann handlungsanleitend für ein europäisches Wohlfahrtsmodell im 21. Jahrhundert sein, wenn es um eine ökologisch sensible Transformation des europäischen Wohlfahrtskapitalismus geht“.

Unbeeindruckter Mainstream

Die Bewegung der Weltsozialforen, die 2001 in Brasilien ihren Ausgang nahm, hat sich zur größten globalen zivilgesellschaftlichen Initiative für ein gutes Leben für alle entwickelt. Mit dem Slogan „Wir wollen nicht besser leben, wir wollen gut leben“ wurde beim Treffen in Belém 2009 der Ideologie des Wachstums erneut eine Absage erteilt.

„Seit Jahren gibt es eine blühende Avantgarde, die Wirtschaft und Gesellschaft neu denkt und lebt“, heißt es auf der Website des Kongresses 2015 und der Dialogreihe „Gutes Leben für alle“. Trotz Klimawandel und besorgniserregenden Sozialberichten blieben der politische und gesellschaftliche Mainstream davon weitgehend unbeeindruckt. „Es geht um die Politisierung der Frage nach dem gelungenen Leben und seinen Voraussetzungen.“

Internet:

Dialogreihe „Gutes Leben für alle“:
www.guteslebenfueralle.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
 an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
 oder die Redaktion
aw@oegb.at

Das Glück ist (k)ein Vogerl

*Geld allein macht nicht glücklich, zu wenig davon zu haben belastet aber jedenfalls.
Eine Rundschau durch die Glücksforschung.*

Elke Radhuber

Kommunikationswissenschaftlerin,
Coach, Trainerin

Glück ist zunächst ein zutiefst subjektives Empfinden. In der Glücksforschung werden die Bedingungen untersucht, die dazu führen, dass sich Menschen als glücklich empfinden. Verschiedene Wissenschaftsbereiche – wie Philosophie, Psychologie, Medizin und Ökonomie – beschäftigen sich mit diesen Fragen und dementsprechend unterschiedlich und vernetzt sind die Antworten dazu.

Glückliche RaunzerInnen

Österreich belegt laut dem World Happiness Report 2015 einen Top-Platz, wenn es um das Glück geht. Von 158 Ländern schafft es Österreich auf Rang 13 auf die von der UNO in Auftrag gegebene Studie der Columbia-Universität (USA). Klingt lustig, so eine Happiness-Studie, die Ziele sind aber durchaus ernsthaft und ambitioniert. Die Erkenntnisse sollen zu einer Verbesserung nachhaltiger Entwicklung beitragen und die Grundlage schaffen, um Menschen glücklicher zu machen. Denn „wenn Länder BIP-Ziele auf Kosten von sozialen und ökologischen Zielen zu stark gewichten, beeinträchtigt dies häufig das menschliche Wohlbefinden“, so die AutorInnen der Studie. Für den Glücks-Index wurden die Länder auf Faktoren wie Einkommen, Lebenserwartung, soziales Netz und gefühlte Freiheit untersucht. Laut der Studie hängt das gesellschaftliche Wohlbefinden auch stark vom prosozialem Verhalten der Gesellschaftsmitglieder ab. Damit gehen Aufrichtigkeit, Wohlwollen,

Kooperation und Vertrauenswürdigkeit einher. Im Grunde bedeutet prosozial zu handeln, Entscheidungen für das Allgemeinwohl zu treffen und egoistischen Anreizen zu widerstehen. Förderliche Voraussetzung hierfür ist das soziale Kapital einer Gesellschaft. In diesem Zusammenhang ist damit generalisiertes Vertrauen, **Good Governance** und Solidarität gemeint. Die dringende politische Frage ist laut den AutorInnen daher, wie in gespaltenen Gesellschaften mit niedrigem sozialem Kapital in diesen Bereich investiert werden kann. Die internationale Happiness-Studie macht deutlich, dass sich diese besonders mit gesellschaftspolitischen Zusammenhängen beschäftigt. Dazu drängt sich die Frage auf, was Glück auf der individuellen Ebene bedeutet?

Vice-versa-Effekt

Interessante Effekte stellte das ForscherInnenteam um die US-amerikanische Psychologin Lara B. Aknin fest: Wenn Menschen für andere Geld ausgeben, löst das mehr positive Gefühle bei ihnen aus, als wenn sie es für sich selbst verwenden. Bei der Studie wurde das Spendeverhalten (prosoziales Verhalten) in 136 Ländern von 200.000 Menschen untersucht. 88 Prozent erlebten im Folgemonat mehr Lebenszufriedenheit. Die positiven Gefühle waren in armen wie reichen Ländern gleichermaßen vorhanden. Dies wird damit erklärt, dass in der Evolution zwischenmenschliche Kooperation indirekt das Überleben sicherte. Es ist daher in uns tief verankert und wird folglich mit positiven Gefühlen belohnt. So zeigten wissenschaftliche Beobachtungen, dass dieses Phäno-

BUCHTIPP

Sonja Lyubomirsky:

Glücklich sein

Warum Sie es in der Hand haben, zufrieden zu leben
Campus Verlag,
355 Seiten, 2008, € 20,50
ISBN: 978-3-5933-8527-3



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

men bereits bei 2-jährigen Kleinkindern vorhanden ist: Sie zeigten freudige Reaktionen, wenn sie Süßigkeiten bekamen – noch mehr freuten sie sich, wenn sie diese teilen konnten.

Trotz internationaler Studien scheint der Glücksbegriff nicht so leicht zu fassen zu sein. „Da hast du aber Glück gehabt“ – damit sind in der Regel Ereignisse gemeint, die auch als „Zufallsglück“ bezeichnet werden können. Im Zentrum der Glücksforschung steht aber weniger dieses „Zufallsglück“ sondern mehr das, was man unter „glücklich sein“ versteht. Obwohl das „Zufallsglück“ darauf natürlich Einfluss haben kann. Historisch gibt es auch noch ein Glückskonzept, wo Glück mit Freiheit von Leid und Mangel (**Epikur, Schopenhauer**) verbunden wird. Gemeinhin wird heute aber etwas anderes darunter verstanden. Mit „froher Zufriedenheit“ erklärt der Duden Glück und beschreibt vermutlich gut, was meist alltagssprachlich darunter verstanden wird.

Rein körperlich sind die sogenannten Glückshormone für das Glücksempfinden verantwortlich. Damit sind meist

Ein bisschen macht Geld also schon glücklich und selbst empfundene Schönheit auch. Aber eben nur ein bisschen.



Endorphine (körpereigene Opiate, die schmerzstillend wirken), Oxytocin (auch „Bindungs- oder Kuschelhormon“ genannt) und die Neurotransmitter Dopamin und Serotonin gemeint. In einem komplexen Zusammenspiel setzt das Gehirn diese und weitere Botenstoffe frei, wenn Glücksgefühle entstehen. Bei den meisten Menschen passiert das bei Aktivitäten wie Sport, Nahrungsaufnahme oder Sex.

Reich und schön = glücklich?

Der Körper spielt noch in anderer Hinsicht eine Rolle betreffend Glück. Die Glücksforscherin Sonja Lyubomirsky interpretiert verschiedene Studien so, dass körperliche Schönheit keinen Einfluss auf das Glück empfinden hat. So etwa zeigt sich nach Schönheitsoperationen meist nur ein kurzer positiver Effekt auf das Wohlbefinden. Sich selbst jedoch für schöner zu halten bzw. ein positives Selbstbild zu haben dürfte jedoch sehr wohl ein Glücksfaktor sein. Das bedeutet, entscheidend ist weniger ein „objektiv“ gutes Aussehen, sondern vielmehr der subjektive positive Blick für die eigene Schönheit. Unterstützt wird das auch durch Psychotherapie-Studien, die zeigen, dass viele psychische Störungen – wo sich Betroffene unglücklich erleben – mit einem niedrigen Selbstwert einhergehen.

Reichtum ist ebenfalls nur ein relativer Glücksfaktor: Bis zum Erreichen eines bestimmten Lebensstandards wirkt sich ein niedriges Einkommen laut dem Nobelpreisträger Angus Deaton stark auf das Befinden aus. Durch belastende Lebensumstände (z. B. Scheidung, Krank-

heit) hervorgerufener Stress vervielfältigt sich dabei. Allerdings fand das Forschungsteam der US-Universität Princeton auch heraus: Ab umgerechnet etwa 5.000 Euro Haushaltseinkommen empfinden zwar viele Menschen jede weitere Einkommenssteigerung positiv, es hat jedoch keinen Einfluss mehr auf ihr Stress- oder Glück empfinden. Ein bisschen macht Geld also schon glücklich und selbst empfundene Schönheit auch.

Abseits äußerer Faktoren gibt es viele Ideen dazu, wie das Glück quasi wie ein Muskel trainiert werden kann. Neurobiologische Basis ist, dass das Gehirn durch Nervenzellenverbindungen strukturiert ist. Stark vereinfacht erklärt: Man geht davon aus, dass, je öfter ein Impuls verschickt wird, umso robuster auch die Schnittstelle für diesen Impuls wird. Vergleichbar mit dem Bild, dass wenn eine Nervenbahn für das Glück empfinden ganz schmal ist, die Freude-Impulse dort nicht besonders bequem durchmarschieren können. Beim Training wird ein Impuls „Freude“ bzw. „Glück“ durch den schmalen Pfad geschickt. Anfangs muss man ihn vielleicht mit viel Aufwand auf den Weg schicken und sozusagen durchpressen. Durch viele Impulse wird mit der Zeit die enge Nervenbahn immer breiter. Die Impulse „Freude“ kommen besser durch. Schließlich wird daraus ein breiter Weg, und so können die Freudeimpulse wie auf einer Nervenzellen-Autobahn mit Leichtigkeit hin und her flitzen. Es reichen dann bereits kleine Impulse für die Anfeuerung dieser Empfindung. Dabei scheint es effizienter zu sein, sich häufiger an kleinen Dingen zu erfreuen als selten an Großen.

In der vom US-Psychologen Martin Seligman geprägten „positiven Psychologie“ wurden verschiedene Übungen entwickelt und erforscht, die diesem Prinzip folgen. Beispiel: Täglich sollen drei positive Ereignisse mit einer Begründung notiert werden, also z. B.: „Heute morgen hat mich mein Lebensgefährte mit einem Kaffee ans Bett serviert überrascht. Der herrliche Geruch und die liebevolle Geste haben mir den Tag versüßt.“ Diese Übung zeigte nach sechs Wochen eine deutliche Steigerung des Wohlbefindens bei den StudienteilnehmerInnen.

Die schönen Dinge

In der Glücksforschung gibt es also Hinweise darauf, dass zwar äußere Rahmenbedingungen einen Einfluss auf unser Erleben haben. Darüber hinaus gibt es aber auch individuelle Möglichkeiten, das eigene Glücksgefühl zu steigern: sei es durch das Ankurbeln von sogenannten Glückshormonen durch Sport, Sex, gutes Essen – oder auch gedankliche Auseinandersetzung mit den schönen Dingen des Lebens.

Internet:

World Happiness Report 2015:
worldhappiness.report

Studie „Spending Money
on Others Promotes Happiness“:
tinyurl.com/oqw2hpj

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
kontakt@elkeradhuber.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Werbung mit schlechtem Leben

*In einer deutschen Seifenoper werden Zeit- und Schwarzarbeit angepriesen.
Ein Zufall? Im Gegenteil, eine Lobbyorganisation hat dafür bezahlt.*

Christian Bunke
Freier Journalist

Jenny Busch ist Alleinerzieherin und betrieb bisher ein Blumenfachgeschäft. Dieses musste sie nun aufgeben. Doch verzagen wollte sie nicht, sondern sie setzte auf „Eigeninitiative“. Mit Erfolg. „Ich habe einen Job!“, berichtet sie freudestrahlend einem Freund. Der fragt: „Bei dieser Zeitarbeitsfirma?“ – „Nicht nur einen Job!“, antwortet Jenny. „Eine richtig feste Anstellung, Schwerpunkt Verkauf und Akquise! Und das Beste ist: völlig flexible Arbeitszeiten, und wenn ich mal nicht kann, wegen der Kinder oder so, dann schicken sie einfach einen Kollegen und die Kernarbeitszeit kann ich auch bestimmen!“ Da freuen wir uns doch für Jenny! Vielleicht finden wir sogar, dass diese Arbeit bei so viel Flexibilität eine tolle Sache sein muss. Zumindest hätte dann die von deutschen Arbeitgeberverbänden finanzierte **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ihr Geld gut angelegt.

Werbung für Zeitarbeit

Die geschilderte Szene stammt aus der deutschen Seifenoper „Marienhof“, die immerhin fünf Jahre über deutsche Fernsehbildschirme flimmerte. Die von Jenny begeistert als „feste Anstellung“ gepriesene Stelle ist in Wahrheit nichts anderes als Zeitarbeit, und es gibt einen guten Grund, warum diese in der Soap so positiv dargestellt wird: Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hatte eigene Dialoge in die Serie einfließen lassen. Sie ließ sich diesen „Spaß“ 58.670 Euro kos-

ten. In den von INSM ergänzten Dialogen wurde für die angeblichen Vorzüge von Zeitarbeit geworben sowie für die Notwendigkeit zur Eigeninitiative. Und es wurden Klagelieder auf angeblich zu hohe Steuerbelastungen und Lohnnebenkosten für UnternehmerInnen gesungen. Auch der oben angeführte Dialog war gekauft.

Neue Dimension

Auch wenn die Serie im Jahr 2011 eingestellt wurde, so ist das dahinterliegende Problem weiterhin brennend aktuell. Versprechungen über das gute Leben, das man eben nur dann führe, wenn man ein bestimmtes Produkt sein Eigen nennt oder konsumiert, sind aus der Werbung altbekannt. Dass aber dafür bezahlt wird, in einer TV-Serie ganz bestimmte Vorstellungen des guten Lebens oder Arbeitens zu propagieren, ist immerhin eine neue Dimension.

Man muss den „Marienhof“ in den Kontext der damaligen politischen Situation setzen: Im Jahr 2002 wurde die Arbeitsmarktpolitik in Deutschland von der rot-grünen Regierung neu ausgerichtet. Die INSM war an vorderster Front dabei. In einer Einschätzung der NGO „Lobby Control“ heißt es: „Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft drängte 2002 massiv auf eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts.“

Der Kauf von Dialogtexten in einer Seifenoper des deutschen Fernsehens war also Teil einer politischen Strategie, marktradikale und neoliberale Positionen innerhalb der Gesellschaft mehrheitsfähig zu machen. Selbst vor der Be-

schönigung von Schwarzarbeit wurde nicht zurückgeschreckt. So legte die INSM in Folge 1.962 vom 29. Juli 2002 der Verkäuferin Toni diese an ihren Chef gerichteten Worte in den Mund: „Ich könnte auch schwarz für Sie arbeiten! Sie würden eine Menge Geld sparen! Wie z. B. die ganzen Sozialabgaben und das Urlaubsgeld und ich weiß nicht was noch alles!“

Die INSM hatte sich in insgesamt sieben Folgen der Serie eingekauft, ohne dass dies von den Sendeverantwortlichen jemals offengelegt worden wäre. Dass wir davon heute überhaupt wissen, haben wir dem Investigativjournalisten Volker Lilienthal zu verdanken, der sich auch durch Strafandrohungen von 250.000 Euro nicht von seinen Recherchen abhalten ließ.

Herausforderung Social Media

Seitdem hat sich vieles geändert. Steckten soziale Netzwerke 2005 noch in den Kinderschuhen, sind sie heute ein wesentliches Kommunikationsinstrument. Für die PR-Branche sind sie vor allem deshalb interessant, weil sich damit völlig neue Möglichkeiten zur Verbreitung unterschwelliger Botschaften ergeben haben.

Diese Möglichkeiten wurden etwa von der Wiener PR-Agentur mhoch3 genutzt. Die Agentur hat sich ganz auf das Internet und soziale Netzwerke in allen Ausprägungen spezialisiert. Neben „Social Media Marketing“ und „Blog Marketing“ ist auch „Online Reputation Management“ im Angebot: „Machen Sie sich nicht erst Gedanken, wenn ein



Neoliberale nutzen viele Kanäle, um ihre Ideologie voranzutreiben.

Shitstorm aufkommt“, heißt es in einem Werbetext der Firma.

Im „Online Reputation Management“-Paket von mhoch3 enthaltene Dienstleistungen sind unter anderem „aktives und reaktives Agieren“, „gezieltes Auslösen von Kommunikation“ und die „Ansprache von Multiplikatoren“. Neben Konzernen und Banken haben auch Parteien dieses Angebot genutzt.

Vor allem die ÖVP Wien war eine gute Kundin der Agentur, wie die JournalistInnen Stefan Apfl und Sarah Kleiner im November 2014 im Magazin „Datum“ aufdeckten. Hier schließt sich der Kreis zu „Marienhof“. Denn ähnlich wie in der Fernsehserie versuchte mhoch3 über Beiträge in sozialen Medien und Onlinekanälen politische Meinungen zu gestalten und zu beeinflussen. So wurde beispielsweise der ehemalige Wissenschaftsminister Johannes Hahn in gefälschten Postings vor protestierenden Studierenden in Schutz genommen und den Studierendenprotesten so die Legitimation entzogen.

Planmäßige Täuschung

Der PR-Ethikrat, ein freiwilliges Selbstregulierungsorgan der österreichischen PR-Branche, hat im September einen Bericht über die Aktivitäten von mhoch3 vorgelegt und die Firma sowie sieben ihrer KundInnen öffentlich „wegen planmäßiger Täuschung von Userinnen und Usern in großem Stil“ gerügt. Die Verwendung von falschen Identitäten zu Zwecken der PR auf Onlineforen hält der Ethikrat für „ethisch nicht vertretbar“. Ein anderes Medium, das sich die Agen-

tur zunutze machte, sind Blogs – und auch hier wurden unlautere Mittel eingesetzt. Denn anders als bei den BloggerInnen handelt es sich auch nicht – wie von mhoch3 argumentiert – um „Online-JournalistInnen“. Vielmehr wurden die Beiträge von bezahlten AuftragnehmerInnen der Agentur erstellt. Diese stehen „damit in einem Abhängigkeitsverhältnis zu mhoch3 (und in weiterer Folge zu den Kunden der Agentur)“, wie der Ethikrat festhielt. Für die AuftragnehmerInnen war dieses Abhängigkeitsverhältnis ein prekäres, wie Brigitte Mühlbauer vom PR-Ethikrat erzählt: „Diese MitarbeiterInnen waren freie DienstnehmerInnen. Eine einzelne Mitarbeiterin hat rund 40 verschiedene Online-Identitäten gehabt. Die sind pro Posting bezahlt worden.“

Für solche schwindligen Methoden gibt es durchaus wirtschaftliche Gründe, wie Mühlbauer erläutert: „Alle Unternehmen stehen unter dem Druck, möglichst große Wirkung mit möglichst wenig Geld zu erzielen. Bei vielen Unternehmen sind die Werbebudgets drastisch gekürzt worden. Dadurch werden neue, günstigere Werbeformen wie etwa Blogs interessant. Diese Digitalkommunikation wird von vielen als rechtsfreier Raum wahrgenommen. Da gibt es oft kein Unrechtsbewusstsein.“ Von Praktiken wie denen von mhoch3 oder beim „Marienhof“ hält sie nichts. „Durch so etwas wird das Vertrauen in die Medien zunehmend ausgehöhlt. Und wenn so etwas wie beim ‚Marienhof‘ oder mhoch3 passiert, reagiert die Öffentlichkeit immer negativ. Es bringt also nichts für die Werbung.“

Man könnte hinzufügen, es bringt auch nichts bei der Meinungsbildung. Denn auch die Verbreitung gefälschter politischer Meinungen schlägt letztendlich auf die Verursacherin zurück. Für das öffentlich-rechtliche Fernsehen bedeutete der „Marienhof“-Skandal einen Vertrauensverlust.

Nie kritisch genug

Menschen lassen sich nicht gerne manipulieren, schon gar nicht von hinten her. Das sollten auch Parteien und Lobbygruppen wissen, die sich durch solche Methoden einen politischen Marktgewinn versprechen. Andererseits können solche Methoden nur funktionieren, weil es Menschen gibt, die bereit sind, diese umzusetzen. Das hat auch etwas mit den bei Agenturen wie mhoch3 vorherrschenden und von Lobbygruppen wie der INSM geforderten prekären Arbeitsbedingungen zu tun. Und die Moral der Geschichte für KonsumentInnen? Man kann nie kritisch genug sein, wenn es darum geht, was ein gutes Leben ausmacht – oder eben nicht.

Internet:

Zehn Jahre „Marienhof“-Skandal:
Neoliberalismus in deutschen Fernsehserien
www.nachdenkenseiten.de/?p=27588

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
christian@bunke.info
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Gute Allianzen

Seit einigen Jahren bilden sich Allianzen, die die ökologische und die soziale Frage nicht mehr trennen wollen. Sie fordern ein gutes Leben für alle!

Florian Wukovitsch

Abteilung Umwelt und Verkehr
der AK Wien

Spätestens die Finanz- und Wirtschaftskrise legte die zunehmende Verteilungsschieflage in Europa offen. Hohe Arbeitslosigkeit, Demokratiedefizite im europäischen Krisenmanagement und nicht zuletzt die Folgen des Klimawandels veranlassten eine wachsende Zahl an politischen KommentatorInnen zur Diagnose einer multiplen Krise, deren Komponenten kaum noch isoliert bearbeitet werden können.

Wohlstandsinsel Europa

Stellt schon das Management der internen Probleme für Europa heute eine massive Herausforderung dar, so schärfen die interkontinentalen Fluchtbewegungen der letzten Zeit zunehmend das Bewusstsein dafür, dass die Wohlstandsinsel Europa neue und stärker international vernetzte Lösungen zur Krisenbearbeitung suchen muss. Unterschiedliche inter- und supranationale Organisationen wie die OECD, die Vereinten Nationen oder die Europäische Kommission versuchen auch angesichts dieser Herausforderungen, Strategien für ein neues Wirtschafts- und Wachstumsmodell zu entwerfen. Schlagworte wie **Green Growth**, Green Economy oder **Circular Economy** prägen in den letzten Jahren die öffentliche Diskussion über zukunftsfähige Wirtschaftssysteme. „Better life Indices“ oder Überlegungen zu „GDP and beyond“ sollen die Wohlstandsmessung auf eine umfassendere und aussagekräftigere Basis

stellen (siehe auch „Die Glücksmessung“, S. 18–19).

Die Diskussionen des politischen Mainstreams gehen vielen nicht weit genug. Die ökologische Ökonomie warnt schon lange davor, dass die hochentwickelten Gesellschaften ihren Ressourcen- und Energieverbrauch längst reduzieren müssten, wenn die Klimakatastrophe verhindert werden und der globale Süden weiter Wachstumchancen haben soll. Diese Mahnungen nimmt man nun anscheinend auf breiter Front ernst. Vollerorts bestehen Zweifel, dass die angestrebten Wege der Steigerung von Ressourcen- und Energieeffizienz und der Reduktion von Treibhausgasemissionen (im Inland) ausreichen, um die westlichen Gesellschaften auf langfristig tragfähige Entwicklungspfade zu bringen.

Nicht nur zeigen Untersuchungen, dass sogenannte Rebound-Effekte oftmals dazu führen, dass Effizienzgewinne durch den Erwerb größerer Geräte oder intensiveres Nutzungsverhalten kompensiert werden. Berechnungen zum Export von Umweltbelastungen bzw. zum ökologischen Fußabdruck verdeutlichen auch, dass ein Teil der vermeintlich eingesparten CO₂-Emissionen der europäischen Gesellschaften lediglich gemeinsam mit der Güterproduktion ins Ausland verlagert wurden und eigentlich weiterhin dem europäischen Konsum zugerechnet werden müssten. Und dank der „Deregulierungserfolge“ wächst in Europa kein Verkehrssektor so stark wie der Luftverkehr – im Zeitraum 1995 bis 2011 immerhin um mehr als 66 Prozent.

Vor diesem Hintergrund möchte sich eine wachsende Gruppe von VertreterIn-

BUCHTIPP

Robert u. Edward Skidelsky:
Wie viel ist genug?

Vom Wachstumswahn
zu einer Ökonomie des
guten Lebens

Verlag Antje Kunstmann,
318 Seiten, 2013, € 19,95
ISBN: 978-3-8889-7822-7



Bestellung:

fachbuchhandlung@oegbverlag.at

nen aus Wissenschaft, NGOs, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften nicht mehr mit dem Status quo abfinden. Sie fordern einen fundamentalen Kurswechsel in Europa. Mit dem Ziel, gemeinsam neue Lösungen zur Bearbeitung der multiplen Krise zu finden, bilden sie neue Allianzen, in denen sie auch bereit sind, die Grenzen der eingespielten institutionellen Handlungs- und Themenfelder zumindest punktuell zu überschreiten. Unter dem Motto „Gutes Leben für alle“ werden in diesem Sinne nicht nur Fragen der Verteilung von Arbeit, Einkommen, Vermögen bzw. Selbstverwirklichungschancen und Teilhabemöglichkeiten an Gesellschaft und Demokratie, sondern auch der Ernährungssouveränität, der internationalen Solidarität und des Lebens in Einklang mit Natur und Umwelt gemeinsam problematisiert.

Kleinräumige bzw. regional verankerte Initiativen und Projekte einer solidari- schen Ökonomie und Gesellschaft – wie Food Coops oder alternative Wohnprojekte – sind damit genauso angesprochen wie politische Bewegungen für eine Re-

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem guten Leben für alle und gewerkschaftlichen Forderungen nach guter Arbeit.



Regulierung der Finanzmärkte oder des internationalen Handels. Zentral ist die Bekämpfung der politischen und ökonomischen Machtungleichgewichte, nicht zuletzt im Sinne der Interessen von armen und benachteiligten sozialen Gruppen im globalen Süden gleichermaßen wie im hochentwickelten Norden.

Kurswechsel

Dabei ergreifen durchaus unterschiedliche AkteurInnen die Initiative. Schon im Dezember 2012 organisierte die IG Metall in Berlin einen großen Kongress mit dem Titel „Kurswechsel für ein gutes Leben“, auf dem man sich auf die Suche nach einem neuen Fortschrittsbegriff für Industriegesellschaften und alternative Entwicklungspfade machte. 2014 verwendete eine Kooperation aus AK Wien, Attac Österreich, Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (BEIGEWUM), Grüner Bildungswerkstatt u. a. den gleichen Titel für eine Veranstaltungsreihe und eine Ausgabe der Zeitschrift „Kurswechsel“. Im Februar 2015 fand an der Wirtschaftsuniversität der erste große österreichische Kongress mit dem Titel „Gutes Leben für alle“ statt, auf Initiative der Allianz „Wege aus der Krise“ und des Obmanns der Grünen Bildungswerkstatt Österreich. „Wege aus der Krise“ ist dabei bereits selbst eine themenübergreifende zivilgesellschaftliche Allianz, an der österreichische Fachgewerkschaften und Umweltorganisationen ebenso beteiligt sind wie die Menschenrechtsorganisation SOS Mitmensch, das Netzwerk Armutskonferenz, die österreichische HochschülerInnenschaft und

Attac Österreich. Schon in diesem Netzwerk wurden in den letzten Jahren themenübergreifende politische Allianzen erprobt und das Ergebnis der internen Abstimmung in Form eines jährlich erscheinenden Zivilgesellschaftlichen Zukunftsbudgets als Forderungen an die Politik herangetragen. Der Kongress wurde von der AK, Entwicklungsorganisationen, Forschungsinstitutionen und politischen Bildungseinrichtungen mitgetragen. Zusätzlich haben sich zahlreiche Initiativen an einer Messe beteiligt, die im Rahmen des Kongresses stattgefunden hat.

Der Vorteil der Utopie des guten Lebens für alle ist, dass sich im Unterschied zum „verwandten“ Postwachstumskonzept – in dem sehr viel Gewicht auf Verzicht und individuelle Verantwortung gelegt wird – auch gesellschaftliche AkteurInnen darauf einigen können, die stärker mit der bestehenden Wachstumslogik verbunden sind. Schließlich bleiben die konkreten Schritte und Zwischenziele zur Transformation unserer Gesellschaften vorerst relativ offen.

In der akademischen Diskussion wurde die Idee des guten Lebens vor allem unter Berufung auf Aristoteles formuliert, am prominentesten von der US-amerikanischen Sozialphilosophin Martha Nussbaum. Ihr geht es im Sinne der Entwicklung menschlicher Grundfähigkeiten nicht nur um die Sicherung von grundlegenden Daseinsvoraussetzungen, sondern auch um die Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen, die allen gleichermaßen die Entdeckung und Nutzung des eigenen schöpferischen Potenzials und den Aufbau von bedeutenden Beziehungen zu Mitmenschen und

der Natur ermöglichen. In ähnlicher Weise entwerfen der Wirtschaftshistoriker Robert Skidelsky und sein Sohn Edward eine Ökonomie des guten Lebens, die im Unterschied zum wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream konkrete menschliche Bedürfnisse wie Gesundheit, Sicherheit, Persönlichkeit und Harmonie mit der Natur in den Fokus nimmt sowie die politisch-ökonomischen Möglichkeiten für deren Erfüllung.

Mehr Schlagkraft als Allianz

Offensichtlich ist, dass ein enger Zusammenhang zwischen dem guten Leben für alle und gewerkschaftlichen Forderungen nach belastungsarmen und entwicklungsförderlichen Arbeitsplätzen, geregelten Arbeitszeiten, gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung, umfassender demokratischer Mitbestimmung und guten Bildungschancen besteht. In diesem Sinne werden die Interessenvertretungen der ArbeitnehmerInnen auch weiterhin wichtige Bündnispartnerinnen im Kampf für ein gutes Leben für alle sein. Durch neue Allianzen erhalten zentrale Anliegen im besten Fall noch mehr Schlagkraft.

Internet:

Dialogreihe „Gutes Leben für alle“:
www.guteslebenfueralle.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
florian.wukovitsch@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Wohlstand geht nur grün

Wachstum geht weiterhin mit Umweltzerstörung einher. Es braucht daher ein breiteres Verständnis, das auch Lebens- und Umweltqualität berücksichtigt.

Klara Zwickl

Forscherin am Institute for Ecological Economics und dem Institute for the Economics of Inequality an der Wirtschaftsuniversität Wien

Gesellschaftlicher Wohlstand wird oft auf enge wirtschaftliche Indikatoren wie das Bruttoinlandsprodukt reduziert. Als oberstes wirtschaftspolitisches Ziel zur Erhöhung des Wohlstands gilt es demnach, im ersten Schritt einen möglichst großen ökonomischen Kuchen zu backen, der dann stückweise verteilt werden kann. Dabei wird allerdings nicht berücksichtigt, dass das Backen des immer größeren Kuchens steigende soziale und ökologische Kosten verursacht. Noch dazu sind diese Kosten höchst ungleich verteilt.

Enorme Kosten bei Untätigkeit

In den letzten Jahrzehnten war Wirtschaftswachstum eng an steigenden Ressourcenverbrauch gekoppelt – und damit einhergehend mit Umweltzerstörung. Innovative, umweltfreundliche Technologien konnten dieser Entwicklung zwar entgegenwirken, aber Wachstum nicht absolut von Umweltzerstörung entkoppeln.

Manchen Ländern oder Sektoren gelang eine absolute Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung, die Hauptursache dafür ist allerdings, dass die umweltschädlichsten Teile des Produktionsprozesses in Länder des Südens verlagert wurden. Ordnet man die daraus resultierenden Emissionen den Ländern zu, in denen die Endprodukte konsumiert werden, ge-

hen Wachstum und Umweltzerstörung in den Industrieländern weiterhin Hand in Hand.

Weltweit führende Umwelt- und KlimawissenschaftlerInnen warnen davor, dass das Ausmaß und die Intensität aktueller wirtschaftlicher Aktivität bereits zu irreversiblen ökologischen Schäden geführt haben. Dabei wurden einige sogenannte „planetarische Grenzen“ bereits überschritten, andere planetarische Grenzen werden ohne eine grundlegende ökonomische und soziale Transformation in naher Zukunft erreicht. Die wohl bekannteste der neun diskutierten planetarischen Grenzen ist die steigende Kohlendioxidkonzentration in der Atmosphäre, die zu Klimawandel führt.

In den Umwelt- und Klimawissenschaften steht außer Frage, dass schon eine moderate globale Erwärmung, wie sie gegenwärtig bereits stattfindet, ohne dass man noch gegensteuern könnte, zu einer Zunahme von Unwettern und Naturkatastrophen führen wird – mit drastischen ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen.

Umweltschäden verlagert

Ein stärkerer Anstieg, der ohne substanzielle Klimapolitik als wahrscheinlich gilt, könnte mit noch viel größeren Risiken und irreversiblen Umweltschäden verbunden sein. Aufgrund gravierender sozialer Folgen des Klimawandels insbesondere in bevölkerungsstarken Küstenregionen in Ländern des Südens sind zudem Klimaflüchtlinge und verstärkte politische Konflikte zu erwarten.

Eine weitere Untätigkeit würde enorme ökonomische, soziale, und ökologische Kosten nach sich ziehen. Von daher braucht es sowohl einen Wandel der wirtschaftlichen Aktivität und als auch eine Abkehr vom fortschreitenden Verbrauch fossiler Energieträger.

Umweltungleichheit

Ein weiteres Umwelt- und Gesundheitsproblem, das unmittelbare und lokale negative Auswirkungen hat, ist Luftverschmutzung, die weiterhin im Anstieg begriffen ist. Einer Studie der Weltgesundheitsorganisation zufolge wurden die gesundheitlichen Gefahren von Luftverschmutzung in der Vergangenheit grob unterschätzt. Inzwischen wird sie für einen von acht Todesfällen weltweit verantwortlich gemacht. Die Folgen sind allerdings nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch innerhalb der Industrieländer sehr ungleich verteilt. Diese Tatsache wird zunehmend unter dem Begriff Umweltungleichheit thematisiert. In Österreich ist es auf Basis der bisherigen Datenlage schwer möglich, das Ausmaß von Umweltungleichheit in Zahlen zu fassen. Für viele andere Länder hingegen belegen wissenschaftliche Ergebnisse klar, dass insbesondere arme und sozioökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen Umweltgefahren überproportional ausgesetzt sind. Auch auf europäischer Ebene zeigen Ergebnisse des Europäischen Umweltbundesamts, dass Umweltgefahren räumlich sehr ungleich verteilt und in manchen Gegenden stark konzentriert vorkommen. So wird die Hälfte der ökologischen und gesundheitlichen Kosten



Umweltungleichheit und Einkommensungleichheit bzw. soziale Ungleichheit verstärken einander.

industrieller Luftverschmutzung in der EU von nur einem Prozent aller industriellen Produktionsstandorte verursacht.

Dazu kommt, dass Umweltungleichheit und Einkommensungleichheit bzw. soziale Ungleichheit eng miteinander zusammenhängen: Vor allem reichere Bevölkerungsgruppen können sich individuell vor Umweltgefahren schützen, indem sie in Gegenden mit hoher Umweltqualität ziehen. Ärmere Bevölkerungsgruppen sind von dieser Möglichkeit ausgeschlossen.

Die steigende Einkommensungleichheit sorgt dafür, dass die Gruppe jener immer kleiner wird, die sich ein Leben in gesunder Umgebung leisten können. Es gibt aber auch zahlreiche Hinweise, dass Umweltungleichheit (zukünftige) Einkommens- und soziale Ungleichheit verschärft. So wird zum Beispiel der Lernerfolg von SchülerInnen oder die Arbeitsproduktivität von Beschäftigten stark von lokalen Umweltbelastungen beeinträchtigt, wodurch Chancengleichheit und Jobperspektiven drastisch reduziert werden. Außerdem steigen in Gegenden hoher Umweltqualität die Immobilienpreise und sinken in jenen mit niedriger Umweltqualität, was wiederum ökonomische Ungleichheit verstärkt.

Weitere Dimensionen

Der enge Zusammenhang zwischen wirtschaftlichen, sozialen, und ökologischen Faktoren, welche die Lebensqualität beeinflussen, verdeutlicht, dass Wohlstand nicht nur auf wirtschaftliche Faktoren reduziert werden kann. Ein breiteres Ver-

ständnis von Wohlstand wird auch zunehmend von einflussreichen ÖkonomenInnen und internationalen Institutionen eingemahnt, insbesondere seit der großen internationalen „Beyond GDP“-Konferenz in 2007.

Ein wichtiges Ergebnis der Konferenz war, dass Wirtschaftswachstum nicht mehr als der zentrale Erfolgsindikator einer Volkswirtschaft betrachtet werden soll, sondern nur noch als einer von vielen. Ergänzt werden sollte er um weitere Dimensionen: soziale Indikatoren wie Lebenserwartung, Armut, Arbeitslosigkeit, verfügbares Einkommen, und Bildungsstandards; ökologische Indikatoren wie Ressourcenverbrauch und Umweltzerstörung und deren gesundheitliche Folgen; Indikatoren für Lebensqualität wie Lebenszufriedenheit, Jobzufriedenheit, Familienleben, Gesundheit und Lebensstandards.

Innovative Politikempfehlungen

Ein breiteres Verständnis von Wohlstand führt zu innovativen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Politikempfehlungen. Dabei werden soziale und ökologische Ziele nicht mehr als Gegensätze betrachtet. Und auch bei schwachem Wirtschaftswachstum kann hohe Beschäftigung und Verteilungsgerechtigkeit erreicht werden. So könnte etwa eine gleichere Verteilung von Arbeitsstunden durch Arbeitszeitverkürzungen neben positiven Beschäftigungseffekten auch die Lebensqualität durch mehr Zeit für Familie und Freizeitaktivitäten erhöhen und geschlechtsspezifische Arbeitsmarktunterschiede verringern. Ein Ausbau öf-

fentlicher Infrastruktur für Mobilität, nachhaltiger Energieversorgung, Wohnraum, Bildung und Gesundheit würde neben positiven Beschäftigungseffekten und einer Reduktion sozialer Ungleichheit auch zu einer Verringerung von individuellem Ressourcenverbrauch und einer höheren Umwelt- und Lebensqualität führen. Die ökologischen und sozialen Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte erfordern eine verstärkte gesellschaftliche Auseinandersetzung mit solchen Maßnahmen und eine Abkehr vom Bruttoinlandsprodukt als Hauptindikator für Wohlstand.

Nachlese:

EEA, 2014. Costs of air pollution from European industrial facilities 2008–2012 – an updated assessment, Copenhagen, DK:
tinyurl.com/j48yteq

Jackson, Tim. 2009. Prosperity Without Growth. Economics for a Finite Planet. London: Earthscan:
tinyurl.com/zetjytj

Rockström, J. et al., 2009. Planetary Boundaries. Exploring the safe operating space for humanity. Nature, 461, pp.472–475:
tinyurl.com/hynqhpq

WHO, 2014. 7 million premature deaths annually linked to air pollution:
tinyurl.com/pqgdd5q

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Autorin
klara.zwickl@wu.ac.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

„Das Arbeitsleben hat sich ebenso sehr verändert!“

Auf der Suche nach dem „guten Leben“ in erzählten Lebensgeschichten.

Klaus-Dieter Mulley

*Institut für Geschichte der Gewerkschaften
und AK*

Angesichts jahrzehntelanger neoliberaler **Hegemonie**, gekennzeichnet durch die eklatante Zunahme von Einkommensunterschieden, sozialer Unsicherheit und gesellschaftlicher Krisen, stellt sich die Frage nach „gutem Leben“ neu. Wie spiegelt sich „gutes“ oder „besseres Leben“ eigentlich in den Erinnerungen von ArbeitnehmerInnen wider? Werden Veränderungen in den ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen autobiografisch reflektiert und wenn ja, wie?

Individuelles Erleben

Für das Buch „Arbeit ist das halbe Leben“ wurden ArbeitnehmerInnen gebeten, über den von ihnen subjektiv erlebten Wandel der Arbeitswelt seit 1945 zu erzählen. In diesen Erinnerungstexten erzählen ArbeiterInnen und Angestellte, Beschäftigte in Dienstleistungs- und Pflegeberufen und LehrerInnen über ihre Berufslaufbahn. Der Zeitraum der Erzählungen erstreckt sich vom Beginn der Lehrzeit über den Beruf bis hin zum Pensionsantritt. Es stehen nicht allein Fakten im Vordergrund, sondern vor allem das individuelle und persönliche Erleben, also auch jener Handlungsspielraum, in dem Hoffnungen/Enttäuschungen, Erfolge/Frustrationen, Glücksmomente/Ängste, Gerechtigkeit/Ungerechtigkeit, aber oft auch der Zufall einen breiten Raum einnehmen. Die lebensgeschichtlichen Aufzeichnungen zeigen deutlich,

dass die Art der beruflichen Tätigkeit und der damit einhergehende Rhythmus neben familiären, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen die Lebensrealität und die Lebensqualität nachhaltig bestimmen: Arbeitsbeginn, Arbeitszeit, Arbeitsumfeld, Arbeitsgestaltung, Arbeitsende und Arbeitswege sind dabei ebenso entscheidende Faktoren. Dabei wird auch immer direkt oder indirekt auf die durch die Gewerkschaften erkämpften sozialpolitischen Erfolge hingewiesen, die in der retrospektiven Lebensbetrachtung eine deutliche Veränderung im Arbeits- und Alltagsleben der Erzählenden bewirkten.

Konnte noch für die 1950er-Jahre festgestellt werden, dass die Arbeitseinkommen „in diesen Jahren noch in hohem Maße für die Deckung der elementarsten Lebensbedürfnisse“ aufgingen, so schrieb ein Handelsangestellter über die beginnenden 1960er-Jahre: „Die Verhältnisse hatten sich geändert, die ökonomischen Bedingungen waren andere geworden. Urlaubsreisen, meist nach Italien, lösten die sogenannte Sommerfrische ab. Mehr Menschen – das zeigte sich am Abend bei den täglichen Kassenkontrollen – gaben für Lebensmittel mehr Geld aus.“ Der damit verbundene Aufschwung schlug sich in der Lebensrealität des jungen Angestellten nieder: „Auch ich konnte mir mein erstes Moped, ein aus dem Fuhrpark der Firma ausgeschiedenes kaminrotes Moped der Marke Puch leisten.“ Allerdings war damals das Zeitbudget durch längere Arbeitszeiten und noch gering ausgebaute Infrastruktur beschränkt: „Natürlich hatte sich auch meine Freizeit so

BUCHTIPP

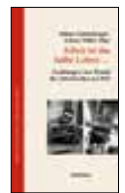
Sabine Lichtenberger,
Günter Müller (Hrsg.):

**Arbeit ist das
halbe Leben ...**

Erzählungen vom Wandel
der Arbeitswelten seit 1945

Verlag Böhlau, 320 Seiten,
2012, € 24,90

ISBN: 978-3-205-78703-7



Bestellung:

www.arbeit-recht-soziales.at

ziemlich eingeeengt, waren doch die Öffnungszeiten der Geschäfte und die Wochenarbeitszeiten in den 1960er-Jahre andere, als wir sie aus der Gegenwart kennen. Noch dazu waren die öffentlichen Verkehrsmittel nicht so ausgebaut, und man musste oft, wie es so schön heißt, ‚mit der Kirche ums Kreuz‘ fahren.“ Dieser Rückblick in die Sechziger relativiert jenes oft nur auf Beatles, Studentenrevolte und Minirock reduzierte Bild der 1960er-Jahre.

Zentrales Thema Arbeitszeit

Die Arbeitszeit bzw. ihre Veränderungen nehmen in den Lebenserinnerungen von ArbeitnehmerInnen einen zentralen Stellenwert ein. Arbeiteten die Menschen in der Anfangszeit der Zweiten Republik oft mehr als 48 Stunden pro Woche, so konnte die Arbeitszeit im Februar 1959 auf 45 Stunden gesenkt werden. Durch den vom ÖGB erkämpften und 1970 vereinbarten Generalkollektivvertrag wurde sie etappenweise auf 40 Stunden reduziert. Spä-

Die Arbeitszeit bzw. ihre Veränderungen nehmen in den Lebenserinnerungen von ArbeitnehmerInnen einen zentralen Stellenwert ein.



ter wurde die Arbeitszeit in vielen Branchen durch Kollektivverträge von 40 auf 38 bzw. 38,5 Stunden verkürzt. In einer der Lebensgeschichten heißt es dazu: „Das bedeutete eine enorme Steigerung der Lebensqualität (...) Dies nahm ich so in Anspruch, dass die Freizeit hauptsächlich zur Regeneration benutzt wurde und dazu, die persönlichen Kontakte aufrechtzuerhalten. Im Urlaub unternahmen wir schöne Reisen, zumeist mit Freundinnen und Freunden in einer Gruppe.“

Steigender Druck

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen hatten sich jedoch im Laufe der 1980er und 1990er dramatisch verändert: „Der Stellenwechsel war inzwischen erheblich schwerer geworden und der Ton unglaublich ruppig. Dazu kam, dass man ab vierzig eigentlich zum alten Eisen gehörte. Dann kamen die unzähligen Rationalisierungen, Umorganisierungen, Sparmaßnahmen, fast jeden Monat war alles wieder neu umzustellen. Das Klima war total verpestet, der Druck unerträglich.“ Zeiten der Arbeitslosigkeit wurden Teil von Biografien: „Die Situation hatte sich nun aber verändert. Es gab Arbeit nicht mehr in Hülle und Fülle, wie ich es bisher gewohnt war. Ich brauchte etwas über ein halbes Jahr, um Arbeit zu finden. (...) Die Zeit der Arbeitslosigkeit habe ich als sehr unangenehm in Erinnerung. Es kratzte sehr am Selbstbewusstsein, immer wieder Absagen zu bekommen.“

Ein Problem, mit dem sich bis in die Gegenwart GewerkschafterInnen ausei-

nersetzen, wird von einer Angestellten, die als Direktionsassistentin, Privatsekretärin und als Sachbearbeiterin gearbeitet hat, angesprochen. Nach einem Jobwechsel stellte sie zwar fest, dass an ihrem neuen Arbeitsplatz der Lohn zumindest einigermaßen stimmte, meinte dann aber doch einschränkend: „Ei-nermaßen wohlgemerkt, denn Männer in der gleichen Position bekamen automatisch um ein Drittel mehr – ohne die diversen Nebenaufgaben! So ist das heute noch.“

Der technologische Fortschritt in der Arbeitswelt, verbunden mit einer steten Produktivitätssteigerung, forderte von den ArbeitnehmerInnen einen hohen Preis, wie in einem Beitrag resümiert wird: „Das Arbeitsleben hat sich ebenso sehr verändert. Die Maschinen brachten zwar einiges an Erleichterung für mühsame Arbeitsvorgänge, allerdings muss nun alles viel schneller gehen, um Personal einzusparen, und Zeit für ein Gespräch mit den Arbeitskolle-ginnen und -kollegen bleibt kaum noch“.

Zuversicht stärken

Die hier nur cursorisch erwähnten kleinen Einblicke in erzählte Lebensgeschichten verdeutlichen, dass die individuelle Lebensrealität abseits von persönlichen Schicksalsschlägen in einem großen Maß von der Gestaltung gesellschaftspolitischer und ökonomischer Rahmenbedingungen und eng verbunden damit von Arbeitswelt, Gesundheit, Einkommen, sozialer Sicherheit und Freizeit abhängig ist. Wenn etwa das

Institut der deutschen Wirtschaft Köln 2009 eine Umfrage der IG Metall mit den Worten kritisierte, dass ihr Fragenkatalog nach dem „guten Leben“ „stets im mittel- und unmittelbaren Zusammenhang allein mit der Arbeit stünde“ und „ebenfalls relevante Faktoren wie soziale Kontakte oder eine sinnvolle Freizeitgestaltung“ außen vor blieben, so wird damit das politische Ziel verfolgt, die gewerkschaftliche Forderung nach einem „Kurswechsel für gutes Leben“ zu diskreditieren.

Die biografischen Erinnerungen von ArbeitnehmerInnen unterstreichen jedoch die Relevanz des von den Vertretungen von ArbeitnehmerInnen geforderten Ausbruchs aus dem neoliberal geschaffenen Dilemma in eine bessere, gerechtere und sicherere Zukunft.

Hoffnungen stärken

Was Bruno Kreisky 1970 in Salzburg vor Gewerkschaften sagte, gilt heute mehr denn je: „Jetzt müssen wir die Zuversicht und die Hoffnungen der Menschen auf eine neue, gerechtere Politik stärken! Wir selbst haben es in der Hand, dass sich die Herzen der Menschen öffnen, wie bei einem Sonnenaufgang! Aber der Sonnenaufgang allein ist uns zu wenig, wir wollen den klaren Sonnenschein!“

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
klaus.mulley@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Neues aus der SOZAK

Versuchslabor SOZAK

Für ein Worst-Case-Szenario können BetriebsrätInnen nie gut genug vorbereitet sein. Aber sie können es durchspielen, um auch selbst daran zu wachsen.

Maja Nizamov
Freie Journalistin

Die Hoizhittn GmbH ist ein kleines, aber feines Unternehmen. Im Frühsommer 2015 beschließt es allerdings, seinen Standort in Retz im Waldviertel zu schließen. Die Hoizhittn GmbH gehört eigentlich zum internationalen Konzern Wutpecka AG, und der Standort im Waldviertel schrieb durchwegs schwarze Zahlen. Noch bevor jedoch die schlechten Nachrichten an die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen kommuniziert werden konnten, platzt die Personalchefin in das Büro des Geschäftsführers Peter Hamlich und konfrontiert ihn mit den Schließungsgerüchten, die bereits im Betrieb kursierten. Hamlich, der das Klischee eines profitorientierten Unternehmers erfüllt – hervorragende Ausbildung an renommierten Universitäten, aber kein Funken Empathie im Leib –, spielt die Situation herunter, schließlich würde ja nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird, und bittet zu einem Gespräch mit dem Betriebsrat, bei dem die Personalchefin ihn unterstützen soll ...

Falls Sie sich gerade wundern, was Sie da lesen, und bevor Sie noch Google nach der Hoizhittn GmbH befragen, weil Sie von dieser noch nie etwas gehört und gelesen haben: Die Hoizhittn GmbH existiert ebensowenig wie deren Mutterkonzern Wutpecka AG. Es handelt sich um fiktive Unternehmen und Personen, die diesen Herbst trotzdem eine große Rolle spielten – und zwar an der Sozialakademie Wien.

Zusammenhänge erkennen

Die Aufgabe der Sozialakademie ist es, ihren TeilnehmerInnen jene Fähigkeiten und Kenntnisse zu vermitteln, die für eine kompetente und effiziente Vertretung von den Interessen der ArbeitnehmerInnen auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene erforderlich sind. Die Sozialakademie dient als höchste Stufe der gewerkschaftlichen Bildung der Ausbildung von Führungskräften der ArbeitnehmerInnen-Interessenvertretungen.

Absolventen und Absolventinnen der SOZAK finden sich in der Rolle einer Schnittstelle und eines Übersetzers/einer Übersetzerin wieder. In der Sozial-

akademie lernen und vertiefen sie ihr Wissen über die verschiedensten Themengebiete, die BelegschaftsvertreterInnen kennen müssen: Arbeitsrecht, Betriebswirtschaftslehre, Kommunikation und der Umgang mit Medien, aber auch Krisenmanagement. Die Herausforderung ist es jedoch, die komplexen Zusammenhänge zwischen den einzelnen Themengebieten zu verstehen, anzuwenden und vor allem auch kommunizieren zu können.

Um den TeilnehmerInnen einen „Vorgeschmack“ auf ihre künftigen Herausforderungen zu geben und ihre Fertigkeiten zu trainieren, schufen Brigitte Daumen und Georg Sever von der SOZAK-Lehrgangslleitung ein eigenes Modul, den sogenannten SOZAK-Praxisfall. Dieser findet am Ende des Lehrgangs statt, in einer Woche sind die TeilnehmerInnen herausgefordert, ihr erworbenes Wissen laufend und oft spontan abzurufen und im Rahmen der Übung korrekt anzuwenden. „Die Sozialakademie ist quasi ein Versuchslabor, in dem die TeilnehmerInnen Handlungsweisen austesten und trainieren können, damit sie diese dann im echten

Leben in den Betrieben auch gut anwenden können“, sagt Georg Sever von der SOZAK-Lehrgangleitung. Gerald Mjka, Betriebsratsvorsitzender des Wiener Krankenhauses Zum Göttlichen Heiland, erinnert sich gerne an die stressige, aber sehr lehrreiche Zeit zurück. „Die Zeit während des Praxisfalls war sehr intensiv. Wir erhielten die Aufgaben am Ende unserer Ausbildung, in einer Phase, in der wir alle schon recht müde waren. Der Praxisfall war sehr fordernd und verlangte unsere gesamte Konzentration, vor allem, wenn es um Organisation und Kommunikation ging.“

Interviews und Bilanzanalysen

Im Rahmen des Praxisfalles wurden die TeilnehmerInnen in verschiedenste Gruppen eingeteilt, die jeweils Betriebsratskörperschaften des fiktiven Betriebs Hoizhittn GmbH darstellen. In diesem konkreten Fall sollte die Hoizhittn GmbH als Unternehmensstandort in der strukturschwachen Region Retz trotz guter Umsätze und Gewinne geschlossen werden.

Die Belegschaft, dargestellt von Brigitte Daumen, Georg Sever, Brigitte Hons von der GPA-djp-Bundesrechtsabteilung sowie Markus Oberrauter von der Abteilung Betriebswirtschaft der Arbeiterkammer Wien, stellte konkrete Anfragen, auf die die BetriebsrätInnen augenblicklich reagieren mussten. Bei den Anfragen ging es um Entlassungen, Kündigungen, Anfragen von Karenzierten, Bilanzanalysen oder um die korrekte Abhaltung von Betriebsratssitzungen sowie Betriebsversammlungen. Auch mussten die TeilnehmerInnen Interviews simulieren, die sie verschiedensten Medien geben mussten. Hier wurden sie von Barbara Trautendorfer von der PRO-GE-Medienabteilung und Cornelia Breuß von der Abteilung Service und Information der Arbeiterkammer Wien trainiert.

Daneben mussten sie auch mit der Personalchefin, die von Helga Fichtinger aus der GPA-djp dargestellt wurde, sowie mit der Geschäftsführung, gespielt von Heinz Leitmüller, Leiter der Betriebswirtschafts-Abteilung der AK Wien, Sozialplanverhandlungen führen.

Die Geschäftsführung wurde zudem noch von einem Rechtsanwalt (aka Silvia Hruska-Frank von der Abteilung Sozialpolitik der AK Wien) unterstützt, sodass auch noch das Rechtswissen der SOZAK-TeilnehmerInnen abgeprüft wurde.

Gerald Mjka und seine KollegInnen sahen sich plötzlich mehreren Herausforderungen gegenüber, die sie bewältigen mussten. So mussten sie innerhalb kürzester Zeit eine Team- und Kommunikationsstruktur aufbauen. „Wir wussten nicht, wie lange das dauert und welche Ausmaße der Fall annimmt, daher war es sehr schwer für uns“, sagt Mjka. „Es war die größte Herausforderung, ein Team und eine Struktur aufzubauen, damit alles reibungslos funktioniert. Zudem mussten wir Entscheidungsprozesse festlegen und durchhalten.“

Um den Schwierigkeitsgrad zu erhöhen, wurden auch spezielle Situationen mit MitarbeiterInnen simuliert – was passiert mit Mitarbeiterinnen, die in Karenz sind? Eine Herausforderung war der Fall von „Rolli Wiel“, einem Mitarbeiter mit einer Behinderung und verminderten Erwerbsfähigkeit von 80 Prozent. Er hätte nur noch zwei Jahre bis zur Pension und wäre bereit, bei einer eventuellen Weiterbeschäftigung auf Teile seiner Abfertigung zu verzichten ... „Es war eine Herausforderung, auch die individuellen Sorgen der Arbeitnehmer genauso ernst zu nehmen und nicht untergehen zu lassen“, sagt Mjka.

Strategien entwickeln

Georg Sever erklärt die Schwierigkeiten der Übung so: „Neben der Beantwortung inhaltlicher Fragestellungen mussten in vielen Bereichen Strategien entwickelt werden. Was kann zum Beispiel von einzelnen Themenverantwortlichen alleine entschieden, aber was in der Gruppe rückbesprochen werden? Welche Vorgangsweise wählt man bei der Beschaffung von Informationen? Wie legt man die Kommunikation mit den Medien an? Welche Strategie verfolgt die Körperschaft bei der Verhandlung mit der Personalchefin? Wie gehe ich strategisch beim Gespräch mit dem Geschäftsführer vor?“

Nach jeder Übungs- bzw. Verhandlungssequenz sowie den jeweiligen Me-

INFO & NEWS

Die TeilnehmerInnen der Sozialakademie der Arbeiterkammer (SOZAK) arbeiten im Zuge des Lehrgangs jedes Jahr in Kleingruppen an von den Gewerkschaften beauftragten Projektarbeiten zu unterschiedlichen gewerkschaftspolitisch relevanten Themen. BetriebsrätInnen, GewerkschaftssekretärInnen sowie Interessierte können diese Projektarbeiten unter www.ichwardabei.at downloaden oder im ÖGB-Verlag bestellen (Michael Musser, +43 1 662 32 96-39732, michael.musser@oegbverlag.at). In unserer neuen Serie stellen wir ausgewählte Projektarbeiten vor.

dieninterviews wurde eine Feedbackrunde eingelegt, in denen die FachexpertInnen mit den TeilnehmerInnen deren Vorgangsweisen besprachen. Sie hoben ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen hervor und gaben Ratschläge, wie sie die Schwächen ausgleichen konnten.

Zudem wurden Praxistipps und Tricks für Verhandlungen und Interviews vermittelt. „Außerdem wurde immer darauf hingewiesen, wo BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen in der Praxis mit derartigen Situation konfrontiert sind“, ergänzt Georg Sever. Gerald Mjka ist froh und dankbar, die Möglichkeit gehabt zu haben, ein Worst-Case-Szenario durchspielen zu können. „Der ganze Prozess war hervorragend aufgebaut. Wir wuchsen in unsere Rollen hinein und konnten uns letztendlich mit ihnen sogar voll und ganz identifizieren. Herzlichen Dank an die Organisatoren, die so etwas Großartiges auf die Beine gestellt haben.“ Vielleicht geht Mjkas Wunsch noch in Erfüllung: dass der Praxisfall nicht nur fix in den SOZAK-Lehrplan integriert, sondern auch separat gelehrt wird.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at

blog.arbeit-wirtschaft.at

Der A&W-Blog ergänzt die Printausgabe als digitales Debattenforum. Frisch gebloggt gibt einen Einblick, was in letzter Zeit online los war. In voller Länge finden Sie diese sowie jede Menge anderer aktueller Debattenbeiträge zum Nachlesen auf blog.arbeit-wirtschaft.at.

WEBTIPPS DER WOCHE

Wir legen euch diese drei Beiträge besonders ans Herz:

- » Warum die AkademikerInnen-Quote plötzlich um 10 Prozentpunkte in die Höhe schoss (Iris Schwarzenbacher)
- » Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen doch zulässig? (Walter Gagawczuk)
- » Widerstand der digitalen ArbeiterInnen (Markus Ellmer)

WUNDERBARE STATISTIKWELT

Es war ein Zuwachs, der diese Bezeichnung verdient: Die AkademikerInnen-Quote schnellte in Österreich innerhalb eines Jahres von 20 auf 30 Prozent in die Höhe. Zumindest kam die OECD-Studie „Bildung auf einen Blick 2015“ zu diesem erstaunlichen Ergebnis. Scheinbar ein beachtlicher Erfolg für die Akademisierung dieses Landes.

Doch wie so oft bei solch dramatischen Veränderungen der Zahlen ist Skepsis angezeigt. Schließlich können wohl kaum plötzlich um die Hälfte mehr Menschen ein Studium abgeschlossen haben als noch vor einem Jahr. Und richtig, nicht eine reale Veränderung steht dahinter, sondern eine neue Definition der Bildungsebenen (ISCED). Damit zählt nun die Matura an einer HTL oder HAK wie ein Hochschulabschluss.

Diese neue Einteilung lässt auch die soziale Durchlässigkeit an Hochschulen

in einem besseren Licht erscheinen. Es besteht dabei jedoch die Gefahr, dass ISCED-Umstellungseffekte als tatsächliche Entwicklungen fehlinterpretiert werden.

Denn bei der sozialen Mobilität besteht weiterhin großer Aufholbedarf: So ist die Chance zur Aufnahme eines Universitätsstudiums für Kinder bildungsnaher Schichten (Eltern haben mindestens Matura) dreimal so hoch wie für Kinder mit Eltern ohne Matura.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/gu82vqk

MINDESTLOHN ERLAUBT

Löhne und Gehälter sind ein gewerkschaftliches Kernanliegen. Das Einhalten einer Untergrenze, sprich Mindestlohn, ist dabei unverzichtbar. Der Europäische Gerichtshof war bei diesem Anliegen nicht immer hilfreich. Noch im Jahr 2008 hat er in einer Entscheidung befunden, dass bei öffentlichen Bauaufträgen eine Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohnes nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Ein Schlag in die Magengrube der Gewerkschaftsbewegung.

Nun scheint sich der EuGH besonnen zu haben. In einer neuen Entscheidung hat er eine ähnliche Regelung als mit dem Unionsrecht vereinbar beurteilt. Argumentiert wird der Sinneswandel mit den anderen Umständen des neuen Falles, es deutet jedoch einiges auf eine grundsätzliche Kurskorrektur hin. Insofern gibt es einen sozialen Lichtschein am Horizont des EU-Himmels.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/zhnydr2

DIGITALE INTERESSENVERTRETUNG

Es ist ein Thema, das uns nicht nur auf dem Blog immer öfter beschäftigt: On-

line-Vermittlungsplattformen für die digitale Arbeit, mittlerweile fast besser bekannt als „Crowdwork“.

Amazon Mechanical Turk (AMT) ist eine der weltweit größten dieser Art. Laut Angaben von Amazon sind derzeit ca. 500.000 ArbeiterInnen – sogenannte „TurkerInnen“ – aus 190 Ländern registriert. Dabei ist AMT so konstruiert, dass sich wesentliche Informations- und Machtungleichgewichte zulasten der dort Beschäftigten ergeben.

Arbeitsrechtlich ist die Problematik äußerst schwer zu fassen, nicht nur wegen der riesigen Zahl der betroffenen Staaten, sondern auch wegen des unklaren Status der Beschäftigten. Aber jetzt setzen die TurkerInnen dazu an, das Ungleichgewicht mit digitalen „Waffen“ zu bekämpfen.

Mittels Turkopticon, einem simplen Web-Tool, nehmen die digitalen ArbeiterInnen kollektiv Einfluss auf die Plattformfunktionen. Durch ein Bewertungssystem setzen sie sich gemeinsam für mehr Fairness und Gerechtigkeit ein. Dieses Beispiel zeigt, dass es auch in der virtuellen Welt Anknüpfungspunkte für Solidarität und das Einstehen für gemeinsame Interessen gibt.

Lesen Sie mehr: tinyurl.com/hpm48ts

Wenn Ihnen ein Blogbeitrag gefällt, belohnen Sie uns und die Autorinnen und Autoren doch damit, dass Sie den Beitrag per Facebook, Twitter, E-Mail oder – ganz klassisch – per Mundpropaganda an interessierte Menschen weitergeben!

Wir freuen uns, wenn Sie uns abonnieren: blog.arbeit-wirtschaft.at

Sie finden uns auch auf Facebook: facebook.com/arbeit.wirtschaft

Lohnender Kampf für ein gutes Leben

Es gab wohl kaum eine Zeit, in der so viel über das gute, das glückliche Leben geredet und geschrieben wurde wie heute. Es gibt Ratgeber und Rezepte für alles und jedes – für eine gute Erziehung, eine geglückte Partnerschaft, die optimale Ernährung usw. Trotz dieser vielen Rezepte klappt das mit dem „guten Leben“ nicht so recht.

Obwohl es mehr Wissen über individuelles Lebensglück gibt als je zuvor, leiden auch mehr Menschen als je zuvor unter Zukunfts- und Existenzängsten. Das liegt meiner Meinung nach daran, dass die meisten dieser „Glücksratgeber“ am Individuum ansetzen und der Blick auf die gesellschaftliche und materielle Basis fehlt. Mich interessiert aber vor allem dieser Blick.

Frei von Angst

Ein Leben, das möglichst frei von Angst ist und in dem ich mich durch sinnvolle Tätigkeit verwirklichen kann, ist wohl die wichtigste Basis für ein gutes Leben. Angst muss man dann nicht haben, wenn Frieden herrscht und es keinen Terror gibt.

Angst muss man dann nicht haben, wenn man selbst und die Menschen, die man liebt, darauf vertrauen können, dass man das Leben nach seinen Vorstellungen gestalten kann. Angst muss man dann nicht haben, wenn man darauf vertrauen darf, dass auch die

Kinder und Enkelkinder in einer lebenswerten Welt leben werden.

Solidarisches Handeln

In Österreich gilt das immer noch für sehr viele Menschen. Dazu trägt auch unser moderner Sozialstaat bei. Dennoch macht sich auch bei uns – und das nicht nur bei den ärmsten und in prekären Verhältnissen Lebenden – eine massive Lebensangst breit. Eine Wurzel dieser Lebensangst war und ist die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich zunehmend zu einer politischen Systemkrise auswächst. Dazu kommt, dass so viele Menschen wie schon lange nicht mehr vor Krieg und Verfolgung und auch vor den Folgen des Klimawandels flüchten.

Der Anspruch auf ein gutes Leben muss auch für die Menschen, für die Not und Angst ständige Lebensbegleiter sind, gelten.

Die Bedürfnisse und Sehnsüchte nach einem guten Leben stellen heute auch einen der wichtigsten Rohstoffe zur weiteren Profitvermehrung dar. Gerade die Digitalisierung schafft neue Möglichkeiten, in unser Privatleben einzudringen und unsere Lebensgewohnheiten für neue, gewinnbringende Geschäftsmodelle zu nutzen.

Bedürfnisse und Sehnsüchte sind aber auch der Rohstoff für solidarisches politisches Handeln, weil sehr viele Menschen sehr konkrete Vorstellungen

von und Sehnsucht nach einer besseren Welt haben.

Die Krisenfolgen und die größer werdende Lebensangst sollten uns daher nicht in Agonie und Hoffnungslosigkeit treiben. Wir müssen unseren Blick auf jene Ungerechtigkeiten und Missstände lenken, auf denen man politisches Handeln aufbauen kann.

Letzten Endes geht es wie immer um Verteilung des im Übermaß vorhandenen Reichtums. Und auch die Arbeitsbelastung und damit die Arbeitszeit sind ein wichtiges Feld für politisches Handeln. Die Bedürfnisse der Menschen nach Selbstverwirklichung, nach Gesundheit und Glück stehen im Widerspruch zu einer unglaublichen Arbeitsverdichtung. Gleichzeitig haben Hunderttausende keine Arbeit. Es geht also auch um die Verteilung bezahlter Arbeit – und daher um Arbeitszeitverkürzung.

Gerechte Verteilung

Letztendlich ist der Kampf um ein gutes Leben immer ein Kampf um die gerechtere Verteilung der Ressourcen und damit Lebenschancen.

Denn eines ist sicher: Mit dem derzeit angehäuften Reichtum wäre ein gutes Leben für sehr viel mehr Menschen als jetzt nicht nur Utopie, sondern eine reale Möglichkeit. Dafür zu kämpfen ist eine lohnende Aufgabe.

Atkinson, Anthony Barnes: britischer Ökonom, geb. 1944; entwickelte das Atkinson-Maß, mit dem Einkommens- und Vermögensungleichheiten in einer Gesellschaft berechnet werden können. (Seite 23)

Aymara: indigenes Volk im Andenraum. (Seite 31)

Bhutan: konstitutionelle Monarchie in Südasien mit 734.000 EinwohnerInnen, die hauptsächlich von der Landwirtschaft leben; Hauptstadt: Thimphu. (Seite 19)

Circular Economy: Kreislaufwirtschaft, bei der die eingesetzten Rohstoffe über den Lebenszyklus einer Ware hinaus wieder in den Produktionsprozess zurückgelangen – entweder durch Recycling von Gütern oder durch Kaskadennutzung. Dabei wird ein Rohstoff über mehrere Stufen mit abnehmender Wertschöpfung genutzt. Ein Beispiel: Holz wird dem Wald entnommen und vorerst zu einem Regal verarbeitet, das nach seiner Verwendung wieder dem Hersteller zur Neuaufarbeitung übergeben und neu verkauft wird. Erst nachdem das Regal mehrmals den Besitzer gewechselt hat, wird das Holz zum Heizen verwendet. (Seite 36)

Commune: auch Pariser Kommune; Bezeichnung für den am Ende des Deutsch-Französischen Krieges (1870–1871) spontan gebildeten Stadtrat, der etwas mehr als zwei Monate lang versuchte, Paris gegen den Willen der konservativen Regierung nach sozialistischen Vorstellungen zu verwalten. (Seite 11)

Epiкур: griechischer Philosoph (341–271 v. Chr.); er war der Auffassung, dass mit dem Tod auch die Seele stirbt. Seine Anhänger, die Epikureer, strebten daher nach Lustmaximierung und Seelenruhe im Diesseits. (Seite 32)

Erhard, Ludwig: deutscher CDU-Politiker und Wirtschaftswissenschaftler (1897–1977); 1949–1963 Wirtschaftsminister, er gilt als Vater des deutschen Wirtschaftswunders und der Sozialen Marktwirtschaft, 1963–1966 deutscher Bundeskanzler. (Seite 19)

EU-Grünbuch 2001: Von der EU-Kommission veröffentlichte Grünbücher sollen auf europäischer Ebene Diskussionen zu bestimmten Themen anstoßen. Sie richten sich hauptsächlich an Interessenträger, die damit zur Teilnahme an der Debatte auf Basis der im Grünbuch enthaltenen Vorschläge aufgefordert werden. Oft geben Grünbücher den Anstoß für neue Rechtsvorschriften. 2001 veröffentlichte die Kommission ein Grünbuch zu Corporate Social Responsibility mit folgender Definition: „Die CSR ist ein Konzept, das den Unternehmen als Grundlage dient, auf freiwilliger Basis soziale Belange und Umweltbelange in ihre Unternehmens-tätigkeit und in die Wechselbeziehungen mit den Stakeholdern zu integrieren.“ 2011 veröffentlichte die EU-Kommission in einer Mitteilung eine neue, erweiterte CSR-Definition sowie einen entsprechenden Aktionsplan. (Seite 28)

Fitoussi, Jean-Paul: französischer Ökonom mit tunesischer Herkunft, geb. 1942; arbeitete an

Theorien über Arbeitslosigkeit, offene Volkswirtschaften und Inflation. Seine jüngsten Arbeiten beschäftigen sich mit der Beziehung zwischen Demokratie und wirtschaftlicher Entwicklung. (Seite 17)

Fiskalrat: Ende 2013 wurde der 1970 gegründete österreichische Staatsschuldenausschuss aufgrund des Europäischen Fiskalpaktes in den Fiskalrat umgewandelt. Zusammensetzung: sechs Mitglieder aus der Bundesregierung, insgesamt drei Mitglieder von Wirtschafts- bzw. Landwirtschaftskammer, drei Mitglieder der Arbeiterkammer sowie je ein nicht stimmberechtigtes Mitglied von Gemeindebund, Städtebund und Landeshauptleutekonferenz; Präsident: Bernhard Felderer. Zusätzlich gibt es beratende Mitglieder, z. B. von der Nationalbank. Aufgaben der Fiskalräte: Prognosen zur Entwicklung der Staatsfinanzen, Analyse der öffentlichen Budgets, Empfehlungen an die Politik unter Berücksichtigung konjunktureller Entwicklungen sowie die Überwachung der Einhaltung der Fiskalregeln. (Seite 17)

GDP: Gross Domestic Product; englische Bezeichnung für das BIP. (Seite 18)

Geplante Obsoleszenz: programmierter Verfall; vom Hersteller nicht publizierte, aber geplante absichtliche Verringerung der Lebensdauer eines Produktes. (Seite 19)

Good Governance: gute Regierungsführung; Bezeichnung für ein gutes Steuerungs- und Regelungssystem einer politisch-gesellschaftlichen Einheit (z. B. Staat, Gemeinde). Es beinhaltet gutes Regierungs- und auch Verwaltungshandeln einschließlich einer guten Haushalts- bzw. Budget-Mittel-Bewirtschaftung, Einbeziehung wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und Minderheiten in die demokratische Entscheidungsfindung. Die Eindämmung von Korruption und Vetternwirtschaft sowie rechtsstaatliche und transparente Beziehungen zwischen öffentlichem und privatem Sektor spielen dabei ebenfalls eine Rolle. (Seite 32)

Green Growth: „Grünes Wachstum“ basiert auf der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Die Idee ist, dass der aus ökologischen Gründen erforderliche Umbau der Wirtschaft hin zu mehr Energie- und Ressourceneffizienz und einem besseren Management von Naturkapital ein starker Treiber für Wachstum sein kann. Die Erschließung neuer grüner Märkte, die Entwicklung von Öko-Innovationen und das Management von Öko-Dienstleistungen schaffen nicht nur neue Geschäftsfelder, sondern auch Wettbewerbsvorteile. Der Begriff Green Growth wurde wesentlich von der OECD geprägt: 2009 haben 34 Minister die „Green Growth Declaration“ verabschiedet und damit der OECD das Mandat erteilt, eine Green-Growth-Strategie zu erarbeiten. Diese wurde 2011 publiziert. (Seite 36)

Hegemonie: Vormachtstellung. (Seite 40)

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM): im Jahr 2000 vom deutschen Arbeitgeberverband

Gesammetall gegründete und von Arbeitgeberverbänden getragene Denkfabrik. (Seite 34)

Kommunarden: Mitglieder der 1871 gebildeten Pariser Kommune. (Seite 11)

Liessmann, Konrad Paul: österreichischer Philosoph, Essayist und Kulturpublizist, geb. 1953, Wissenschaftler des Jahres 2006, Publikationen: Vom Zauber des Schönen, Das Universum der Dinge, Geisterstunde: Die Praxis der Unbildung etc. (Seite 30)

Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes): Ende 2014 entstandener rechtspopulistischer Verein; Gründer und Vorsitzender ist der mehrfach vorbestrafte Lutz Bachmann, der zuletzt wegen Volksverhetzung angezeigt wurde. (Seite 14)

Restriktive Budgetpolitik: Politik, deren vorrangiges Ziel die Ausgabenkürzung ist. (Seite 16)

Sachs, Jeffrey: US-Ökonom, geb. 1954, seit 2002 Sonderberater der Development Millennium Goals der Vereinten Nationen. Sachs engagiert sich unter anderem für die Finanztransaktionssteuer, für einen weitgehenden Schuldenerlass für extrem arme Staaten und im Kampf gegen Krankheiten. Während der griechischen Staatsschuldenkrise verfasste er gemeinsam mit anderen Ökonomen einen offenen Brief an Angela Merkel, in dem sie aufgefordert wurde, Griechenlands Schulden zu reduzieren und für die Rückzahlung mehr Zeit einzuräumen. (Seite 22)

Schopenhauer, Arthur: deutscher Philosoph und Autor (1788–1860); schloss mit seiner Philosophie die Bewegung des deutschen Idealismus ab. Er holte sich u. a. Anregungen von Platon und östlichen Philosophien und vertrat als einer der Ersten im deutschen Sprachraum die Ansicht, dass der Welt ein irrationales Prinzip zugrunde liegt. Schopenhauer begründete ein System des empirischen und metaphysischen Pessimismus. Er beeinflusste zahlreiche namhafte Künstler und Wissenschaftler (Tolstoi, Einstein, Freud u. a.); Hauptwerk: „Die Welt als Wille und Vorstellung“. (Seite 32)

Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission: Anfang 2008 richtete der damalige französische Präsident Sarkozy eine Kommission zur Messung von wirtschaftlicher Entwicklung und gesellschaftlichem Fortschritt ein, die von den Nobelpreisträgern Joseph Stiglitz und Amartya Sen sowie von Jean-Paul Fitoussi geleitet wurde und insgesamt 25 renommierte Wirtschafts- und SozialwissenschaftlerInnen umfasste. Der zentrale Auftrag des Gremiums bestand darin, die Grenzen des BIP als Wohlstandsindikator auszuloten und Wege einer umfassenderen Wohlstandsmessung aufzuzeigen. 2009 präsentierte die Kommission einen Bericht über den aktuellen Stand der Forschung in diesen drei Bereichen und zwölf politische Empfehlungen dazu. Diese werden seither vom französischen statistischen Amt INSEE umgesetzt. (Seite 17)



Fremdenrecht

Asyl – Ausländerbeschäftigung –
Einbürgerung – Einwanderung –
Verwaltungsverfahren

Mag. Johannes Peyrl, Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Dr. Thomas Neugschwendtner, Rechtsanwalt

Dr. Christian Schmaus, Rechtsanwalt

Ratgeber / 5. Auflage 2015 / 504 Seiten / EUR 29,90

ISBN 978-3-99046-057-3

Das Fremdenrecht gehört wohl zu den umstrittensten Rechtsmaterien in Österreich. Kaum ein anderer Rechtsbereich wurde in den letzten Jahren so oft überarbeitet, so oft vom Verfassungsgerichtshof zurechtgestutzt und so oft von der Zivilgesellschaft kritisiert und bekämpft.

Das Buch bietet eine verständliche und fundierte Darstellung der Rechtslage für MigrantInnen und Flüchtlinge in Österreich. Erklärt werden sämtliche fremdenrechtliche Themenbereiche – von der Einreise nach Österreich bis zur Einbürgerung. Informationen über politische Zusammenhänge und europäische Entwicklungen helfen, zusammen mit Beispielen aus der Praxis, sich einen Überblick über die komplexe Materie zu verschaffen.

BESTELLUNG

IM THEMESHOP DES ÖGB-VERLAGS

www.arbeit-recht-soziales.at / kontakt@arbeit-recht-soziales.at

F +43 1 405 49 98-136 / T +43 1 405 49 98-132

oder direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags

1010 Wien, Rathausstraße 21

Anzahl der Exemplare

Name

Vorname

Firma/Institution

Telefon

E-Mail

Anschrift

PLZ

Ort

Datum, Unterschrift



Ab 1. Jänner mehr Geld

WIR HABEN ES GESCHAFFT!

LOHNSTEUER GESENKT

JETZT EIGENEN VORTEIL AUSRECHNEN

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

www.oegb.at/rechner

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank

AW